

Interview:

Karten in der Hand

Gf. ÖGB-Präsident Erich Foglar über Regierung, Reformen und das Glück 8

Schwerpunkt:

Arbeitsplätze sichern

BetriebsrätInnen aus der Autobranche fordern Maßnahmen 30

Internationales:

E-Mail von Obama

Lehren aus dem Wahlkampf des neuen US-Präsidenten 39

Arbeit&Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 1 | 2009 | 63. Jahrgang | € 2,-

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



2009: Neues Jahr, neues Glück?

ab Seite 8



Schwerpunkt:

Antworten auf die Krise **12**

Österreichs neue Bundesregierung steuert 2009 aktiv mit Ausgabensteigerungen und Steuersenkungen gegen.

Die Herausforderung **14**

Die Wirtschaftslage stellt hohe Anforderungen an die Bundesregierung. Konjunkturpakete müssen rasch umgesetzt werden.

Wirtschaft braucht Ethik **16**

Die schrankenlose Ökonomisierung hat uns in die Krise geführt. Eine Bewusstseinsänderung ist dringend notwendig.

Enden wollender Applaus **18**

Was wird die neue Koalitionsregierung im Bereich Verkehr tun? A&W hat einige ExpertInnen um ihre Meinung gefragt.

Schöne neue Arbeitswelt **20**

Warum es auch in Krisenzeiten nicht nur um Beschäftigungszahlen, sondern vor allem um die Qualität der Arbeit geht.

Leichte Kursänderung **22**

Mit Bildungsprogrammen gewinnt man keine Wahlen, ohne sie verlieren alle. Die Rolle der Bildung im Regierungsprogramm.

Magere Jahre **24**

ZeitarbeiterInnen trifft die Krise als erstes. Auch jetzt, weiß Manpower-Betriebsratsvorsitzende Budweis.

Das Soziale Europa lebt **26**

Das EU-Parlament wehrt drohende Verschlechterungen der Arbeitszeitrichtlinie ab und beweist seine Eigenständigkeit.

Ist die Welt zu retten? **28**

Die Kulturhauptstadt 2009, Linz, überrascht mit Kunst-, Kultur- und Sozialprojekten: »52 Wege die Welt zu retten.«

Gegenlenken **30**

Die BetriebsrätInnen der Automobil- und Automobilzuliefererindustrie fordern Maßnahmen gegen die Krise.

Gut und billig **32**

Hoch qualifizierte Arbeit zu Dumpinglöhnen: Der Kampf der Beschäftigten bei Rechtsanwälten/-innen zeigt langsam Erfolg.

Fremde Heimat **34**

Österreich hat einen hohen Anteil an eingewanderten ArbeitnehmerInnen. Gegenseitiges Verständnis würde allen nützen.

Interview:

Ein gutes Blatt	8
2009 sind die Karten neu gemischt. Der geschäftsführende ÖGB-Präsident Erich Foglar über Chancen und Gefahren.	

Standards:

Standpunkt: Ich wünsche Ihnen Glück	4
Veranstaltungstipps	5
Aus AK & Gewerkschaften	6/7
Historie	11
Internationale Meldungen	43
Man kann nicht alles wissen	46
Erklärungen aller grün-markierten Worte.	

aus Arbeiterkammern & Gewerkschaften:

Internationaler Gewerkschaftsbund	43
--	-----------

Wirtschaft&Arbeitsmarkt:

Verbraucherpreise	42
Stipendien vom ÖGB	41

Internationales:

Islands Absturz	36
Yes, he did – but how?	39
Die Mühen der Ebene	44

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.

Ein gutes neues Jahr?

Die Finanzmarktkrise, die Ende 2008 die Weltwirtschaft erschüttert hat, hat auch für neue Voraussetzungen für das Jahr 2009 geschaffen. In der »Arbeit&Wirtschaft«, Nr. 1/2009 widmen wir uns daher ab Seite 8 dem Schwerpunktthema »Neues Jahr, neues Glück?«. Und es hat sich einiges geändert: Österreich hat eine neue Regierung, Rudolf Hundstorfer ist Sozialminister geworden und Erich Foglar folgt ihm als geschäftsführender ÖGB-Präsident nach. Wir wollten von Foglar im Interview wissen, was für ihn und die Gewerkschaftsbewegung die größten Herausforderungen dieses jungen Jahres sind.

Unsere ExpertInnen haben sich die Antworten der neuen Bundesregierung auf die aktuelle Wirtschaftslage genau angesehen. Ihre Analysen finden Sie auf den Seiten 12, 14 und in Hinblick auf die künftige Verkehrspolitik auf Seite 18. Univ. Prof. Dr. Peter Kampits, Dekan der Fakultät für Philosophie an der Universität Wien nähert sich dem Thema gesellschaftspolitisch und fordert ab Seite 16 mehr Ethik in der Wirtschaft. Besonders betroffen von den Auswirkungen der Krise sind ZeitarbeiterInnen und Beschäftigte in der Automobil- und Zuliefererbranche. Wir haben dazu mit der Manpower-Be-

triebsrätin Barbara Budweis gesprochen (Seite 24) und berichten aktuell von der BetriebsrätInnenkonferenz Mitte Jänner (Seite 30).

Der neue US-Präsident Barack Obama gilt vielen als Lichtgestalt in Zeiten wie diesen. Willi Mernyi gehörte zum Supporter Team Austria (Seite 39).

Sie finden uns auch im Internet: Auf unserer Homepage www.arbeit-wirtschaft.at haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee

Redaktion intern



Ich wünsche Ihnen Glück!

Sind Sie abergläubisch? Gerade wenn ein neues Jahr beginnt, versuchen wir doch alle auf die eine oder andere Art, die Zukunft zu erkunden und das Glück zu binden. WahrsagerInnen und Astrologen/-innen haben Hochkonjunktur, wer es billiger haben will, versucht sich in der Silvesternacht mit Bleigießen. Glücksbringer aller Art wechseln den/die BesitzerIn, denn das Glück kann man sich nicht kaufen, das muss man geschenkt bekommen.

Glücksschweinchen für Reichtum

In Zeiten wie diesen, wo allerorten von Krise geschrieben und gesprochen wird, nimmt man die Glückssymbole umso dankbarer an. Am beliebtesten ist wohl das Schweinchen, denn Schwein wollen wir alle haben im neuen Jahr, nämlich Wohlstand und Reichtum. Dafür steht das Borstentier in unserem Kulturkreis schon seit den Germanen und Römern. Wer damals Schwein hatte, hatte genug zu essen. Heute reicht ein voller Magen den meisten nicht zum Glück. Die Glücksschweinchen sollen eine volle Geldtasche garantieren.

Die wollten auch all jene, die an den Finanzmärkten ihr Glück versucht haben. Sie wollten mit ein wenig Extra-Glück zu jenem Glück kommen, das Reichtum verspricht. Im Grunde wollen wir das ja

alle, und nicht alle verlassen sich auf das Glück der Tüchtigen. Die meisten von uns haben schon einmal versucht, ihr Glück im Spiel zu machen, ob mit Werten, Rubbellos, Lottoschein, im Kasino oder gar beim Poker. Und haben Lehrgeld bezahlt.

Das Lehrgeld für die Finanzmarktkrise zahlen aber nicht jene, die die Börsen mit einem Kasino verwechselt haben, sondern andere: Menschen, die jetzt ihren Arbeitsplatz verlieren, deren Pension gefährdet ist, deren Existenz zerstört ist. Die Spielleiter hingegen haben kaum verloren, ganz im Gegenteil: Der eine oder andere musste auch 2008 nicht auf seine finanziellen Boni verzichten. Eine echte Schweinerei. Das Glück der einen wird allzu oft mit dem Unglück anderer bezahlt.

Das Glück beim Schopf packen

Ich bin ein Glückskind. Ich habe in meinem Leben viele Chancen bekommen und einige genützt, das Glück beim Schopf gepackt sozusagen. Ich habe gelernt, dass ich zum Glücklichen keinen Reichtum brauche, aber sehr wohl Sicherheit.

Es macht Spaß, die Zukunft aus obskuren Bleifiguren zu lesen, aber den Arbeitsplatz können weder sie noch Hufeisen oder Rauchfangkehrerfiguren sichern.

Jeder ist seines Glückes Schmied, sagt man. Und so sind die paar Euro, die das Lottospiel oder die Rubbellose so kosten, vielleicht doch besser in eine Gewerkschaftsmitgliedschaft investiert – die ArbeitnehmerInnenvertretungen setzen sich nämlich für das Glück der ArbeitnehmerInnen ein.

Sie verhandeln die Kollektivverträge, die uns mehr Geld im kommenden Jahr sichern. Sie kämpfen für unsere Freizeit, wie jüngst in Straßburg bei den Demonstrationen gegen Verschlechterungen der Arbeitszeitrichtlinie. Sie setzen sich für unsere Arbeitsplätze ein, wie jetzt in der Automobil- und Automobilzuliefererbranche. Sie engagieren sich für die Qualität der Arbeit, weil nur »gute Arbeit« glücklich macht.

Glück liegt oft in kleinen Dingen

Wie das Glück, füge ich gerne hinzu, wenn ich jemand meinen Nachnamen sage. Das vierblättrige Kleeblatt ist wohl auch daher mein Lieblingstalisman. Was mir daran gefällt ist, dass der Glücksklee zufällig gefunden werden muss.

So ist es wohl mit dem großen Glück auch. Man kann es nicht suchen, wenn man aber aufmerksam bleibt und auch die kleinen Dinge beachtet, findet man es. Dabei wünsche ich Ihnen: Viel Glück!

Buchpräsentation**Walter Stern: »Das Überleben hat gelohnt«****Erinnerungen eines Metallarbeiters und Betriebsrates**

- Datum:** Donnerstag, 19. Februar 2009, 18.30 Uhr,
Ort: Sozialakademie der AK Wien (Karl-Weigl-Bildungshaus), Brühler Str. 73, 2340 Mödling
Begrüßung: Dr. Gerald Wintersberger, Leiter der SOZAK
Einleitende Worte: Dr. Peter Autengruber, ÖGB-Verlag
Lesung: Mag. Sabine Lichtenberger, Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte
Abschließende Worte: Walter Stern

Anschließend kleiner Imbiss. Nähere Information und Anmeldung bei brigitte.daumen@akwien.at

Walter Stern, geb. 1924, wuchs in kleingewerblichem Milieu mit Sympathien zur Sozialdemokratie auf. Nach der NS-Besetzung 1938 wurde er verfolgt. Im August 1939 gelang ihm die Auswanderung nach Palästina. Seine Eltern wurden später im KZ ermordet. 1945 wirkte Stern in Linz bei der Suche nach Naziverbrechern mit. 1947 begann er in einem Elektro- und Metallunternehmen zu arbeiten, wo er zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt wurde. Er gehörte außerdem zu den Gründern der Gewerkschaftlichen Einheit (GE).

**Buchpräsentation und Themenabend****Stress- und Burn-out-Prävention****Gesundheit und Vorbeugung im betrieblichen Alltag**

- Datum:** Donnerstag, 26. Februar 2009, 18.30 Uhr,
Ort: Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags, Rathausstraße 21, 1010 Wien
 Buchpräsentation mit der Autorin Dr. Natascha Wendt und Themenabend mit Stationen zur aktiven Beteiligung für alle, mit konkreten Tipps und zur Unterstützung für ArbeitnehmervertreterInnen.
 Nähere Information und Anmeldung bei renate.wimmer@oegbverlag.at

Burn-out ist ein Belastungssyndrom, das von emotionaler, geistiger und körperlicher Erschöpfung geprägt ist. Es entwickelt sich über Monate, manchmal sogar über Jahre. Innerer Leistungsdruck und zunehmende Belastung am Arbeitsplatz sind verantwortlich für diesen Teufelskreis.

**Wiener Stadtgespräch 9****Peter Huemer im Gespräch mit Kurt W. Rothschild****»Von faulen Krediten und reinem Gewissen« – über die Wirtschaftskrise, Erlebtes und Zukunftsperspektiven**

Der Doyen der österreichischen Wirtschaftswissenschaften Univ. Prof. Dr. Kurt W. Rothschild beobachtet nicht nur seit Jahrzehnten kritisch die Weltwirtschaft, er hat auch die Wirtschaftskrise der Dreißigerjahre selbst erlebt. In der »Arbeit&Wirtschaft« 11/2008 finden Sie ein ausführliches Interview mit ihm.

Donnerstag, 29. Jänner 2009, 19 Uhr, AK Wien, Bildungszentrum, Großer Saal, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Eine Veranstaltung der AK Wien und der Stadtzeitung Falter.

Eintritt frei



Im Anschluss gibt es ein kleines Buffet und die Möglichkeit der Buchsignierung
Mehr Info und Anmeldung: www.wienerstadtgespraech.at

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Laurenzberg 2, 1011 Wien,
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,
Katharina Klee (Chefredakteurin): Klappe 304,
Sonja Adler (Sekretariat): Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee

Arthur Ficzo (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender Vorsitz), Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer, Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin), Karl Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Erik Türk

Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Mag. Lucia Bauer, Mag. Kai Biehl, Dr. Günther Chaloupek, Mag. Thomas Delapina, Dr. Claus Faber, Astrid Fadler, Claudia Felix-Marks, Dr. Sibylle Fritsch, Dagmar B. Gordon, Univ.-Prof. Dr. Peter Kampits, Wolfgang Katzian, Florian Kräftner, Dr. Barbara Lavaud, Dr. Franz Mangelberger, Willi Mernyi, Mag. Dr. Michael Mesch, Dr. Brigitte Pellar, Mag. Oliver Röpke, Mag. Reinhold Russinger, Mag. Christa Schlager, Mag. Gabriele Schmid, Josef Wallner

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Laurenzberg 2

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,
Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingegangene Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

GPA-djp:

Fair handeln – fair teilen!

Laut einer Umfrage wird die Sonntagsarbeit von IKEA-Beschäftigten abgelehnt.

Die neue Chefin von IKEA Österreich Helen Duphorn hat in einem Interview die geltenden Öffnungszeiten in Österreich als lächerlich bezeichnet und fordert die Sonntagsöffnung für den Handel. In Reaktion darauf wurde Ende vorigen Jahres unter den IKEA-Beschäftigten eine gewerkschaftliche Umfrage durchgeführt, um herauszufinden, ob die Einkommenszufriedenheit und die Forderung der IKEA-Geschäftsführerin nach Sonntagsöffnung tatsächlich von der »IKEA-Family« getragen wird: »Das Ergebnis ist eindeutig, Sonntagsarbeit wird auch von den IKEA-Beschäftigten einhellig – mit 92 Prozent der Stimmen – abgelehnt«, bestätigt der stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, Karl Proyer, das Resultat der Befragung.

»Aus den Wirtschaftsdaten der AK wissen wir außerdem, dass das vergangene Geschäftsjahr für IKEA mehr als ergebnisgar – trotz Finanzkrise und Inflation. IKEA selbst hat sich als Nutznießer der internationalen Finanzkrise bezeichnet«, so Proyer weiter. Bei jedem Umsatz von 100 Euro erzielte IKEA zuletzt einen Gewinn von rund 3,90 Euro. Zum Vergleich: Der Durchschnitt in der österreichischen Möbelbranche liegt bei nur rund 1,00 Euro. Getragen wird diese überdurchschnittliche Performance vor allem von den rund 1.900 IKEA-Beschäftigten in Österreich: Während eine Mitarbeiterin,

ein Mitarbeiter etwa 215.000 Euro Umsatz bringt, verdient sie/er durchschnittlich nur annähernd 15.000 Euro brutto im Jahr. Die Schere scheint dabei immer weiter auseinander zu klaffen: Von der hohen Zuwachsrate bei den Umsätzen pro Kopf von plus 6,7 Prozent im Jahr 2007 profitierten die Beschäftigten kaum: Der Anstieg ihrer Bruttoeinkommen fiel im gleichen Zeitraum nur mit einem bescheidenen Plus von plus 0,8 Prozent aus.

Bei der Entlohnung bewegt sich IKEA im unteren Bereich des Handels: »Nach unseren Informationen wird überwiegend lediglich das kollektivvertraglich vereinbarte Mindestgehalt bezahlt. Unternehmen, welche gute betriebswirtschaftliche Ergebnisse erzielen, »dürfen« ihren Beschäftigten auch jederzeit mehr zahlen«, erklärt Proyer. »Die GPA-djp fordert IKEA daher auf, die Beschäftigten, die für den guten Unternehmenserfolg gearbeitet haben, an diesem Erfolg teilhaben zu lassen und einen fairen Teil des erzielten Gewinns an die Beschäftigten weiterzugeben«, fordert Proyer.

Fordern auch Sie IKEA-Österreich auf, die MitarbeiterInnen durch höhere Gehälter stärker am Unternehmenserfolg zu beteiligen und ein Bekenntnis zum freien Sonntag abzugeben.

Mehr Infos unter:
www.gpa-djp.at/ikea

OFFENLEGUNG GEMÄSS MEDIENGESETZ § 25

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156.

Geschäftsführung: Mag. Gerhard Bröthaler, DI Gerald Wödl

Einziger Gesellschafter: ÖGB Beteiligungsgesellschaft m.b.H.

Sitz: Wien

Unternehmensgegenstand: Die Herstellung und Verbreitung literarischer Werke aller Art, insbesondere von Büchern und Broschüren jeden Umfanges, von Zeitungen und Zeitschriften, Kunstblättern, ferner von Lehrmitteln, welche durch ein grafisches Verfahren vervielfältigt werden können, und von Buchkalendern sowie überhaupt der Betrieb eines Verlages für den Österreichischen Gewerkschaftsbund; der Betrieb einer Werbe-, Multimedia- und Event-Agentur; das Erbringen von Dienstleistungen in der automationsunterstützten Datenverarbeitung und Informationstechnik sowie die Errichtung und Führung von Organisations- und Verwaltungseinrichtungen; der Handel mit Waren aller Art.

Die Blattlinie entspricht jenen Grundsätzen, die in den Statuten und der Geschäftsordnung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (Fassung gemäß Beschluss durch den 16. Bundeskongress des ÖGB) festgehalten sind.

AK Salzburg:

Der Durchklick auf www.ak4u.at

Auf ihrer neuen Jugendhomepage zeigt die Arbeiterkammer Salzburg ihre junge Seite.

Auf www.ak4u.at zeigt die AK Salzburg ihre junge Seite. Alle unter 26 können sich hier den Durchklick holen: vom Recht für Lehrlinge und junge ArbeitnehmerInnen, bis hin zu Tipps und Infos für junge KonsumentInnen. Außerdem Wissenswertes zu Bildung, Sport und Kultur, alle Beratungszeiten der AK, Broschüren zum Download sowie Service-Checks, bei denen man andere für sich rechnen lassen kann. »Welcher Handy-Anbieter

ist für mich der günstigste, welcher Internet-Provider passt zu mir?«, sind nur zwei Fragen, die online schnell und einfach beantwortet werden.

Die Salzburger AK nimmt ihr Motto ernst. Alles was Recht ist – an jedem Ort. Deshalb gibt es AK4U jetzt auch im sogenannten Web 2.0 in den bekanntesten Web-Communities. AK4U ist in den verschiedenen Netzwerken, zum Beispiel StudiVZ, Xing, SchülerVZ oder Face-

book als Gruppe vertreten. Dort kann man Fragen stellen, mit den anderen Gruppenmitgliedern diskutieren oder sich einfach nur informieren. AK4U versorgt Gruppenmitglieder mit wichtigen Neuerungen im Arbeitsrecht und praktischen Tipps für wichtige Entscheidungen wie zum Beispiel Auto- und Wohnungskauf, oder Fahrschul- und Kontoauswahl.

www.ak4u.at

AK Tirol:

Beim Heizen geizen

Mit wenig Aufwand lässt sich beim Heizen viel Geld sparen, vor allem jetzt, bei dieser klirrenden Kälte.

Wer mit Köpfchen heizt, kommt weniger ins Schwitzen bei den Energiekosten. Heizen verbraucht die meiste Energie im Haushalt: je nach Gebäude und Dämmung zwischen 50 und 80 Prozent. Daher gibt es in diesem Bereich auch das größte Sparpotenzial. Auch wer sich keine verbesserte Wärmedämmung, neue Fenster oder den Austausch des Heizkessels leisten konnte, bekommt hier ein paar coole Spartipps für wohlige Wärme: Schon ein bis zwei Grad weniger an Raumtemperatur führt zu einer deut-

lichen Kostenersparnis. Welche Zimmertemperatur die richtige ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab: körperliche Aktivität, Alter, Bekleidung und auch Ernährung. Empfohlen werden für Wohnräume tagsüber 20 bis 22 Grad, für Schlafräume reichen 16 bis 18 Grad. Wer die Raumtemperatur um ein Grad senkt, kann sich über eine Einsparung des Energieverbrauchs von rund fünf Prozent freuen. Wer richtig lüftet, spart nicht nur Heizkosten, sondern vermeidet auch Schimmel. Statt einmal zu lange, lieber

drei- oder viermal am Tag kräftig lüften. Am besten die Fenster ca. fünf Minuten voll öffnen und dabei das Thermostatventil am Heizkörper ganz zuge dreht lassen. Oft hilft es schon, die Fenster und Balkontüren mit einfachen Mitteln abzudichten, um Zugluft und das Eindringen von Kälte zu verhindern. Fugen ziehen nicht nur Energie aus der Wohnung, sondern auch Geld aus der Tasche.

Mehr Tipps im Detail

www.ak-tirol.com/online/spartipps-beim-heizen-45156.html

GdG und KMSfB:

Gemeinsam stärker

Jetzt sind die Kulturgewerkschaft und die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten Partnerinnen.

Bei ihrem außerordentlichen Gewerkschaftstag am 20. November 2008 in Wien beschloss die Kulturgewerkschaft KMSfB (Kunst, Medien, Sport, freie Berufe) die Fusion mit der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) zum nächstmöglichen Zeitpunkt – buchhalterisch per 1. Jänner 2009. Dieser Beschluss war unausweichlich, weil die KMSfB aufgrund ihrer geringen Mitgliederzahl (ca. 9.600) bei der erforderlichen

bundesweiten Personalstruktur seit Jahren Defizite einfuhr, die nun nicht mehr durch den ÖGB aufgefangen werden konnten. Dem Fusionsbeschluss waren zwei Jahre dauernde Verhandlungen vorangegangen, anfangs mit dem Ziel einer Kooperation mit der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD), im vergangenen Frühjahr jedoch zeigte sich eine Fusion als unausweichlich. Sie wurde von Juni bis September sowohl mit der

GÖD als auch mit der GdG verhandelt. Damit die Fusion wirksam wird, ist nun auch ein entsprechender Beschluss der künftigen Partnergewerkschaft GdG bei einem außerordentlichen Gewerkschaftstag erforderlich sowie danach die Bestätigung durch den ÖGB-Bundeskongress und schließlich ein gemeinsamer Gewerkschaftstag der beiden künftigen Partner (um den März 2009).

Mehr Infos unter: www.KMSfB.at

Ein gutes Blatt

2009 sind die Karten neu gemischt. Der geschäftsführende ÖGB-Präsident Erich Foglar über Chancen und Gefahren.

ZUR PERSON



Erich Foglar

Geboren 19. 10. 1955

Erlerner Beruf: Werkzeugmacher

1979–1987 Betriebsrat (von 1982–1987 freigestellt), 1985–1987 stv. Vorsitzender der Arbeiterbetriebsrates

1987–1988 Sekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie (GMBE)

1988–1992 Zentralsekretär-Stv. der GMBE/Finanzreferat

1992 bis 9. 5. 2006 Zentralsekretär der GMBE (15. Gew.Tag), ab 2000 Gewerkschaft Metall-Textil

29. 3. 2006 bis 16. 5. 2006 Leitender Sekretär des ÖGB für Finanzen

9. 5. 2006 bis 1. 12. 2008 Vorsitzender der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN)

seit 24. 1. 2007 Mitglied im Vorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Arbeitsschwerpunkt »Wirtschaft«

seit 1. 12. 2008 geschäftsführender Präsident des ÖGB

Arbeit&Wirtschaft: *Kollege Foglar, Ende 2008 hat sich einiges getan: Finanzmarktkrise, Regierungsbildung und seit 1. Dezember bist du geschäftsführender Präsident des ÖGB. Die Karten sind neu gemischt. Wie bist du in dieses neue Jahr gegangen?*

Erich Foglar: Silvester habe ich wie immer gefeiert. Natürlich ist das Jahr 2009 für alle eine große Herausforderung. Sei es für die Wirtschaft aufgrund der gegenwärtigen Situation, sei es für alle, die durch die Veränderung in den Funktionen betroffen sind, ob für das Regierungsteam, Kollegen Hundstorfer, der ja Sozialminister geworden ist, oder für mich. Wir stehen vor einem herausfordernden und sehr spannenden Jahr 2009, und ich glaube, wir haben ein gutes Blatt in der Hand, um dieses Jahr selbst zu ge-

stalten. Wir können nicht alles beeinflussen, aber wir können sehr viel tun. Es ist sehr positiv, dass es rasch zu einer Regierungsbildung gekommen ist im Gegensatz zu anderen Jahren. Wir haben eine handlungsfähige Regierung. Ich glaube Optimismus ist immer angebracht.

Zur Wirtschaftskrise, die ja durch die Finanzmarktkrise verursacht wurde: Die stellt uns in bestimmten Wirtschaftsbereichen vor enorme Herausforderungen. Am meisten betroffen ist derzeit der ganze Automobilsektor. Aber nicht nur. Allgemein gilt es, alle Anstrengungen zu unternehmen, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit so weit als möglich zu dämpfen. Wir können ihn nicht verhindern, das zu glauben, wäre unrealistisch. Ich glaube, da sind schon richtige Maßnahmen gesetzt worden, wie die Entlastungen, die schon vergangenes Jahr beschlossen wurden

oder in Kraft getreten sind. Ob es sich nun um die 13. Familienbeihilfe handelt, ob um die Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages für die unteren Einkommensgruppen, oder ob es nun die Entscheidung ist, 2009 doch eine Steuer-senkung durchzuführen. Das war schon länger eine massive Forderung der Gewerkschaften. Offensichtlich sind da die Argumente des ÖGB endlich auf ein offenes Ohr gestoßen. Wir begrüßen auch die Maßnahmen, die für den Arbeitsmarkt getroffen worden sind. Es ist richtig, dass da der Staat gegensteuert. Österreich hat eines der ambitioniertesten Konjunkturprogramme im europäischen Kontext beschlossen mit fast zwei Prozent des BIP. Ich bin froh, dass man wieder die Priorität auf Beschäftigungssicherung legt, statt wie bisher auf eine reine Eindämmung des Budgetdefizits.

Wir stehen vor einem herausfordernden und sehr spannenden Jahr 2009, und ich glaube, wir haben ein gutes Blatt in der Hand, um dieses Jahr selbst zu gestalten.



Das hat auch Folgen?

Eine positive Folge ist, dass der ganze Bereich Arbeit wieder ins Sozialministerium gewechselt ist, wo er bis ins Jahr 2000 ja war. Wir sind froh, dass wieder ein anderer Geist in die Regierung eingekehrt ist. Mit Streiten lassen sich ja keine Probleme lösen. Was wir brauchen sind handfeste Lösungsvorschläge und Entscheidungen, die man auch umsetzt. Das ist der Punkt, der uns besonders am Herzen liegt. Es sind die richtigen Entscheidungen getroffen worden, aber es gilt jetzt die verschiedenen Maßnahmen auch rasch umzusetzen, dass sie auch draußen ankommen und die Menschen etwas spüren.

Siehst du als Optimist diese Wirtschaftskrise ein wenig als Chance? Sie hat Entscheidungen beschleunigt, Sichtweisen verändert, und es wurde wieder mehr auf die Sozialpartner gehört.

Wir finden es positiv, dass man wieder bereit ist auf die Erfahrung der Sozialpartner zurückzugreifen. Wobei aber ganz klar ist, die Sozialpartner sind nicht die Regierung. Wir sind gerne bereit, Erfahrung einzubringen und Vorschläge zu machen. Entscheiden muss die Regierung. Auch ist die Sichtweise der Sozialpartner nicht immer die gleiche. Wir sind ganz klar auf Seiten der ArbeitnehmerInnen und haben da unsere Positionen. Die Wirtschaftsseite hat ebenfalls ihre Positionen, und bisher ist es immer gelungen einen Kompromiss zu finden. Das verhält sich auch mit der Regierung so. Jede Krise birgt natürlich eine Chance. Im Vordergrund stehen allerdings die negativen Auswirkungen der

Krise. Die muss man so gering wie möglich halten.

Zum Stichwort: Finanzmarktkrise und Neoliberalismus. Wir haben da wirklich die Chance, Lehren aus dieser absoluten Fehlentwicklung zu ziehen und hier Veränderungen herbeizuführen und umzusetzen. Es waren ja gerade auch die Gewerkschaften und viele NGOs – Arbeiterkammer, Attac und andere – die jahre-, jahrzehntelang vor dieser Entwicklung gewarnt haben, aber nicht gehört wurden. Im Gegenteil: Manchmal wurden sie belächelt. Leider haben sie Recht behalten. Leider, denn die Zeche zahlen die kleinen Leute. Wir können nur daran arbeiten und werden uns einbringen, dass am Finanzmarkt gravierende Änderungen erfolgen. Wir brauchen Transparenz, wir brauchen stärkere Kontrolle, mehr Möglichkeiten für die Kontrollorgane, egal ob national oder international, und wir brauchen vor allem einen Wertewandel. Es muss sich der Finanzsektor wieder viel mehr an der Realwirtschaft orientieren. Er hat sich entkoppelt in die urfadede konservative Ökonomie und andererseits die angeblich sprühende und von innovativem Geist getragene Finanzwirtschaft, die Renditen versprochen hat, die nachweislich nicht erwirtschaftet werden können. Das Ergebnis von dem allen haben wir jetzt als Krise auf dem Tisch.

Wie geht der ÖGB konkret mit der Krise um?

Es hat ja den Automobil-Gipfel gegeben und Betriebsrätekonferenzen. Unsere Position ist ganz klar: Wir haben mit **Kurzarbeit** ein bewährtes Instrument,

um Menschen im Betrieb und in Beschäftigung zu halten. Dieses Instrument müssen wir den Gegebenheiten anpassen. Es muss flexibler werden. Wir brauchen mehr Anwendungsmöglichkeiten als das Gesetz bisher zulässt. Es muss möglich werden, Kurzarbeit über den bisher im Gesetz vorgesehenen Rahmen zu verlängern. Auch die reduzierbare Arbeitszeit sollte flexibler angewendet werden können. Und einer der wichtigsten Punkte für uns ist, dass wir Kurzarbeit auch mit Qualifizierungsmaßnahmen verknüpfen können wollen. Derzeit ist nur Entweder-Oder möglich. Wir brauchen Lösungen auf gesetzlicher Ebene, die uns sehr viel Handlungsspielraum in den Betrieben lassen. So können BetriebsrätInnen gemeinsam mit der Unternehmensleitung maßgeschneiderte Lösungen finden. Denn all das kann nicht ohne Mitbestimmung funktionieren. Diese ganzen Lösungen müssen auf Basis von KV-Partnereinbarungen stattfinden, wichtig ist, dass Gewerkschaften und Wirtschaftskammer zustimmen. Das ist für uns unverzichtbar: Es kann nur mit den Betroffenen gehen, es darf durch diese Situation die Mitbestimmung auf keinen Fall unter die Räder kommen. Im Gegenteil: Sie ist auszubauen. Gerade in Krisenzeiten brauchen wir mehr Mitbestimmung.

Daher hast du auch in deiner Antrittspressekonferenz eine Novellierung des Arbeitsverfassungsgesetzes gefordert?

Das Arbeitsverfassungsgesetz ist 1974 in Kraft getreten. Seither hat sich die Welt maßgeblich verändert, und wir müssen diesen Gegebenheiten auch in vielen Be-

reichen dieses Gesetzes Rechnung tragen. So soll es leichter werden, einen Betriebsrat zu gründen. Es geht um besseren Schutz für ArbeitnehmervertreterInnen und jene, die einen Betriebsrat gründen wollen. Wir brauchen besseren Zugang für die Gewerkschaften. Die Anforderungen an BetriebsrätInnen, PersonalvertreterInnen und Jugendvertrauensleute werden immer höher. Dem können wir nur mit Bildung begegnen, daher fordern wir eine Ausweitung der bezahlten Bildungsfreistellung auf mehr als derzeit drei Wochen. Auch bei der Informationspflicht sind Änderungen notwendig. Mitbestimmen kann nur, wer informiert ist. Es gibt zwar vierteljährliche Wirtschaftsgespräche, aber ein Vierteljahr ist lange. Auch kommt es darauf an, welche Informationen der Betriebsrat bekommt. Da müsste die Informationspflicht der ArbeitgeberInnen ausgebaut werden. Dann bleibt die Frage, wie die Verletzung dieser Pflicht sanktioniert wird. Klare Spielregeln, welche Informationen in welcher Form gegeben werden müssen, und was passiert wenn nicht, wären endlich notwendig.

Die Information war auch ein wichtiger Punkt bei den Forderungen des Europäischen Gewerkschaftsbunds EGB bei der Revision der Richtlinie zum Europäischen Betriebsrat im Vorjahr.

Da haben wir leider nicht alles bekommen, was wir gefordert haben. Aber es war trotzdem ein wichtiger Schritt vorwärts im Europäischen Sozialen Dialog und als Verbesserung zu sehen. Wir haben jetzt auch das Problem der Europäischen Privatgesellschaft am Tisch, wo ebenfalls Änderungen geplant sind. Auch dabei geht es uns vor allem darum, dass die Mitbestimmung gesichert wird. Das ist natürlich auf EU-Ebene ungleich schwieriger aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen Unterschiede und Voraussetzungen in den Mitgliedsstaaten. Umso wichtiger ist es, dass wir uns auch auf Ebene der Europäischen Gewerkschaftsbewegung stark einbringen.

Ein Beispiel für den Europäischen Sozialen Dialog nennt Oliver Röpke in diesem Heft mit der Arbeitszeitregelung.

Es war sehr, sehr gut, dass die Gewerkschaftsbewegung hier massive Aktivitäten gesetzt hat. Es gab ja auch eine große Demonstration. Es zeigt sich auch immer mehr, wie wichtig das Europäische Parlament ist. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg. Es muss die Gewerkschaftspolitik noch mehr auf die Europäische Ebene verlagert werden, da dort immer mehr Entscheidungen fallen. Das ist eigentlich ein Erfolgsbeispiel, weil weit mehr als die erforderliche Mehrheit für die Ablehnung dieses Kommissionsvorschlags gestimmt hat. Das gibt wieder Anlass für genügend Optimismus, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

Neue Wege schlägt auch der ÖGB mit der ÖGB-Reform ein. Im Juni soll der Bundeskongress stattfinden. Erste Schritte sind schon gesetzt worden. Wohin führt der Weg?

Richtig ist, dass wir in den nur zwei Jahren seit dem vorigen Kongress sehr viel umgesetzt haben. Wir haben mit dem erfolgreichen Verkauf der BAWAG unser Überleben gesichert, genauso wie mit der Umgründung diverser Unternehmensbereiche, mit dem Verkauf von Liegenschaften und mit vielen anderen Maßnahmen. Wir haben die Umstellung von den Bezirken auf die Regionen vollzogen. Wir haben eine ganz andere Arbeitsweise an der Spitze des ÖGB. Früher gab es ein kleines Präsidium, jetzt gibt es einen Vorstand in dem alle Gewerkschaften vertreten sind, mit einer Ausnahme, der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Wir haben die Frauenquote in den wichtigsten Gremien erfüllt. Da besteht zwar noch Handlungsbedarf, wir werden diesen Weg aber konsequent weiter gehen, kommen aber an der Struktur in den Betrieben nicht vorbei. Wir haben das Kontrollsystem reformiert, die Minderheitsfraktion stellt den Kontrollvorsitzenden. Einige Projekte sind gerade im fertig werden: Strategie, Führungskultur und der Kommunikationsbereich. Einige Projekte haben wir noch nicht begonnen, aber das bietet die Chance, einiges beim Bundeskongress neu zu überdenken und an die Zeit anzupassen.

Wie sieht es aus mit neuen Ansätzen zur Mitgliederwerbung?

Ohne Mitglieder sind wir nichts. Wir haben in den verschiedenen Gewerkschaften dazu auch verschiedene Ansätze. Eines der wichtigsten Projekte des vorigen Bundeskongresses war das Projekt **stille Austritte**. Das sollte eigentlich zu einem ständigen Prozess werden. Durch die Tausenden Arbeitsplatzwechsel jedes Jahr haben wir viele Mitglieder verloren. Wir haben im Rahmen des Projektes den Kontakt wieder aufgenommen und viele haben uns bestätigt, dass sie nicht austreten wollen und sind zurückgekommen. Das zeigt, dass das ein richtiger Weg war. Aber wir werden aufgrund der Wirtschaftskrise ein noch schwierigeres Umfeld vorfinden. Es wird die Arbeitslosigkeit steigen und es werden vor allem Neuaufnahmen in den Betrieben zurückgestellt. Damit ist das Potenzial neue Mitglieder zu werben geringer. Auf der anderen Seite haben wir viele weiße Flecken.

Zum Schluss eine persönlicher Frage: Wie ist deine Einstellung zum Glück, Kollege Foglar? Glaubst du an Glücksbringer?

Das Glück ist ein Vogerl. Man kann es sich nicht aussuchen, ob man es hat oder nicht hat. Ich bin recht gefeit vor Aberglauben. Es gibt ganz wenige Punkte, wo ich mich selbst dabei ertappe. Ich bücke mich z. B. grundsätzlich nach der kleinsten Münze – wenn ich einen Cent verschmähe ist es ein schlechtes Omen. Denn jeder gefundene Cent ist ja eigentlich ein bissl Glück.

Und jeder Mensch braucht a bissl a Glück. Man kann noch so tüchtig sein, wenn einem irgendwie das bisschen Glück fehlt, kann es zu Problemen kommen. Und so wünsche ich allen KollegInnen neben Gesundheit und Wohlergehen vor allem dieses Quäntchen Glück, das man im Leben immer braucht.

Wir danken für das Gespräch.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Jahr der Sozialpolitik

Mit dem »Hanusch-Paket« wurde vor mehr als 90 Jahren der Grundstein für den österreichischen Sozialstaat gelegt.

1919 war der Erste Weltkrieg zwar vorbei, aber Europa brannte noch immer. In Österreichs Nachbarschaft kamen **Räteregierungen** an die Macht – sie wollten einen sozial gerechten, sozialistischen Staat bauen. Die Sieger des Ersten Weltkriegs finanzierten die schließlich erfolgreichen rechten bis rechtsextremen »weißen« Gegenbewegungen. In Österreich, wo es auch eine starke Rätebewegung gab, ging bei den Besitzenden die Revolutionsangst um (denn nicht wenige hatten vom Kriegs- und Nachkriegschaos profitiert). Ferdinand Hanusch, der von der Reichskommission der Freien Gewerkschaften nominierte Sozialstaatssekretär der ersten demokratischen österreichischen Regierung, nutzte, wie er sich selbst ausdrückte, »die Konjunktur«, um in der Koalitionsregierung mit Christlichsozialen und Deutschnationalen möglichst viel an sozialem Fortschritt und sozialen Rechten »herauszuschinden«. So gelang es mit dem »Hanusch-Paket«, die Basis für den späteren österreichischen Sozialstaat zu legen, für Gewerkschaftsrechte und Mitbestimmung in den Betrieben. Diese Gesetze und Verordnungen wurden 1919 vorbereitet und zum Großteil auch beschlossen, einige wenige davon – vor allem das Arbeiterkammergesetz, das bisher nur provisorisch geltende Arbeitslosenversicherungsgesetz und das Hausgehilfengesetz – verabschiedete das Parlament erst 1920. Das ebenfalls vollständig vorbereitete Arbeiterpensionsgesetz war politisch dann nicht mehr durchzubringen.

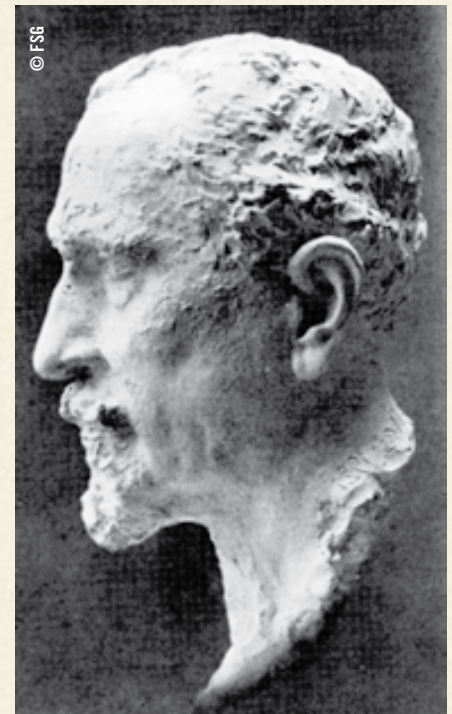
Unter Einbeziehung der Notstandsgesetze von 1918 umfasste das »Hanusch-Paket« insge-

samt 83 Maßnahmen. Die wichtigsten des Jahres 1919 waren:

- 25. 1. Die Aufhebung der Arbeitsbücher und der Bestrafung des Kontraktbruchs
- 3. 4. Das Nachtarbeitsverbot in Bäckereien
- 25. 4. Das Invalidenentschädigungsgesetz
- 14. 5. Die Arbeitereinstellungsverordnung
- 14. 5. Das Verbot der Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen
- 15. 5. Das Betriebsrätegesetz
- 30. 7. Das Arbeiterurlaubsgesetz
- 17. 12. Das Achtstundentagsgesetz für (fast) alle
- 18. 12. Das Einigungsamtsgesetz mit der gesetzlichen Anerkennung von Kollektivverträgen

Um das alles bewältigen zu können, versammelte Hanusch ein brillantes Expertenteam um sich: Namen wie **Kautsky, Kaan, Gasteiger, Meinziger, Lederer, Adler, Pribram** oder **Tandler** hatten auch in der wissenschaftlichen Welt einen guten Klang.

Gleichzeitig war es dem Staatssekretär ein großes Anliegen, dass sein Haus nicht zu einer abgehobenen Gesetzesmaschine wurde und entgegen Kritikern, denen es mit der Sozialgesetzgebung nicht schnell genug ging: »Wer weiß, dass in meinem Staatsamt täglich 200 bis 300 und



Ferdinand Hanuschs Totenmaske. Er starb bereits 1923, nachdem er noch die Arbeiterkammer in Wien aufgebaut hatte.

noch mehr Leute verkehren; dass dieses Staatsamt die ganze Invaliden-, Heimkehrer-, Witwen- und Waisenfragen behandeln muss, ... wird sich nicht wundern. Das Staatsamt ist jetzt eines der größten Arbeitssekretariate in Wien; ich hoffe, dass es so bleibt, damit die Arbeiter wissen, wohin sie gehen können, und auch wissen, dass ihre Geschäfte in objektiver Weise geführt werden.«

Ausgewählt und kommentiert von
Dr. Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Antworten auf die Krise

*Österreichs neue Bundesregierung steuert 2009
aktiv mit Ausgabensteigerungen und Steuersenkungen gegen.*

*AutorInnen:
Mag. Thomas Delapina,
Mag. Christa Schlager*

*MitarbeiterInnen der Abteilung Wirtschafts-
wissenschaften und Statistik der AK Wien*

Die dramatische Verschärfung des globalen Konjunkturerinbruchs im Herbst als Folge einiger Bankenzusammenbrüche nach dem Platzen der Immobilienblase in den USA zwang alle Prognoseinstitute zu drastischen Abwärtsrevisionen. Zum Jahreswechsel befindet sich der gesamte OECD-Raum in einer Rezession, und auch in den Schwellenländern verlangsamte sich das bis vor kurzem noch sehr dynamische Wachstum erheblich. Das Weltwirtschaftswachstum wird somit 2009 stagnieren. Die Krise der Finanzmärkte schlägt nun massiv auf die Realwirtschaft durch.

WIFO: Wirtschaft schrumpft 2009

Laut Dezember-Prognose des WIFO wird die Wirtschaft der Eurozone 2009 um mehr als ein Prozent schrumpfen. Erst gegen Ende 2009 kann wieder mit leichter Belebung und damit 2010 mit einem geringfügigen Wachstum in Höhe eines halben Prozents gerechnet werden. Als kleine offene Volkswirtschaft kann sich Österreich dem internationalen Trend nicht entziehen. Für 2009 wird eine Rezession mit einem Rückgang im Ausmaß eines halben Prozents des realen BIP prognostiziert. Denn Auftragseingänge, vor allem aus dem Ausland, bre-

Wichtigste Wirtschaftsdaten Österreich 2006–2010 (%)

	2006	2007	2008	2009	2010
BIP-Wachstum	3,4	3,1	1,8	-0,5	0,9
Priv. Konsum	2,4	1,0	1,0	1,0	1,0
Investitionen	2,6	4,7	1,9	-3,8	0,3
Exporte	6,8	8,7	3,6	-0,5	1,5
Reallöhne netto	1,3	-0	-0,6	2,6	0,2
Beschäftigung	1,7	2,1	2,4	-0,4	0,2
Arbeitslosenrate	6,8	6,2	5,8	6,5	6,9

Quelle: WIFO-Prognose Dezember 2008

chen ein, und die Konsumbereitschaft, die schon beim raschen Wachstum vorangegangener Jahre enttäuschend war, ist äußerst gering. Wie die Exporte werden die Investitionen schrumpfen. Nahezu alle Wirtschaftszweige werden vom Konjunkturerinbruch betroffen sein. Wegen der Schwäche der ausländischen Nachfrage werden Sachgüterproduktion und Tourismus Dämpfer erleiden.

Geringer Anstieg der Arbeitslosigkeit

Durch das Abnehmen der Arbeitskräftenachfrage wird die Beschäftigung 2009 um 13.000 oder 0,4 Prozent sinken. Der Anstieg der **offenen Arbeitslosigkeit** wird dabei mit 27.000 auf 238.000 verhalten ausfallen, da mit einem elastischen Reagieren des Arbeitskräfteangebotes, mit vermehrten Schulungsaktivitäten für Arbeitslose und mit einer Ausweitung von Kurzarbeit gerechnet wird. Die Arbeitslosenquoten werden sich daher von 2008 auf 2010 von 3,5 auf 4,1 (in Prozent der

Erwerbspersonen lt. Eurostat) bzw. von 5,8 auf 6,9 Prozent (in Prozent der Unselbstständigen lt. AMS) erhöhen.

Eher optimistisches Szenario

Die aktuelle Prognose kann allerdings als eher optimistisches Szenario angesehen werden. Sie geht davon aus, dass keine weiteren groben Konkursfälle (z. B. bei Banken oder in der Automobilbranche) oder andere Schocks eintreten. Sollte dies doch geschehen, gäbe es weiteren kräftigen Revisionsbedarf nach unten.

Dass Österreich dennoch unterdurchschnittlich von der internationalen Krise betroffen sein wird, ist nicht zuletzt der Wirtschaftspolitik zu verdanken, welche aktiv mit Ausgabensteigerungen und Steuersenkungen gegensteuert. Damit kann das Konsumwachstum der privaten Haushalte zumindest stabilisiert werden. Die umfangreichste Maßnahme ist die Steuersenkung im Jahr 2009 mit 2,3 Mrd. Euro. Sie soll im März 2009 beschlossen

werden und rückwirkend per 1. Jänner 2009 gültig sein. Das Volumen liegt deutlich unter den von AK/ÖGB geforderten 3,5 Mrd. Euro, doch werden die Betroffenen aller Einkommensstufen die Steuerersenkung spüren. So kann ein positiver Konjunkturimpuls erwartet werden. Über das Jahr gerechnet werden kleinere Einkommen mit 380 Euro (bei 1.200 Euro brutto monatlich), hohe Einkommen bis 1.350 Euro (ab 5.800 Euro brutto monatlich) entlastet. Eine **Negativsteuerregelung** für NiedrigverdienerInnen wurde nicht vereinbart, doch bleibt die Absenkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen aufrecht. Bereits knapp vor der Nationalratswahl wurden zehn steuerfreie Überstundenzuschläge und Entschärfungen bei den Diätenregelungen beschlossen.

Eine wichtige AK-Forderung, die deutliche Senkung der Grenzsteuersätze im unteren Einkommensbereich, wurde nicht umgesetzt. Es ist nur eine Senkung des Eingangssteuersatzes von 38,3 Prozent auf 36,5 Prozent vorgesehen. Zwar wurde durch das Hinaufsetzen der Eingangsstufengrenze von 10.000 auf 11.000 Euro eine adäquate Entlastung auch im unteren Bereich erreicht, doch nur eine minimale Grenzsteuersatzänderung.

Steuerliches Familienpaket

Mit dem Volumen von 500 Mio. Euro werden die in Österreich ohnehin stark ausgebauten monetären Familienleistungen deutlich erhöht. Der Kinderfreibetrag von 220 Euro bringt einem/r DurchschnittsverdienerIn rund sieben Euro pro Kind im Monat und erscheint wenig sinnvoll. Finanziell interessanter für Personen mit überdurchschnittlichem Einkommen ist die Möglichkeit, bis zu 2.300 Euro Kinderbetreuungskosten im Jahr absetzen zu können. Bei hohem Einkommen führt das sogar zu einer jährlichen Steuerersparnis von 1.150 Euro pro Kind. Eine teilzeitbeschäftigte Alleinerzieherin bekommt jedoch nur 7,50 Euro monatlich aus der Erhöhung der Kinderabsetzbeträge. Das Familienpaket ist somit sozial unausgewogen. Das Vorhaben, 500 Euro durch den Dienstgeber lohnsteuerfrei auszahlen zu können, wenn es zur Abdeckung externer Kinderbetreuungskosten dient, ist aus AK-Sicht

weniger problematisch. In den Konjunkturpaketen I und II liegt der Schwerpunkt auf Infrastrukturinvestitionen: So soll in den Straßen- und Schienenverkehr investiert werden. Die Bundesimmobilien-gesellschaft (BIG) wird Konjunktur belebende Maßnahmen wie etwa Investitionen in den Bereichen thermische Sanierung von BIG-Gebäuden, Instandhaltungsmaßnahmen, Neubauten und Generalsanierungen von Schulen, Universitäten und Justizbauten vorziehen und damit in den Jahren 2009 und 2010 ein Investitionsvolumen von insgesamt 875 Mio. Euro auslösen. Insgesamt 100 Mio. Euro stehen in den Jahren 2009 und 2010 zusätzlich zur Förderung der thermischen Sanierung von Privathaushalten und Betrieben zur Verfügung.

Mit der Einführung einer **degressiven** Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter (befristet auf zwei Jahre) sollen ebenfalls Anreize für Investitionen gesetzt werden. Daneben sind 100 Mio. Euro mehr für Forschung und Entwicklung für die nächsten beide Jahre vorgesehen. Positive Beschäftigungsanreize sollte auch das verpflichtende Vorschuljahr ab 2009 entfalten. Die bereits im Vorfeld der Nationalratswahlen beschlossenen Maßnahmen wie zusätzliche Erhöhung der Pensionen, Entfall der Studiengebühren und Senkung der Umsatzsteuer für Medikamente haben das Ziel, den Konsum anzukurbeln und damit die Konjunktur zu stützen.

Insgesamt kann die Beschäftigungswirkung aller Maßnahmen auf rund 20.000 Personen 2009, bzw. 30.000 Personen 2010 geschätzt werden. Problematisch ist, dass die unter dem Titel »Maßnahmen



Die aktuelle Prognose kann allerdings als eher optimistisches Szenario angesehen werden.

WEBLINKS

Wirtschaftsforschungsinstitut
www.wifo.at

für die aktive Arbeitsmarktpolitik« und »Mindestsichernde Elemente und Vereinfachungen im Arbeitslosenversicherungsrecht« aufgelisteten Maßnahmen im Regierungsprogramm unter einem generellen Finanzierungsvorbehalt stehen. Gerade in Anbetracht des drohenden Einbruchs auf dem Arbeitsmarkt müssen die notwendigen Mittel für diese Aufgaben umgehend zur Verfügung gestellt werden.

Rasch umsetzen!

Entscheidend für die wirtschaftliche Situation des kommenden Jahres wird sein, dass alle angekündigten Maßnahmen, und auch bereits weitgehend beschlossene wie die bedarfsorientierte Mindestsicherung, so rasch wie möglich umgesetzt werden, damit sie ihre positive Wirkung entfalten können und so dem drohenden Anstieg der Arbeitslosigkeit und der Armut entgegenwirken werden kann.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den/die AutorIn
thomas.delapina@akwien
christa.schlager@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Herausforderung

Die aktuelle Wirtschaftslage stellt hohe Anforderungen an die neue Bundesregierung. Konjunkturpakete müssen rasch umgesetzt werden.

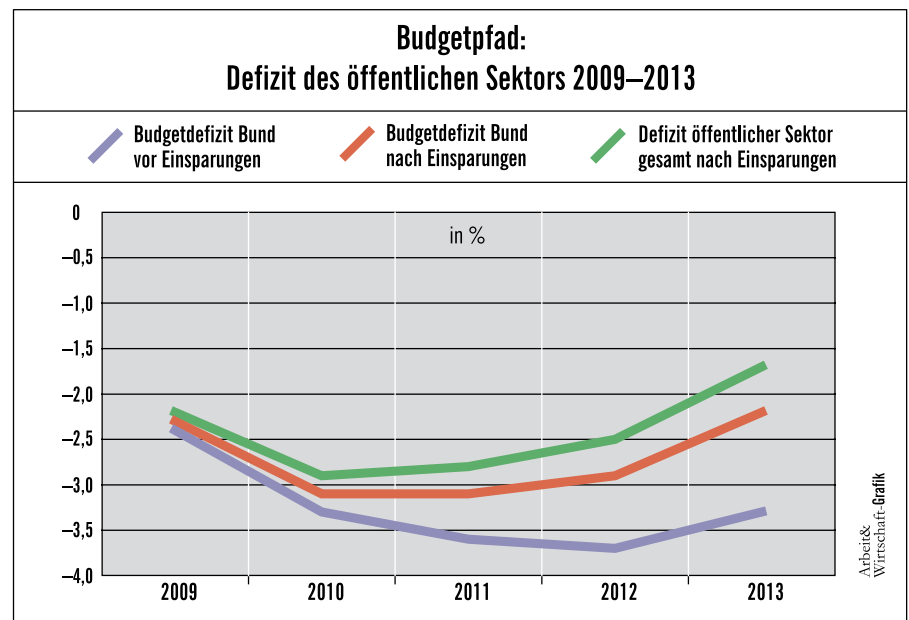
Autor: Dr. Günther Chaloupek

Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen
Abteilung der AK Wien

Der neuen Prognose des Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge wird Österreichs Wirtschaft 2009 um ein halbes Prozent schrumpfen und auch im nächsten Jahr nur schwach wachsen. Damit steht die neue Bundesregierung vor der größten wirtschaftspolitischen Herausforderung seit dem Jahr 1975, als im Gefolge des ersten Ölpreisschocks das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 0,4 Prozent zurückging. Die schwierige Wirtschaftslage war zweifellos ein Grund dafür, dass die Bildung der neuen Regierung nach den Wahlen vom 28. September in deutlich kürzerer Zeit als nach den Wahlen 2006 erfolgt ist.

Rasche Reaktion gefragt

Das Programm der neuen Regierung ist in wesentlichen Teilen von der Notwendigkeit geprägt, prompt und umfassend auf die Verschärfung der Finanzmarktkrise sowie auf die sich abzeichnende Rezession zu reagieren. Positiv ist dabei zu vermerken, dass diesmal die Bedenken wegen angeblicher Wirkungslosigkeit von Konjunkturpaketen (»Strohfeuer«) nicht erst mühsam überwunden werden mussten, sondern die Wirkung von Konjunkturprogrammen im Regierungsübereinkommen außer Streit gestellt wird. Der im Regierungsprogramm festgelegte Budgetpfad erlaubt es, die notwendigen Maßnahmen wie eine



Steuersenkung im Ausmaß von 2,3 Mrd. Euro bereits 2009 vorzunehmen und die Konjunkturpakete umzusetzen. Das Wifo schätzt den Beitrag aller Maßnahmen auf 0,75 Prozent des BIP. Das heißt, dass ohne Maßnahmen die Rezession und deren Auswirkungen auf die Beschäftigung viel gravierender ausfallen würde.

Budgetpfad 2009–2013

Unter der Annahme eines eher gedämpften Wachstums bis 2013 (im Durchschnitt nur 1,8 Prozent pro Jahr) wird davon ausgegangen, dass das Budgetdefizit nach 2010 zwar wieder gesenkt, aber bis 2013 nicht mehr eliminiert werden kann. Die Erfahrung der vergangenen 20 Jahre zeigt, dass das Defizit unter solchen Bedingungen von selbst nur wenig

zurückgeht. Im Programm sind daher Maßnahmen (siehe Grafik: »Budgetpfad«) im Volumen von bis zu 1,1 Prozent des BIP (ca. drei Mrd. Euro) und ansteigende Budgetüberschüsse der Bundesländer vorgesehen, die das gesamte Defizit des öffentlichen Sektors auf 1,7 Prozent 2013 reduzieren sollen.

In einer länger dauernden Wachstumschwäche befindet sich die Budget- bzw. die gesamte Wirtschafts- und Sozialpolitik in einem schwierigen Dilemma. Ausgabenkürzungen (Soziales und Infrastruktur) entziehen dem Wirtschaftskreislauf Nachfrage und dämpfen das Wachstum zusätzlich. Andererseits können laufende Ausgaben wie Personalaufwand und Sozialtransfers nicht über längere Zeiträume kreditfinanziert werden, da damit die Verschuldungsquote ansteigt und immer

mehr Einnahmen für die Bezahlung der Zinsen für die Staatsschuld benötigt werden. In Deutschland hat in den Jahren 2002 bis 2005 trotz restriktiver Ausgabenpolitik das Defizit weiter zugenommen.

Im Regierungsprogramm ist zu Recht eine behutsame Konsolidierung vorgesehen. Es werden Bereiche aufgelistet, in denen konkrete Maßnahmen für Einsparungen entwickelt werden sollen. Eine Kommission aus WirtschaftsforscherInnen, VertreterInnen der Bundesregierung und der Bundesländer soll unter dem Vorsitz des Rechnungshofpräsidenten schon im Frühjahr 2009 erste Vorschläge dazu erstellen. Die größten Einsparungseffekte sind von Fortschritten bei der Bundesstaatsreform (Finanzausgleich, Abbau/Entflechtung von Mehrfachkompetenzen, Zusammenführung der Verantwortlichkeit für Ausgaben und Finanzierung), von Effizienzsteigerungen im Spitalswesen und im Bereich der Bundes- und Landes-schulen zu erwarten.

Steuersenkung

Im Bereich der Steuerpolitik ist die rasche Senkung der Lohn- und Einkommensteuer, die 2009 die Erhöhung des Durchschnittslohnes um 0,8 Prozent-Punkte verbessert, aus konjunktur- wie auch aus verteilungspolitischen Gründen ein Gebot der Stunde. Für eine nach wie vor einzu-fordernde stärkere Senkung der Steuersätze wäre allerdings eine Steuerreform größeren Volumens notwendig gewesen. Mittelfristig – bis zum Ende der fünf Jahre dauernden Legislaturperiode – hat sich die Regierung vorgenommen, an einer umfassenden Steuerstrukturreform zu arbeiten, für die eine neue Steuerreformkommission Vorschläge erstellen soll. Ob dabei unter den Annahmen des Budgetpfades das im Programm genannte Ziel der Senkung der Steuer- und Abgabenquote realistisch ist, muss bezweifelt werden. Erfahrungen vieler Länder zeigen, dass erfolgreiche Budgetkonsolidierungen eine Kombination von Maßnahmen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite erfordern.

Die Konsequenzen aus der Finanzkrise für die Ordnungsnormen der Finanzmärkte zu ziehen, ist eine europäische bzw. internationale Aufgabenstellung. Die Aussagen dazu im Regierungsprogramm sind sehr allgemein gehalten. Erforderlich



wäre auch das Eintreten für eine kritische Überprüfung der Bilanzierungsregeln im Hinblick auf außerbilanzielle Geschäfte und Zweckgesellschaften, um alle Geschäfte zu erfassen, die bilanzrelevant sein können. Positiv zu sehen ist das Bekenntnis zu einem verstärkten Anlegerschutz.

Das Wirtschaftskapitel des Programms enthält ein Bekenntnis zur sozialen Sicherheit als wesentlichem Standortfaktor. In der EU will die Regierung die Einbindung der Sozialpartner in die Politikgestaltung unterstützen sowie eine stärkere Beachtung sozialer Fragen und fairer Einkommensverhältnisse sowie das Bekenntnis zu einer koordinierten makroökonomischen Politik auf europäischer Ebene einfordern. Die Übergangsfristen am Arbeitsmarkt für Bürger neuer EU-Mitgliedsstaaten sollen ausgeschöpft werden, bei gleichzeitigen Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping. Wünschenswert aus Sicht von ÖGB und AK wäre, dass die Bundesregierung für Maßnahmen gegen Steuerdumping auf europäischer Ebene durch Harmonisierung der Bemessungsgrundlage und einen europäischen Mindeststeuersatz für Unternehmens- und Kapitalsteuern in der EU eintritt.

Arbeitsmarkt

Für die Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik haben AK und ÖGB gemeinsam mit den Sozialpartnern in der vorangegangenen Legislaturperiode das Programm »Arbeitsmarkt – Zukunft 2010« vorgelegt. Die neue Regierung will die Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern fortsetzen. Wichtige Ziele sind dabei z. B. die lückenlose Umsetzung der Aus-

Die Konsequenzen aus der Finanzkrise für die Ordnungsnormen der Finanzmärkte zu ziehen, ist eine europäische bzw. internationale Aufgabenstellung.

WEBLINKS

Eine ausführliche Analyse des Regierungsprogramms zum Download:
www.arbeiterkammer.at

bildungsgarantie bei den Jugendlichen, die Verbesserung der Erwerbchancen Älterer und die verstärkte Arbeitsmarktintegration von MigrantInnen. Erfreulich ist die (Wieder-)Zusammenführung der sozial-, arbeitsrechts- und arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung in einem Ressort.

Konjunkturpakete rasch umsetzen!

Die neue Bundesregierung hat mit den Konjunkturpaketen und mit der Ankündigung der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer auf diese Herausforderung der aufkommenden Rezession reagiert. Entscheidend für die Wirkung der Pakete wird in den nächsten Monaten sein, dass die darin enthaltenen Maßnahmen zügig und konsequent umgesetzt werden, um die Folgen der Rezession insbesondere auf dem Arbeitsmarkt so gering wie möglich zu halten.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
guenther.chaloupek@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wirtschaft braucht Ethik

*Die schrankenlose Ökonomisierung hat uns in die Krise geführt.
Eine Bewusstseinsänderung ist dringend notwendig.*

Autor: Univ.-Prof. Dr. Peter Kampits

Dekan der Fakultät für Philosophie, Uni Wien

Ob die berühmte Krise herbeigere- det, mediengerecht aufbereitet wird oder wirklich eine Krise dar- stellt, lässt sich nicht so ohne wei- teres entscheiden. Die vielfachen Bemü- hungen, den Staat nun zu Hilfe zu rufen, stehen jedenfalls im Zeichen einer Fortset- zungslogik des Bisherigen: Die sich als Entfesselung aller unserer Lebensbereiche gezeigt habende Ökonomie ist ins Trudeln geraten. Von **Joseph Stiglitz** bis **Jean Zie- gler**, von **Noam Chomsky** bis **Amartya Sen**, gab es und gibt es genügend Kritiker und Warner. Die Überhitzung neoliberalis- tischer Konzepte in der Ökonomie hat da- zu geführt, dass sich die Wirtschaft von unseren lebensweltlichen Ansprüchen los- gelöst hat. Schrankenlose Ökonomisie- rung hat dazu geführt, dass die Wirtschaft nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet ist, sondern diese sich ins Wirt- schaftssystem einzuordnen hatten.

Paradigmenwechsel

Wir stehen vor schwerwiegenden Ent- scheidungen: Entweder more of the same mit Zuhilfenahme des einst das Heilmittel Privatisierung verkündenden Staates, oder aber einen Paradigmenwechsel einzuleiten, der nicht allein den Vorrang der Ökono- mie in Frage stellt, sondern der zugleich auch einen gesellschaftlichen Wandel ein- leitet, der ebenso einschneidend scheint, wie die nach dem Zusammenbruch des

Realsozialismus gefeierte Globalisierung und das alleinige Setzen auf einen wirt- schaftlichen Erfolg nach der Milton-Fried- man-Devise: Gewinnmaximierung als aus- schließliche Aufgabe eines Unternehmen. Denn: »*Globalisierung darf nicht hei- ßen, dass sich die Managergehälter an den USA orientieren sollen und die Löhne an China*«. (Jürgen Peters)

Unsanftes Erwachen

Aus diesem Traum beginnen wir zu erwa- chen, und bei allen auf uns zukommenden Härten (Entlassungen, Kurzarbeit, Kon- kurse, Zusammenbrüche der Banken) ist dies, so provokativ das klingen mag, letztl- ich zu begrüßen. Das Gleichgewicht zwis- chen Staat und Wirtschaft, zwischen Staat und Markt ist verloren gegangen. Der Bör- senhype, die Hedge-Fonds, die kurzfris- tigen satten Gewinne, haben aufgrund vielfältiger Ursachen zu einem Crash ge- führt, der im Grunde genommen vorpro- grammiert gewesen ist. Unterstützt durch die totale Computerisierung unserer Le- benswelt sind die dabei in Bewegung ge- kommenen Werte zu fiktiven geworden. Sie waren nur noch Zeichen von Zeichen für etwas, das keinerlei reale Deckung mehr beanspruchen konnte. Kein Wunder, dass damit auch jene Relationen ins Ab- surde geraten sind, die die Gehälter von Bankmanagern und Bossen der internati- onalen Konzerne ins Unermessliche stei- gen ließen. Wie dies Ronald Cause bereits 2001 ausgedrückt hat: »Die heutige Öko- nomik ist ein theoretisches System, das in der Luft schwebt, und keinerlei Bezug zu dem hat, was in der realen Welt geschieht.« Die Krankhaftigkeit, die sich in der Gier

BUCHTIPP

Emil Brix/Peter Kampits
Zivilgesellschaft
zwischen Liberalismus
und Kommunitarismus

Passagen Verlag,
Berlin 2003,
240 Seiten, € 29,-
ISBN 3-85165-573-7



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

der Spekulanten, der Manager und der Aktionäre widerspiegelt, ist nur begreif- lich, wenn man die genannte Abtrennung der Ökonomie von allen anderen unseren Lebensbereichen in Betracht zieht. Die alte Einbettung der Ökonomie in die Politik und auch in die Ethik, wie dies in der An- tike, im Mittelalter und in der frühen Neu- zeit eine Selbstverständlichkeit darstellte, hat sich aufgelöst. Die bestehende Kluft zwischen Arm und Reich, die natürlich auch unsere gesamte Geschichte be- herrscht, hat eine Dimension erreicht, in der alles aus den Fugen gerät. Die Krank- heit des »Managerismus« wird durch staat- liche Hilfe nicht zu kurieren sein. Dieses gut gemeinte Einspringen des Staates ist kaum mehr als eine Herumdokterei an Symptomen.

Andererseits hilft auch nicht eine Wie- derbelebung traditioneller Werte, die die harte Wirtschaftswelt in idyllischer Wei- se zu konterkarieren versuchen und etwa Wissen, Kultur, Gesundheit und Familie



Ronald Cause:

»Die heutige Ökonomik ist ein theoretisches System, das in der Luft schwebt, und keinerlei Bezug zu dem hat, was in der realen Welt geschieht.«

als Lebensziele ansprechen, die materielle Nöte kompensieren sollen. Es gilt vielmehr, den Totalanspruch der Marktwirtschaft grundsätzlich in Frage zu stellen, und die ökonomische Sachlogik aus ethischer Perspektive zu unterfangen.

Weder Verteufelung noch Verklärung

Keine Rückkehr zu einer sozialen Matte, für die der Staat zu sorgen hat, aber auch keine weitere Unterstützung jener maßlosen Ökonomiekonzepte, die ihr eigenes Ende und ihren eigenen Zusammenbruch miteinander programmiert haben, weder eine Verteufelung des Leistungsprinzips noch dessen Verklärung sind angesagt. Auch eine Wiederbelebung marxistischer Utopien und Träume von einer Aufhebung der Entfremdung des Menschen kann nicht weiterhelfen. Es bedarf eines differenzierten Blickes auf eine Solidargemeinschaft, die unbeschadet des Nord-Süd-Gefälles der GlobalisierungsgewinnerInnen und -verliererInnen und aller, die hilflos den kleinen erreichten Wohlstand preisgeben fürchten, einer neuen Sicht auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik, vor allem aber einer Rückbesinnung auf die Einbindung des Wirtschaftens in die Ethik.

Ethik darf nicht Feigenblatt wirtschaftlichen Wahnwitzes werden, sie muss die Grenzen der Wirtschaft ausloten und neue Maßstäbe für eine gerechte Gesellschaft anbieten. Es gibt genügend Forderungen und Konzepte für eine anständige Gesellschaft. Diese kann nicht durch ein völliges Verzicht auf die Verantwortung der einzelnen Akteure geschehen. Business as usual mit gebührender staatlicher Un-

terstützung kann den bisherigen Zustand nur perpetuieren. Die Integration ethischer Fragestellungen in das wirtschaftliche Gewinnstreben muss zu einer Bewusstseinsänderung führen, die die maßlosen Ansprüche von Unternehmern und Aktionären, entscheidend untergräbt. Wir alle tragen in unserem Leben kleinere oder größere Verantwortung. Diese ist vor allem in wirtschaftlichen Bereichen einzufordern.

Es mag sein, dass solche Forderungen angesichts der komplizierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge – vor allem in Hinblick auf die Globalisierung – bescheiden anmuten. Aber um den Killerkapitalismus, der alle Grenzen überschritten hat, in Schranken zu weisen, bedarf es eines Paradigmenwechsels und einer Bewusstseinsänderung.

Mag auch sein, dass die berühmten schwarzen Schafe in diesem Prozess als entscheidende Verantwortungsträger zu Betrügnern und Verbrechern mutiert sind. Aber das System hat ihnen diese Möglichkeiten gewissermaßen angeboten.

Wenn das Leben auf Gewinnstreben, auf wirtschaftlichen Erfolg, auf Reichtum und Vermögensvermehrung reduziert wird, gehen nicht allein sämtliche entscheidende Sinndimensionen dieses Lebens verloren, sondern auch jedwede solidarische Einbindung in die Gemeinschaft.

Freiheit mit Verantwortung

Nehmen wir Abschied von einer Wertehierarchie, die sich nur an Aktien, an Gewinnen und an Vermehrung des Wohlstandes für einige (wenige) orientiert. Gehen wir weg von einem System, das uns kapitalistisch oder marxistisch an Produk-

W E B L I N K S

Mehr Infos unter:

www.univie.ac.at/ethik/person/kampits_peter

tionsfaktoren angeschraubt hat. Gehen wir dorthin, wo Wirtschaft lebensdienlich, gesellschaftlich verträglich ist und damit auch den Bedürfnissen unserer Existenz entspricht. Eine Bewusstseinsänderung ist wichtiger als jede staatliche Subvention von maroden Unternehmungen. Sie zu erreichen bedarf es eines neuen Schubes in unseren Bildungskonzepten. Nicht Ausbildung für gelehrige Arbeitssklaven und pflegeleichte Handlanger der Unternehmen ist vonnöten, sondern eine Bildung, die die freien Kräfte des Menschen entfaltet. Mit dieser Freiheit ist im Gegensatz zum wirtschaftlichen Neoliberalismus ein neues Verantwortungsbewusstsein verbunden. Diese Verantwortung betrifft sowohl den Einzelnen wie auch die komplexen Vernetzungen unseres gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Geschehens.

»Wer Prinzipien hat, kann nicht zugleich dem Gewinn-Prinzip frönen.«

(Peter Ulrich)

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
peter.kampits@univie.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Enden wollender Applaus

Was wird die neue Koalitionsregierung im Bereich Verkehr tun? A&W hat einige ExpertInnen um ihre Meinung gefragt. Diese ist durchwachsen.

Autor: Dr. Claus Faber

*Fachreferent für Wirtschaft und Politik
bei der Gewerkschaft vida*

Eine moderne Verkehrspolitik für Menschen muss sich sowohl am Verkehrsbedarf der Wirtschaft als auch an den sozialen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen sowie den Zielen des Umweltschutzes und des Schutzes von Leben und Gesundheit orientieren, um so die Lebensqualität in Österreich insgesamt steigern zu können.«

Jede Koalitionsvereinbarung beginnt mit großen Worten. Praktischerweise müssen diese Worte nicht verändert werden – die Einleitung des Kapitels »Infrastruktur und Verkehr« blieb von der Regierung Gusenbauer zur Regierung Faymann unverändert.

Verkehrspolitik per Bagger

Wie bisher, beklagen mehrere Befragte, würde Verkehrspolitik hauptsächlich mit der Baumaschine betrieben. Christoph Gratzner, Sprecher des Verkehrsclub Österreich (VCÖ) beklagt: »Der Generalverkehrsplan ist in den Neunzigerjahren gemacht worden, auf Basis der Prognosen der Neunzigerjahre. Viele dieser Prognosen sind veraltet und stimmen nicht mehr.« Trotzdem würde noch weiter lustig gebaut.

Immerhin: Die großen Investitionsprogramme für die Eisenbahn stoßen auf Zustimmung. In Summe werden in dieser Legislaturperiode um die zwei Mrd. Euro

pro Jahr allein für die Schiene verbaut. Ob damit die richtigen Projekte angegangen werden, sind sich die Befragten nicht sicher. Hermann Knoflacher, Vorstand des Instituts für Verkehrsplanung und Verkehrstechnik an der Technischen Universität Wien, meint: »Man müsste raus aus den kapitalintensiven Großprojekten. Bei den Nebenbahnen haben wir zehnmal so viele Arbeitsplätze bei den gleichen Investitionssummen wie beim Tunnelbau. Aber im Tunnel ist's finster, da sieht man nichts«, sagt er mehrdeutig. Neu im Regierungsprogramm sind Investitionen ins bestehende Netz, das in den vergangenen Jahren auf Kosten der Neubaustrecken ausgehungert wurde. Sylvia Leodolter, Leiterin der AK-Abteilung für Verkehr und Umwelt, ist deswegen mit dem Infrastrukturkapitel größtenteils zufrieden: »Ich habe den Eindruck, dass dieser Regierung die Probleme im Bestandsnetz wirklich bewusst geworden sind.«

Sebastian Kummer, Ordinarius des Instituts für Transportwirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien, ist bei Lob für das Infrastrukturkapitel zurückhaltend: »Ich hätte mir eine klare Reihung gewünscht, mit der weitergemacht wird. Ich sehe die Gefahr, dass die Großprojekte, bei denen die Bundesländer immer mehr Projekte hineindrücken, das Budget überstrapazieren.« Diese Befürchtung haben die Koalitionsverhandler scheinbar geteilt: Weitere hochrangige Bauprojekte erfordern laut Regierungserklärung »eine finanzielle Beteiligung der Interessenten an den entstehenden Kosten«. Kummer bemängelt auch, dass Überlegungen fehlen, wie die teure Infrastruktur bestmöglich genutzt werden soll, zum Beispiel

WEBLINKS

Gewerkschaft vida
www.vida.at

mit einem Logistik-Masterplan. Wie bisher schon baut die Regierung auf Budgetbelastungen der Zukunft (siehe Grafik), denn sowohl ÖBB als auch ASFINAG sollen sich für ihre Bauprogramme weiter verschulden. Von allen gelobt wird hingegen das noch von der alten Regierung beschlossene Konjunkturpaket von 700 Mio. Euro pro Jahr bis 2012. Auch dieses Programm wird von den ÖBB vorfinanziert.

Auf der Straße wird ebenfalls viel gebaut, hier macht sich Knoflacher vor allem Sorgen um den Ballungsraum Wien: »Die Stadt wird eingekreist von Autobahnen, und Niederösterreich entwickelt an diesem Speckgürtel ein Projekt nach dem anderen und zieht Wirtschaftsaktivität von Wien ab.«

Kein großer Wurf

Im öffentlichen Verkehr finden sich weitgehend die Textbausteine der vergangenen Regierung wieder. Eine von AK und VCÖ schon seit Jahren geforderte Nahverkehrsreform bleibt aus. Die Mittel wurden ebenfalls von der vorigen Regierung aufgestockt, neu sind zusätzliche Mittel auch für die Privatbahnen. VCÖ-Sprecher Gratzner fürchtet um die Regionalbahnen: »Eine »Ausrichtung nach wirtschaftlichen Kriterien und verstärkter Einsatz von Bussen« heißt, dass es vielen

Regionalbahnen an den Kragen geht.« Tatsächlich läuft die Umstellung auf Bus in Niederösterreich bereits auf Hochtouren. Ohnehin vermisst Christian Gratzter das Wichtigste: einen Plan. »Was uns abgeht, ist ein Gesamtverkehrskonzept. Erstens: Wo soll es hingehen? Zweitens: Welchen Verkehrsanteil will man auf Straße und Schiene erreichen? Drittens: Mit welchen Maßnahmen geht das?« Ohne Plan sei jede Verkehrspolitik Flickwerk.

ÖBB: Licht am Ende des Tunnels

Dass eine Reparatur der schwarz-blauen ÖBB-Reform überfällig ist, zeigen nicht nur die Zugverspätungen. Über die Zusammenführung der zwei verschiedenen Infrastruktur-Gesellschaften im ÖBB-Netz besteht mittlerweile parteiübergreifende Einigkeit. Dementsprechend schnell (schon heuer) soll es gehen. Alle ExpertInnen zollen diesem Vorhaben Lob. Aber der Parteikonsens hat Grenzen – um den Güterverkehr wird weiterhin gestritten. Dass die ÖVP diesen privatisieren möchte, ist schon seit der zweiten Regierung Schlüssel bekannt. Auch Bundeskanzler Faymann sprach vor Weihnachten von »strategischen Partnern«. Ministerin Bures dementierte prompt zur Hälfte – Partner ja, Verkauf nein.

Transit: Kritik von allen Seiten

Wie man mit diesem Regierungsprogramm mehr Güter auf die Schiene bringen soll, fällt keinem der Befragten ein. Die Lkw-Maut soll lediglich an die Inflation angepasst werden, die flächendeckende Lkw-Maut fällt aus – hier haben sich dem Vernehmen nach beide Regierungsparteien beim Umfallen überholt. Verkehrslenkung passiert weiterhin über Subventionen der »Rollenden Landstraße«. Das Verladen ganzer Lkw auf den Zug hält Sebastian Kummer aber für teuer und ineffizient. Der AK fehlt obendrein eine Kontrollbehörde für den Schwerverkehr.

Zustimmung gibt es zur Fortsetzung des EU-Aktionsprogramms NAIADES und des nationalen Aktionsplans NAP für den Ausbau der Donauschifffahrt. Besonders für ArbeitnehmerInnen interessant ist laut AK die Ankündigung, ei-

Bau- und Erhaltungsinvestitionen ins Autobahn- und Bahnnetz in Österreich.



Der Bund zahlt für die Bahn bis 2050 zurück – Rückzahlungen für die ASFINAG sind derzeit nicht festgelegt. Vorsicht beim Zahlenvergleich: Im Bereich Straße fehlen konsistente Zahlen über das Bundesstraßennetz – inklusive dieser sind die Investitionen deutlich höher als in die Bahn.

ne Initiative zur Ausbildung von Fachpersonal für die Binnenschifffahrt zu starten. Ein kleines Sternchen im Regierungsprogramm verrät aber, dass es dafür keine Budgetmittel gibt. Dass sich die Bundesregierung auf EU-Ebene »für einen europaweit einheitlichen rechtlichen Rahmen im Bereich der technischen und der sozialen Bestimmungen in der Binnenschifffahrt« einsetzen wird, wird von der AK gelobt, verpflichtet aber zu nichts.

Kaum Neues gibt es zur Luftfahrt, abgesehen von der (mittlerweile verkauften) AUA, die im Verkehrskapitel gar nicht mehr vorkommt. Österreich spricht sich immerhin (von Seiten der Umweltorganisationen begrüßt) für ein Einbeziehen der Luftfahrt in den internationalen CO₂-Emissionshandel aus.

Klimapolitik: Fünf, setzen

Zum Klimabeitrag der Verkehrspolitik nimmt sich Hermann Knoflacher kein Blatt vor den Mund: »Mager ist ein Hilfsausdruck. Keines der Probleme der nächsten zehn Jahre wird angegangen, auch kein Wort zu den heute erkannten nachteiligen Wirkungen der Privatisierung.« Ähnlich argumentiert der VCÖ-Mann Gratzter: »Das Wort ›Klima‹ kommt im Verkehrskapitel nicht einmal vor.« Dabei, so Gratzter, gäbe es im Verkehrsbereich

Win-Win-Situationen: Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und Klima könnte man zusammen angehen: »Die Rahmenbedingungen für mehr Klimaschutz waren noch nie so gut wie jetzt.«

In einem sind sich alle Befragten einig: Das Verkehrskapitel ist sehr vage gehalten, und das bringt der neuen Infrastrukturministerin Doris Bures großen Spielraum. Wie viel sie ihn nutzen wird, traut sich noch niemand einzuschätzen. »Eine Persönlichkeit macht aus jedem Programm was«, sagt Hermann Knoflacher. AK-Frau Sylvia Leodolter sieht die Zukunft optimischer: »Dort, wo Bures einen Handlungsspielraum ohne den Koalitionspartner hat, wird sie diesen nutzen, zum Beispiel bei der Bahnsicherheit. Wo es größeres Konfliktpotenzial gibt, wird es ohne massiven öffentlichen Druck wenig Fortschritte geben. Diesen Druck müssen wir jedenfalls gemeinsam erzeugen.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
claus@clausfaber.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Schöne neue Arbeitswelt

Warum es auch in Krisenzeiten nicht nur um Beschäftigungszahlen, sondern letztendlich vor allem um die Qualität der angebotenen Arbeit geht.

Autor: Wolfgang Katzian

Vorsitzender der GPA-djp

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) definiert den Begriff der »guten Arbeit« (decent work) als eine Tätigkeit, die produktiv ist und ein faires Einkommen garantiert, an einem Arbeitsplatz, der sicher und mit sozialer Absicherung auch für die Familie verbunden ist. Eigentlich sollten im Österreich des 21. Jahrhunderts diese Forderungen selbstverständlich längst umgesetzt sein. Schaut man sich die österreichische schöne, neue Arbeitswelt jedoch genauer an, so kommt man unvermeidlich zu dem Schluss, dass wir vorher noch eine lange To-do-Liste abarbeiten müssen. Gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Krise, in der Konjunkturprogrammen und dem Schaffen von Arbeitsplätzen allseits oberste Priorität eingeräumt wird, meine ich, wird die Arbeit der neuen Bundesregierung nicht nur daran zu messen sein, wie viele Arbeitsplätze sie schafft, sondern auch an der Qualität dieser Arbeitsplätze.

Vor der Krise

Werfen wir einen Blick zurück in die Zeit, als vor wenigen Monaten die Arbeitswelt scheinbar noch in Ordnung war – in die Zeit des steigenden Wirtschaftswachstums, der Rekordzahlen beim Export und der sinkenden Arbeitslosenzahlen. In die Zeit bevor, wie es heute gerne vereinfacht dargestellt wird, ein paar amerikanische

Spekulanten mit ihren Pyramidenspielen alles veränderten. Aber war damals tatsächlich alles in Ordnung? Ich meine Nein. Denn schon vor Ausbruch der Krise gab es in Österreich ein massives Verteilungsproblem, gehörte eine steigende Zahl der österreichischen Beschäftigten zur Gruppe der Working-Poor, also jener Menschen, die arm trotz Arbeit sind. Seit Jahren stagnieren die realen Löhne und Gehälter, weil sie den Löwenanteil der Abgaben tragen müssen. Während die Lohn- und Einkommensteuern durch Nichtanpassung der Steuergrenzen an die Inflation einen immer größeren Teil der hart erkämpften Gehaltserhöhung auffressen, gingen die Steuern auf Vermögen und Einkommen aus Vermögen kontinuierlich zurück. Steuergeschenke an die Unternehmen kurbelten die exportorientierte Industrie an. Die Binnennachfrage dagegen blieb unverändert auch in der Hochkonjunktur Schwachstelle der österreichischen Wirtschaft. Daher konnte sie in der Krise, als der Export plötzlich einbrach, auch keinerlei stabilisierende Wirkung entfalten.

Arbeitsplätze um jeden Preis

Unter diesem Gesichtspunkt relativieren sich auch die ausgezeichneten Beschäftigungszahlen der vergangenen Jahre. Gudrun Biffel vom Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) weist darauf hin, dass seit 1995 die Beschäftigungsquote (Anteil der Erwerbstätigen an den 15- bis 64-Jährigen) zwar von 68,8 Prozent auf 71,4 Prozent gestiegen sei. Rechnet man die geleistete Arbeit aber auf Vollzeitäquivalente um, ging dieser Anteil zwischen

WEBLINKS

Gewerkschaft der Privatangestellten-
Druck-Journalismus-Papier
www.gpa-djp.at

1995 und 2006 jedoch von 65,8 auf 61 Prozent zurück. Immer mehr ArbeitnehmerInnen, vorwiegend Frauen, arbeiten Teilzeit und haben keine existenzsichernde Beschäftigung. Die absoluten Beschäftigungszahlen sagen also nichts über die Qualität der Arbeit aus.

Arbeitsmarktpolitik überdenken

Möchte man der zunehmenden Verarmung von Teilen der Erwerbsbevölkerung wirksam entgegensteuern, wird es notwendig sein, die Arbeitsmarktpolitik der vergangenen Jahre grundsätzlich zu überdenken. Gerade in Zeiten der Rezession wäre es fatal, die Zumutbarkeitsbedingungen für Arbeitssuchende weiter zu verschärfen. Arbeitssuchende sollten vielmehr nur in existenzsichernde Arbeit verwiesen werden dürfen. Der in den vergangenen Jahren konsequent angewendete AMS-Grundsatz »Vermittlung vor Qualifizierung« bringt dagegen die Gefahr von Dequalifizierungen, also den Einsatz von Facharbeitskräften unter ihrer Qualifikation. Die Folgen einer Arbeitsmarktpolitik, die auf Vermittlung um jeden Preis setzt, kann man in Deutschland seit den Hartz-Reformen beobachten: Der Niedriglohnssektor ist massiv angewachsen, gleichzeitig wurde die Position der ArbeitnehmerInnen gegenüber den Arbeitgebern

Menschen müssen mit ihrem Einkommen auch leben können. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sind unsere Bemühungen, 1.000 Euro Mindestlohn flächendeckend umzusetzen.



rInnen untergraben. Denn wer keine Möglichkeit hat, den Arbeitsplatz selbst zu wählen, ist seinem Arbeitgeber auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Lebensstandard sichern

Es geht also nicht nur darum, die Arbeitslosenquote um jeden Preis zu senken. Menschen müssen mit ihrem Einkommen auch leben können. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sind unsere Bemühungen, 1000 Euro Mindestlohn flächendeckend umzusetzen. Hier sind wir im vergangenen Jahr auch ein paar wesentliche Schritte weitergekommen. Ein weiterer entscheidender Punkt auf der To-do-Liste der Sozialpartner sind den Lebensstandard sichernde Lohnerhöhungen.

Dabei geht es um Zweierlei: Einerseits, steht den Beschäftigten in der Industrie ihr Anteil am wirtschaftlichen Erfolg ihrer Unternehmen zu – in Form einer nachhaltigen Erhöhung ihrer Einkommen. Und andererseits müssen auch Menschen abseits der Industrie, also im Handel oder in der Pflege ihren gerechten Anteil bekommen. Bei den zahllosen WerkvertragsnehmerInnen und freien DienstnehmerInnen, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit von ihren ArbeitgeberInnen befinden, von den Lohnerhöhungen jedoch nicht profitieren, kämpfen wir seit Jahren dafür, ihre Umgehungsverträge in echte Dienstverhältnisse umzuwandeln. Auch dabei konnten wir in jüngerer Zeit Erfolge verzeichnen – etwa im Bereich der Callcenter oder bei den TrainerInnen im AMS-Bereich. Darüber hinaus bleibt auch unsere Forde-

rung nach Mindesthonorarsätzen für die »echten Freien« aufrecht.

Neben der wichtigen Frage der Existenzsicherung, verstehe ich unter guter Arbeit auch einen Job, der nicht krank macht. Auch hier gibt es Handlungsbedarf: Die Hälfte aller Krankheitsfälle in Österreich sind arbeitsbedingt. Zu den körperlichen Erkrankungen kommen in den vergangenen Jahren immer häufiger die Folgen von Stress und Arbeitsdruck. Immer mehr Menschen leiden unter Stress, Burn-out und Arbeitsüberlastung. Bereits jede/r fünfte unselbstständig Erwerbstätige arbeitet unter Stress. Burn-out kann alle ArbeitnehmerInnen treffen. Die Ursachen sind vielfältig und liegen in der Regel nicht bei der/dem Einzelnen, sondern im betrieblichen und gesellschaftlichen Umfeld: Dazu gehört erhöhter Leistungsdruck genauso wie psychisch belastende Arbeit, unsichere Arbeitsbedingungen durch schlechte Arbeitsverträge, lange Arbeitszeiten, fehlende soziale Absicherung oder schlechtes Betriebsklima und mangelnde Kommunikationskultur.

Wert sozialer Arbeit

Überdurchschnittlich häufig leisten Beschäftigte im Sozialbereich psychisch und physisch belastende Arbeit. Sie sind daher auch besonders oft von Burn-out betroffen. Gleichzeitig ist gerade das Einkommen jener Menschen – vorwiegend Frauen – oft nicht existenzsichernd, weil sie etwa nur Teilzeit arbeiten. Dazu kommt, dass gerade soziale und pflegerische Tätigkeiten oft als etwas Selbstverständliches gesehen werden, das erledigt werden muss, aber wenig gesellschaftliche

Anerkennung bringen. Die Diskussion der vergangenen Monate um die 24-Stunden-Betreuung zeigt das deutlich. Denn diese drehte sich vorrangig um die Rechte der zu betreuenden PatientInnen und um die psychische und finanzielle Belastung für die Angehörigen. Die Situation der BetreuerInnen, die unterbezahlt und zum Teil außerhalb jeglicher sozial- und arbeitsrechtlicher Absicherung diese Arbeit erledigen, wurde dadurch oft in den Hintergrund gedrängt. Doch das ist kurzfristig: Denn die leistbare und qualitätsvolle Pflege und Betreuung für alle wird nur dann möglich sein, wenn man für die Beschäftigten in diesem Bereich entsprechende Rahmenbedingungen und eine faire Entlohnung schafft.

Sinnvolle Investitionen

Auch konjunkturpolitisch wäre es sinnvoll, in den arbeitsintensiven Gesundheits- und Sozialbereich zu investieren und so Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig müssen diese Berufe durch bessere Ausbildung und Bezahlung attraktiver gemacht werden. Um das umzusetzen, braucht man ausreichend öffentliche Gelder, die man etwa aus vermögensbezogenen Steuern lukrieren könnte.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
wolfgang.katzian@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Leichte Kursänderung

Mit Bildungsprogrammen gewinnt man keine Wahlen, ohne sie verlieren alle – über die Rolle der Bildung im Regierungsprogramm.

Autorin: Mag. Gabriele Schmid

Leiterin der Abteilung Bildungspolitik
der AK Wien

Zwei zueinander in starken Kontrasten stehende Charakteristika kennzeichnen das österreichische Bildungswesen: Zum einen sehen wir uns einem hoch bürokratischen, überregulierten, in seiner Methodik und **Didaktik** überholten, insgesamt erstarrten Schulwesen gegenüber, das kaum Verbindung, dadurch folgerichtig kaum Vernetzung zum Bereich Weiterbildung, Erwachsenenbildung hat. Der wiederum wurde vorrangig marktgesteuert, wenig qualitätsgesichert, von der Bildungspolitik weitgehend links liegen gelassen und von der Arbeitsmarktpolitik stark für spezifische Zielsetzungen (siehe die verbesserte Integration arbeitsloser Personen) genützt und entwickelt.

Widerstände und Desinteresse

Die politischen Interventionsmöglichkeiten für beide Bereiche sind auf Bundesebene beschränkt. Auf der einen Seite gibt es weiterhin sehr starke Widerstände gegen Reformen im Schulwesen, die aus einem **Amalgam** aus konservativen Elitenerhaltungswünschen (»unsere Kinder sollen bei der höheren Bildung unter sich bleiben«) und engstirnigen Standesinteressen (»wir geben unser Bestes; es sind die SchülerInnen die so schwierig sind«) und familienpolitisch begründeter Auslagerung von Bildungsaufgaben aus der

Schule (»die Eltern sind verantwortlich für den Bildungserfolg ihrer Kinder«) bestehen. Sie können erst überwunden werden, wenn Eltern, SchülerInnen, engagierte LehrerInnen und Interessengruppen wesentlich stärker für gezielte Reformen auftreten. Auf der anderen Seite kämpft die Weiterbildung mit gesellschaftspolitischem Desinteresse. Das wiederum erlaubt, dass der Erwerb und Erhalt notwendiger Qualifikationen für das Arbeitsleben und eine demokratische Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen instrumentalisiert wird für den Gedanken, dass Weiterbildung für ausschließlich betriebswirtschaftlich verwertbares, und damit von großen Gruppen skeptisch betrachtetes Wissen da ist, auch damit, dass Qualitätssicherung (»siehe etwa die Arbeitsbedingungen von TrainerInnen«) weitgehend fehlt und damit, dass Förderung der Weiterbildung derzeit kompetenzrechtlich Ländersache ist, was bundeseinheitliche Reformen ungenügend erschwert.

Zusammenfassend eine schwierige Situation, die noch dazu in immer schärferem Gegensatz steht zu notwendigen, grundlegenden Reformen, soll Österreichs Wirtschaft und Gesellschaft nicht in der internationalen Entwicklung zurückbleiben. Eindeutig ist der Befund, dass Österreichs Bildungswesen zwar in manchen Bereichen noch im oberen Mittelfeld liegt, in seiner Entwicklungsdynamik aber nun schon seit mindestens einem Jahrzehnt weiter zurückbleibt.

Weil die Bildung aber gleichsam ein Tankschiff ist, das nur sehr langfristig auf Veränderungen reagiert, ist jedes tatenlose Jahr tatsächlich verloren.

Die Zielsetzungen der neuen Bundesregierung – wie sie im Regierungsabkommen festgelegt wurden – zum Themenkomplex Bildung sind durchaus positiv. Das prinzipielle Bekenntnis zum lebensbegleitendem Lernen, zur Verbesserung der Chancen- und Geschlechtergerechtigkeit, zu Schulreformen, zur zentralen Rolle der Pädagogen/-innen, zur individuellen Förderung der SchülerInnen zeigt, dass die zentralen Herausforderungen für das Unterrichts- und Schulungswesen erkannt werden und die Absicht besteht, beschleunigt ein modernes und innovatives Bildungssystem einzuführen.

Vage Absichtserklärungen

Eingeschränkt sind die Aussichten auf erfolgreiche Umsetzung dieser Pläne aber durch vielfach vage Absichtserklärungen ohne Zeit- und Finanzierungsplan bzw. generell unter Finanzierungsvorbehalt gestellte Vorhaben. Auch ist die Entwicklung einer Strategie des lebensbegleitenden Lernens, die auf der Einbeziehung aller relevanten AkteurInnen zumindest an Schnitt- und Übergangsstellen zwischen Bildung und Arbeitsmarkt basiert, dringend erforderlich.

Die vorgesehene Modernisierung der Schulverwaltung und des Schulmanagements könnte die Voraussetzungen dafür schaffen, dass LehrerInnen ihnen ursächlich zukommende Aufgaben des Lehrens und Vermittelns deutlich besser erledigen können, und der Schulalltag von bürokratischer Belastung befreit wird. Die Modernisierung der LehrerInnenausbildung sowie ein verbessertes Dienstrecht

für neu eintretende LehrerInnen kann ebenso die wesentlichen Bedingungen für ein deutlich schülerInnenorientierteres, innovativeres Unterrichten und Lehren bewirken.

Die vereinbarte Einrichtung eines verpflichtenden, kostenlosen letzten Kindergartenjahres (vormittags) wird als zentrales und konkretes Vorhaben der Regierung begrüßt. Positiv auch die Erarbeitung eines bundeseinheitlichen Bildungsplans.

Angesichts dramatischer Defizite, die einer großen Zahl von Kindern einen erfolgreichen Schulstart verunmöglichen, ist die Maßnahme ohne Zweifel unzureichend. 77 Prozent jener Kinder mit Migrationshintergrund, die keinen Kindergarten besuchen, haben enorme Sprachdefizite (ca 10.000 Kinder) dazu noch einmal 10.000 Kinder ohne Migrationshintergrund. Zusammen sind sie jene Gruppe, deren Schulkarriere ohne Förderung von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist. Zumindest das Angebot einer ganztägigen kostenlosen Kindergartenförderung oder auch die zeitliche Ausdehnung kostenloser Angebote für diese Gruppen wäre dringend erforderlich. Zu wenig ist der geplante Schritt auch deshalb, weil sich die Problemlage Jahr für Jahr deutlich verschlechtert und die Bildungsförderung der Jüngsten als mit Abstand die effizienteste, ganzheitlich betrachtet kostengünstigste und schließlich verteilungsgerechteste Maßnahme unbestritten ist.

Schule für SchülerInnen

Eine Schule, die SchülerInnen im Zentrum ihres Interesses hat und diese fördert und fordert, braucht dafür Zeit und Raum. Üben und Fördern, und dies mit dafür ausgebildeten Personen sowie sinnvolle Freizeitgestaltung und nicht zuletzt ein warmes Mittagessen: dies soll in guter Qualität die schulische Ganztagsbetreuung leisten. Die Sicherstellung der regionalen Wahlmöglichkeit (schulische Ganztagsbetreuung oder Betreuung zu Hause) – wie im Regierungsübereinkommen vereinbart – bedeutet in der Praxis, dass es zu einem deutlichen Ausbau der Tagesbetreuungseinrichtungen kommen muss. Denn nur knapp 17 Prozent der Kinder im Pflichtschulalter können ge-

genwärtig eine öffentliche Tagesbetreuung besuchen.

Gezielte Fördermaßnahmen zum Erwerb der Muttersprache sind wichtig für den Erfolg beim Erlernen einer Zweitsprache und zur Stärkung der Entfaltung der Persönlichkeit im Sinne einer antidiskriminierenden Pädagogik. Hervorzuheben ist, dass die Förderung der muttersprachlichen Kompetenz in Kombination mit vermehrter Deutschförderung für SchülerInnen, die einer derartigen Förderung bedürfen, im Regierungsübereinkommen als wesentliches Instrument zu Integration und Fortkommen im Bildungswesen erkannt und anerkannt wird. Dies muss angesichts immer wiederkehrender, rechtspopulistischer Angriffe auf die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund als besonders positiv hervorgestrichen werden.

Der Ausbau der Modelle auf der Sekundarstufe I (Neue Mittelschule) ist jedenfalls positiv, die Zielsetzung der Einrichtung in allen Bundesländern ebenso. Weiter fehlt aber die Etablierung einer Modellregion, die erst den Nachweis der umfassenden Förderung aller Kinder mangels Ausweichmöglichkeiten erbringen könnte.

Wichtige Berufsbildung

Der hohe Stellenwert, der der Berufs- und Bildungswegorientierung eingeräumt wird, ist zu begrüßen, weiters die Betonung, dass außerschulische Partner einbezogen oder geschlechtsspezifische Stereotype aufgebrochen werden sollen.

Weiters wird auch die Berufs- und Bildungswegentscheidung in der Oberstufe angesprochen und ein Hochschullehrgang zum Berater/zur Beraterin für Berufsorientierung und Bildungsberatung angekündigt.

Bisherige Erfahrungen zeigen aber, dass ein eigenes Fach mit einer entsprechenden LehrerInnenausbildung den Status dieses Themas an den Schulen und damit die Effizienz für die Jugendlichen verbessern könnte, was auf dem angepeilten Weg nur über große Mühen oder gar nicht erreicht werden kann.

Das Vorhaben, das Nachholen von Bildungsabschlüssen der Sekundarstufe I und II (Hauptschulabschluss, Matura) kostenfrei (gebührenfrei) zu gestalten,

WEBLINKS

AK Bildung
www.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=18

wird im Regierungsübereinkommen weiter verfolgt. Die konkrete Umsetzung sollte ab Herbst 2009 für den Hauptschulabschluss und dann mit Anfang 2010 für die Berufsreifeprüfung erfolgen. Die bereits 2008 ins Leben gerufenen Projekte zur Förderung von »Lehre und Matura« werden fortgesetzt und schließlich in allen Bundesländern eingerichtet werden. Bei letzterem ist es überaus wichtig, parallel zur Einführung eine wissenschaftliche Begleitung des Projekts vorzusehen, damit schließlich sichergestellt werden kann, dass alle geeigneten Lehrlinge Zugang zur Matura finden können.

Kein großer Wurf

Zusammenfassend lässt sich leicht erkennen, dass im Bildungswesen in den nächsten Jahren kein »großer Wurf« vor der Tür steht. Mehrere größere und kleinere Projekte erheben den Anspruch, die Qualität des Bildungswesens zu verbessern und auf dem evolutionären Weg schließlich jene Mehrheiten für eine große Bildungsreform zu gewinnen, die fraglos überfällig wäre.

Es wird nicht zuletzt darauf ankommen, wie sich die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen dem Bildungsthema gegenüber verhalten, wie viel an konstruktiver Forderung bei gleichzeitigem Augenmaß in Bezug auf demokratische Umsetzbarkeit dem Thema gewidmet werden wird, und welche Rolle es in der kommenden Legislaturperiode spielen wird.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
gabriele.schmid@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Magere Jahre

ZeitarbeiterInnen trifft die Krise als erstes. Auch jetzt, weiß Manpower-Betriebsratsvorsitzende Budweis. Sie spüren aber auch den Aufschwung zuerst.

Autorin: Dr. Barbara Lavaud

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit GPA-djp

Durch die Auftragslücke in der Autoindustrie steigt derzeit die Arbeitslosigkeit bei den ZeitarbeiterInnen stark an. Wie die Branche die Krise überstehen wird, berichtet die Betriebsratsvorsitzende Barbara Budweis von Manpower.

Boombranche Leiharbeit

Zeitarbeit oder Leiharbeit, genauer gesagt: die Arbeitskräfteüberlassung, erlebte in den vergangenen Jahren einen kräftigen Boom. Die ZeitarbeiterInnen sind längst nicht mehr nur HilfsarbeiterInnen, sondern auch FacharbeiterInnen und FachhochschulabgängerInnen. Als flexible Arbeitskräfte sind sie ein wichtiger Bestandteil der Wirtschaft geworden. Binnen zehn Jahren hat sich die Zeitarbeit mehr als vervierfacht. In Zeiten niedriger Arbeitslosigkeit und Fachkräftemangel sind viele Unternehmen in Spitzenproduktionszeiten auf diese zusätzlichen Arbeitskräfte angewiesen. Daher sind ZeitarbeiterInnen auch ein fixer Bestandteil von Unternehmensstrategien geworden.

WEBLINKS

Mehr Infos aus Deutschland unter:
www.arbeitslose-leiharbeiter.de
www.gleicharbeit-gleichesgeld.de

Personaldienstleister Manpower ist 2008 deutlich über dem Markt gewachsen, bis zum Wirtschaftseinbruch waren es zeitweise sogar +40 Prozent über dem Vorjahr. Als Branchenriese wuchs das Unternehmen kräftig mit dem Boom. Betriebsratsvorsitzende Barbara Budweis sieht hier auch die klare Chance für die Krise, die nun über die Branche hinwegrollt: »Wir sind breit aufgestellt und Manpower war auf die Krise durch ständige Informationen aus seinem weltweiten Netzwerk zum Glück gut vorbereitet.«

Und sie berichtet: »Als die erste Welle bereits im Oktober und November 2008 kam, waren wir von unseren Kunden vorgewarnt und konnten die betroffenen ZeitarbeitnehmerInnen größtenteils in anderen Branchen unterbringen.« ArbeiterInnen sind stärker betroffen als Angestellte: »Für gut Qualifizierte gibt es nach wie vor gute Chancen – schwierig ist es für ungelernete und angelernte ArbeitnehmerInnen.«

Die ersten VerliererInnen

Zeitarbeit hat zwei Seiten – sie kann als eine Chance verstanden werden, auf dem Arbeitsmarkt bzw. in einer Branche Fuß zu fassen, vor allem für junge ArbeitnehmerInnen, aber auch für ältere Arbeitslose. Jedoch nicht alle ZeitarbeiterInnen finden langfristig eine stabile Beschäftigung. Und die flexiblen »Jobnomaden« sind nun auch die ersten VerliererInnen der Rezession – denn sie sind in Krisenzeiten die ersten, die gehen müssen.

In Deutschland, wo bereits 100.000 ZeitarbeiterInnen ihren Job verloren haben, kampagnisiert die IG Metall ihre

BEISPIEL

Manpower

Mit Personalberatung und Zeitarbeit, mit Bewerbungstests und **Assessments**, Training, **Outsourcing**, Consulting und **Outplacement** erzielte Manpower 2007 einen Umsatz von 21 Mrd \$. Das Netzwerk umfasst 4.500 Büros in 80 Ländern.

In Österreich werden unter dem Markennamen Manpower Dauerstellen und Zeitarbeit besetzt und **HR**-Projekte abgewickelt. Unter Manpower Professional wird Personalberatung für hoch Qualifizierte angeboten. Bundesweit ist Manpower mit 24 Büros und einem Webportal vertreten.

2008 hatte Manpower Österreich jeden Monat 2.500 ZeitarbeiterInnen und -angestellte auf seiner Lohnliste, davon sind ca. die Hälfte Angestellte, die andere Hälfte ArbeiterInnen. Insgesamt wurden im gesamten Jahr 7.500 Dienstverhältnisse begründet. Ein Drittel davon wird regelmäßig vom Kunden fix übernommen. Je höher die Qualifikation, desto sicherer die Übernahme. Bei TechnikerInnen liegt die Übernahmequote bei 90 Prozent, bei HelferInnen ist sie im einstelligen Bereich.

Forderung nach Gleichbehandlung der Leiharbeit und meint, Leiharbeit sei derzeit keine Brücke in den Arbeitsmarkt, sondern eine Rutsche in die Arbeitslosigkeit. Die Solidarität der Kernbelegschaft hält sich oft in Grenzen, gegen die Entlassungen gibt es kaum Proteste.

Im Vergleich zu Deutschland und den anderen EU-Staaten insgesamt ist die Zeit-

arbeit in Österreich rechtlich deutlich besser geregelt, da die Beschäftigten immer durch einen Kollektivvertrag abgesichert sind. ZeitarbeiterInnen werden nach dem jeweiligen Branchen-KV bezahlt. Wenn sie zu ihrem Arbeitskräfte-Überlasser zurückkommen, dann kommt der Gewerbe-Kollektivvertrag zur Anwendung.

In Österreich fielen die zuletzt veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen zu Jahresende 2008 besonders für die Sachgütererzeugung (Industrie, Gewerbe) ungünstig aus, die Zahl der Arbeitslosen stieg um 21 Prozent – bei den ZeitarbeiterInnen ist diese Zahl noch mal um einiges höher und lag bei 27 Prozent. Im vergangenen Halbjahr hat sich die Zahl der arbeitslosen ZeitarbeiterInnen auf 32.700 verdoppelt.

Die Hauptlast der Krise tragen die ZeitarbeiterInnen und die ArbeitnehmerInnen aus den Produktionsbetrieben: »Getroffen hat es bislang die Autozulieferer, die Produktionsbetriebe, den Verkehr und die Telekommunikation sowie die öffentliche Hand und Soziales«, berichtet Barbara Budweis. »Es gibt aber sehr wohl auch Branchen, wo es sehr gut aussieht, z. B. im heimischen Fremdenverkehr – die Leute fahren derzeit lieber zum Schilaufen statt in die Karibik. Auch am Bau, in der Energieversorgung und bei unternehmensnahen Dienstleistungen läuft es momentan gut.«

Ein guter Teil dieses Anstiegs bei den arbeitslosen ZeitarbeiterInnen ist eine Folge der Auftragslücke in der Autoindustrie. Daher sind auch bestimmte Regionen und Bundesländer stärker betroffen als andere – besonders betroffen ist die Steiermark wegen der Auto-Cluster.

Beginn der Krise

Die Krise ist da, aber sie schlägt noch nicht mit voller Wucht zu. Noch zeigt man sich eher optimistisch: Im ersten Manpower Beschäftigungsausblick auf das neue Jahr gaben immerhin neun Prozent der heimischen Personalverantwortlichen an, zusätzlich Leute engagieren zu wollen – doch gleichzeitig werden elf Prozent ihren Personalstand reduzieren müssen.

Entsprechend weist eine aktuelle Erhebung des Bundesministeriums für Wirtschaft für den Zeitarbeitsmarkt in Österreich nur ein geringes Wachstum aus.



Die Krise ist da, aber sie schlägt noch nicht mit voller Wucht zu.

Die Rezepte gegen die Krise sind noch nicht sehr weit gediehen. »Kurzarbeit für ZeitarbeitnehmerInnen ist erst seit der Novelle zur Kurzarbeitsrichtlinie im November 2008 möglich, entsprechend wenig wird diese Möglichkeit in Anspruch genommen«, sagt Budweis.

Dafür wurde auf Regierungsebene als Maßnahme geplant, eine Arbeitsstiftung für ZeitarbeiterInnen einzusetzen, damit sich die Betroffenen weiterbilden können: »Da gerade die weniger qualifizierten ArbeitnehmerInnen von dieser Krise stärker betroffen sind, finden wir Weiterbildungsmaßnahmen zielführend«, fordert Budweis.

Warten auf den Aufschwung

»Die Wirtschaft ist praktisch nahtlos vom massiven Fachkräftemangel – besonders bei FacharbeiterInnen, TechnikerInnen, IT-SpezialistInnen – in die Rezession gekippt. Voriges Jahr um die Zeit fehlten überall die Fachkräfte! Personalchefs erinnern sich nur zu gut daran, wie schwierig es noch vor kurzem war, Spezialistenpositionen zu besetzen«, berichtet die Betriebsratsvorsitzende.

»Auch wenn die Zeiten jetzt hart sind, auf jeden Boom folgt nun einmal eine schwache Zeit, auf die sieben fetten Jahre, die sieben mageren. Doch auch der nächste Aufschwung ist sicher! Daher müssen die Unternehmen alles tun, um ihre Mannschaft über die Krise zu tragen, um beim Aufschwung sofort einsatzfähig zu sein. Unser Job ist derzeit, die Unternehmen zu beraten, wie sie die Krise personell durchtauchen«, so Budweis. Historisch gesehen ist Zeitarbeit ein Frühbarometer

INFO & NEWS

Facts & Figures

80 Prozent aller Zeitarbeitskräfte sind Männer, 20 Prozent Frauen. Der typische Zeitarbeiter ist Arbeiter und bis zu sechs Monaten in einem Unternehmen beschäftigt. Die Behaltdauer ist bei Angestellten wesentlich länger, hier werden 42 Prozent länger als zwölf Monate in einem Unternehmen beschäftigt. Bei ArbeiterInnen sind es nur 17,7 Prozent.

für die Wirtschaftsentwicklung. Gering qualifizierte Kräfte werden bereits bei frühen Krisenanzeichen abgebaut, aber auch als erste beim erneuten Anspringen des Wirtschaftsmotors nachgefragt.

Zuversichtlich in die Zukunft

Insofern blickt Budweis der Zukunft von Manpower mit einer gewissen Zuversicht entgegen: »Unsere eigene Branche ist zwar die Erste, die einen Abschwung zu spüren bekommt – sie ist aber auch die Erste, die den nächsten Aufschwung bemerkt!«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
barbara.javaud@gpa-djp.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Das Soziale Europa lebt

Das EU-Parlament wehrt drohende Verschlechterungen der Arbeitszeitrichtlinie ab und beweist seine Eigenständigkeit.

Autor: Mag. Oliver Röpke

Experte für europäische Sozialpolitik im
ÖGB-Europabüro in Brüssel

Erfolg für die europäischen Gewerkschaften: Zum Jahresende gab es gleich zwei positive Nachrichten für ArbeitnehmerInnen aus der EU zu vermelden. Neben der Verabschiedung der neuen **EBR**-Richtlinie wehrte sich das EU-Parlament erfolgreich gegen drohende Verschlechterungen der EU-Arbeitszeitrichtlinie. Die EU-Abgeordneten erteilten entsprechenden Versuchen von Kommission und Mitgliedsstaaten auch in zweiter Lesung eine klare Absage. Über die Neufassung der Richtlinie wird in Brüssel bereits seit Jahren verhandelt. Konkret betroffen sind vor allem Mindestvorschriften über die zulässigen Höchstarbeitszeiten in der gesamten EU. Kurz vor der entscheidenden Abstimmung hatten der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und der ÖGB noch einmal massiv mobilisiert und an die Abgeordneten appelliert, für eine starke Arbeitszeitrichtlinie zu stimmen.

Worum geht es?

Zur Klarstellung: Es geht bei der Arbeitszeitrichtlinie nicht um die gesetzlich oder kollektivvertraglich festgelegten Normalarbeitszeiten, es geht auch nicht um die Frage von Überstunden und deren Bezahlung. Es geht aber um die Begrenzung der maximal zulässigen Höchstarbeitszeiten für die ArbeitnehmerInnen in der gesamten EU. Es geht also um einen Rahmen,

den die Mitgliedsstaaten beachten müssen und der einen Kernbereich des Gesundheitsschutzes der ArbeitnehmerInnen betrifft. Die bislang gültige Arbeitszeitrichtlinie aus dem Jahr 1993 schreibt vor, dass die durchschnittliche Höchstarbeitszeit grundsätzlich 48 Stunden pro Woche nicht überschreiten darf, allerdings unter Berücksichtigung von Durchrechnungszeiträumen.

Diese Richtlinie enthält jedoch auch das so genannte Opt-out: Dies war zunächst als absolute Sonderbestimmung für Großbritannien vorgesehen und stellt eine Ausnahme von der durchschnittlichen 48-Stunden-Höchstarbeitszeitgrenze dar. Um das Opt-out anzuwenden, muss der/die ArbeitnehmerIn in einer individuellen Vereinbarung mit dem Arbeitgeber »freiwillig« auf die Höchstarbeitszeit verzichten. Dieses Opt-out wurde zunehmend mißbraucht, da insbesondere britische ArbeitnehmerInnen massiv gedrängt wurden, so einen »freiwilligen« Verzicht zu unterzeichnen, um überhaupt einen Arbeitsplatz zu bekommen. Deshalb kämpfen EGB und Gewerkschaften seit Jahren für eine wirksame Arbeitszeitrichtlinie und gegen das Opt-out, damit die Höchstarbeitszeitgrenze von 48 Stunden nicht noch weiter ausgehöhlt wird.

Unausgewogener Kompromiss

Einen Rückschlag erhielten die gewerkschaftlichen Forderungen im Juni 2008. Die ArbeitsministerInnen der EU hatten sich damals bei ihrem Ministerrat nach jahrelangem politischen Tauziehen auf einen »Kompromiss« geeinigt, der fast alle gewerkschaftlichen Forderungen igno-

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.etuc.org

rierte. Dieser Ratsbeschluss war gleichzeitig eines der letzten »Geschenke« des ehemaligen Arbeitsministers Bartenstein an die ArbeitnehmerInnen. Er unterstützte über Jahre die Forderungen der britischen Regierung, bestehende Mindestvorschriften weiter aufzuweichen. Im Einzelnen beinhaltet dieser Ratsbeschluss zwar schärfere Schutzvorschriften für das Opt-out, befürwortete aber dessen Weiterführung. Im Falle einer Nutzung des Opt-out hätte dies zulässige Arbeitszeiten von bis zu 65 Stunden pro Woche bedeutet – und zwar durchschnittlich, das heißt in einzelnen Wochen könnten selbst diese 65 Stunden noch deutlich überschritten werden! Auch in den anderen strittigen Fragen ignorierten die Mehrzahl der MinisterInnen die Interessen der Beschäftigten. So sollten auch sogenannte »inaktive« Betriebschaftsdienste in Zukunft in der Regel keine Arbeitszeit mehr darstellen.

Richtungsentscheidung

Umso wichtiger war das Votum des EU-Parlaments am 17. Dezember 2008. Alejandro Cercas, ein sozialistischer spanischer Abgeordneter, kämpfte bereits Wochen vor der entscheidenden Abstimmung für seinen Bericht, der in allen wesentlichen Punkten für eine starke Arbeitszeitrichtlinie eintritt, die diesen Namen auch verdient. Kernpunkt war die Forde-



Tatsächlich mobilisierte der ÖGB am Vortag der Entscheidung in Straßburg 15.000 KollegInnen, die allen Versuchen, die Arbeitszeitrichtlinie auszuhöhlen, ein machtvolleres »Nein« entgegengesetzten.

nung nach einem Auslaufen des Opt-out binnen drei Jahren, eine wirksame Höchst-arbeitszeitgrenze von 48 Stunden und die Anerkennung von Bereitschaftsdiensten als Arbeitszeit.

Notwendig war dafür eine parteiübergreifende Mehrheit im Parlament, denn die Verfahrensvorschriften waren für Cercas alles andere als vorteilhaft: Hätten sich die Abgeordneten nicht mit absoluter Mehrheit auf eine abweichende Position geeinigt, wäre automatisch der unausgewogene Ratsbeschluss mit allen nachteiligen Folgen für die Beschäftigten Bestandteil einer neuen Arbeitszeitrichtlinie geworden. Mit anderen Worten: Diese Abstimmung war die letzte Chance, eine Verschlechterung der Arbeitszeitvorschriften in der EU zu verhindern.

Erfolgreiche Mobilisierung

Tatsächlich mobilisierte der ÖGB am Vortag der Entscheidung in Straßburg 15.000 KollegInnen, die allen Versuchen, die Arbeitszeitrichtlinie auszuhöhlen, ein machtvolleres »Nein« entgegengesetzten. Unter den DemonstrantInnen war auch eine Delegation von 100 österreichischen GewerkschafterInnen, die nach Straßburg gereist waren. Der geschäftsführende ÖGB-Präsident Foglar appellierte in einem Schreiben an alle österreichischen EU-Abgeordneten, auch in zweiter Lesung für eine starke Arbeitszeitrichtlinie und damit für den Bericht des Abgeordneten Cercas zu stimmen. Das ÖGB-Europabüro und das Brüsseler Büro der AK organisierten in Brüssel eine Diskussionsveranstaltung mit dem Berichterstatter und dem Leitenden Sekretär des ÖGB, Bernhard Achitz, um

nochmals für die Anliegen der ArbeitnehmerInnen zu werben.

Und tatsächlich: Allen Versuchen der Unternehmerlobby zum Trotz stimmte eine überraschend deutliche Mehrheit der ParlamentarierInnen für den Cercas-Bericht und betonte damit seine Eigenständigkeit gegenüber den Mitgliedsstaaten. Das EU-Parlament setzt damit ein deutliches Zeichen für das Soziale Europa:

- Die 48-Stunden-Höchst-arbeitszeitgrenze soll erhalten bleiben.
- Absage an Arbeitszeiten von 65 Stunden und mehr: Das Opt-out soll nach Willen des Parlaments binnen drei Jahren abgeschafft werden.
- Bereitschaftszeiten sollen weiterhin zur Gänze als Arbeitszeit gelten, Flexibilität primär über Kollektivverträge gewährleistet werden.
- Eine Jahresdurchrechnung der Höchst-arbeitszeit soll weiterhin nur mit Kollektivvertrag eingeführt werden dürfen.
- Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Unter Berücksichtigung betrieblicher Erfordernisse sollen ArbeitnehmerInnen das Recht auf Änderungen ihrer Arbeitszeiten erhalten.

Nur ein Etappenerfolg

Das EU-Parlament hat sich nun schon zum wiederholten Mal als wichtiger Verbündeter der ArbeitnehmerInnen und ihrer Anliegen in der EU erwiesen. Die zunehmende Wichtigkeit des Parlaments sollte für die Gewerkschaften ein Grund mehr sein, die bevorstehenden EU-Wahlen im Juni besonders aktiv zu begleiten, und die KandidatInnen an ihrem Eintreten für das Soziale Europa zu messen.

Dennoch: Das erfreuliche Ergebnis der Abstimmung über die Arbeitszeitrichtlinie ist zunächst nur ein Etappenerfolg, mit dem der unsoziale Ratskompromiss verhindert werden konnte. Da Parlament und Mitgliedsstaaten im sogenannten Mitentscheidungsverfahren gemeinsam entscheiden müssen, aber sich in beiden Lesungen nicht auf eine gemeinsame Position verständigen konnten, wird es in den nächsten Wochen zu einem Vermittlungsverfahren kommen. Ziel ist ein Kompromiss zwischen beiden Positionen. Somit besteht kein Grund zur Euphorie, vielmehr bleibt der Kampf um den Erhalt und Ausbau sozialer Rechte in der EU auf der Tagesordnung der Gewerkschaften.

Immerhin gibt es für das Vermittlungsverfahren eine weitere positive Nachricht: Arbeits- und Sozialminister Hundstorfer zeigte sich »nicht unglücklich« über das Votum des EU-Parlaments und kündigte eine konstruktive Haltung Österreichs bei den anstehenden Vermittlungsbemühungen an. Dies wäre schon ein großer Schritt in die richtige Richtung, nachdem der ehemalige Arbeitsminister Bartenstein im Rat jahrelang die Position der Hardliner um Großbritannien nachhaltig unterstützt hatte.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
oliver.roepke@oegb-eu.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Ist die Welt zu retten?

Die Kulturhauptstadt 2009, Linz, überrascht mit verschiedenen Projekten aus dem Kunst-, Kultur- und Sozialbereich: »52 Wege die Welt zu retten.«

Autorin: Dr. Sibylle Fritsch

Freie Journalistin

Ist die Welt noch zu retten? Verlassen wir uns auf Obama? Oder legen wir selbst Hand an? Hilft ein Lächeln? Eine wundersame Melodie? Brauchen wir Batman oder die Hopi-Indianer? Yoga für alle? Einen Zauberspruch? Was fällt KünstlerInnen und StadtbewohnerInnen dazu ein? Das fragten die Verantwortlichen der Kulturhauptstadt Linz 2009 und fassten aus der internationalen Ausschreibung eines entsprechenden Ideenwettbewerbs machbare Projekte bzw. Theoriefragmente oder praktische Anregungen aus: Mit dem hochgesteckten Ziel durch unkonventionelle Vorschläge und kleine Interventionen »Vereine, Einzelpersonen, Organisationen, StudentInnen, Kinder oder PensionistInnen« zum Mitdenken, zum Mittun und vielleicht sogar zu Protesten gegen die Zerstörung unseres Lebensraumes anzuregen.

Wöchentlich eine Kunst-Aktion

»52 Wege die Welt zu retten« heißt nun der originelle Programmpunkt der Kulturhauptstadt Linz, wo seit Anfang Jänner bis zum Jahresende wöchentlich irgendwo in der Stadt eine Kunst-Aktion stattfand bzw. stattfinden wird. Als Motto könnte dem Projektreigen ein Zitat von Martin Luther vorausgestellt werden: »Und wenn ich wüsste, dass morgen die Welt zerbräche, ich würde heute noch ei-

nen Baum pflanzen.« Das Logo ist ein abstrahierter, mehrfach gebrochener Rettungsring. Und die Inhalte versprechen visionär, aktionistisch, humorvoll oder aufklärerisch zu sein.

1. Station Bushaltestelle

Wer, wo und was die Linzer erwartet, wird im Voraus nicht verraten, damit der Überraschungseffekt erhalten bleibt. Wer sich jedoch jeweils zu Wochenbeginn zur Bushaltestelle Nibelungenbrücke begibt, kann sich zeitgerecht über den jüngsten Coup oder den aktuellen Weltrettungsvorschlag informieren.

Diese Bushaltestelle ist nicht nur die erste Station, sondern auch Basislager, Konzeptvermittlung und Sammelstelle. Sie wurde vom deutschen Künstlerduo Folke Köbberling & Martin Kaltwasser dem Typus eines polnischen Buswartehäuschens nachgebaut bzw. nach diesem Modell erweitert. Ein polnisches Vorbild wählten die beiden deshalb, weil dort Wartehäuschen als Treffpunkt, als Ort des Austauschs dienen, als eine gewachsene Pinwand, die mit vielen Suchen- und Finden-, Ankauf- und Verkauf-Zetteln gespickt und beklebt ist.

Eine Funktion, die – zumindest im urbanen Bereich – der westlichen Infotainment-Gesellschaft längst verloren ging. »Beim Projekt Nibelungenbrücke gibt es nun ebenfalls eine Pinwand für Meinungsaustausch, eine Möglichkeit zur Korrespondenz sozusagen und wechselnde Plakate, welche die jeweils aktuelle neue Aktion ankündigen und beschreiben. Außerdem werden 52 Rahmen für Fahrpläne nach und nach mit der Veröf-

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.linz09.at

fentlichung der umgesetzten oder konzipierten Projekte gefüllt, sodass sich jeder am Schluss mit einem Überblick über die Vielfalt der Ideen zur Rettung der Welt informieren kann«, erklärt Christine Weisser, Innenarchitektin und Projektleiterin mit Kulturhauptstadt-Erfahrung (Luxemburg). Darüber hinaus hat die Busstation symbolische Bedeutung, ergänzt Weisser: »Alle Besucher sind eingeladen, aufzuspringen und die Welt zu retten.«

Weltrettungs-Lemma

Diese Ansage wird allerdings gleich in der zweiten Plakat-Argumentations-Aktion »Weltrettungs-Lemma« mit philosophischen Widersprüchlichkeitsüberlegungen ad absurdum geführt: Ausgehend von der These, dass die Welt vor sich selbst gerettet werden muss, weil sie sich selbst ihr größter Feind ist, also gleichzeitig Subjekt und Objekt der Zerstörung, folgert das Schweizer Kulturkonglomerat Cran, dass die Welt zerstört werden muss, um gerettet zu werden. Aber: »Sie ist aber gemäß dem ersten Weltrettungs-Lemma nur so lange gerettet als sie existiert, also nicht auf ewig und daher nicht zu retten.«

Wer also weltumspannende, handfeste Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Not in der Dritten

Welt, der Kontrolle der Banken und Börsen oder Konzepte für den Klimaschutz erwartet, wird enttäuscht. »Die Themen«, so Weisser, »betreffen Produkte des Nahrungs- und Gebrauchsmittelbereichs, die direkte Umwelt, Ängste und Gefühle und das soziale Miteinander.« Es werden Inputs für die kleinen Schritte im Alltag gegeben, für die Hinwendung des Ich zum Du, für die Überwindung der (eigenen) Grenzen durch hautnahe Selbsterfahrung.

Ein experimentelles Beispiel, das als Konzept vorgestellt, aber in Linz nicht umgesetzt wird, ist die Kunstaktion »Cookieparty« von Angela Dorrer, in der die TeilnehmerInnen einen Keksteig mit oder in ihrem Mund formen und so essbare Skulpturen produzieren. Die geformten Süßigkeiten werden auf signiertes Pergamentpapier gelegt, gebacken und dann zum Essen herungereicht. Jeder/jede TeilnehmerIn kann so bestimmen, wessen Keks er/sie essen wird. »Es kostet doch einige Überwindung, so was zu essen, aber genau darum geht es, die eigenen Grenzen zu überwinden«, so Weisser, »und doch den Grad der Grenzüberschreitung selbst zu bestimmen: Nämlich zu entscheiden, ob man die Keks des Partners, des Nachbarn oder des Fremden isst.«

Liebesplätze

Mit einer anderen Art der Verbindung zwischen Ich und Du, der Sexualität, beschäftigt sich der Verein für Jugend-, Familien- und Sexualberatung: Seine Aktion trägt den Titel »Liebesplätze«. Die Vereinsmitglieder wollen herausfinden, an welchen öffentlichen Linzer Plätzen die Menschen sich am häufigsten lieben, und dann eine Top-Ten-Liste für potenzielle InteressentInnen vorstellen.

Ein anderes Sozialevent, das ebenfalls nicht nur in grauer Theorie abgehandelt, sondern verwirklicht wird, nennt sich »Ohrwurm« und liegt in Händen von »Orton – Verein zur Belebung und Erweiterung kultureller Ausdrucksmöglichkeiten«. Diese Gruppe möchte nachweisen, dass schon eine sich verbreitende gute Laune ein Beitrag zur Weltrettung sein kann. Die Akteure werden ausschwärmen, sich auf die Verkehrsmittel der Stadt verteilen und ungeniert bekann-

EIN PROJEKT FÜR



52 WEGE DIE WELT ZU RETTEN

Ist die Welt noch zu retten? Reicht dazu ein Lächeln? Schafft es ein Ohrwurm, den Tag und ein Stück Welt aufzuheitern? Ist es die Mind-o-Matic Gehirnwashmaschine, die den Geist befreit? Kann „Superhero“ die Welt vor dem Untergang bewahren?

Mit Ironie und dennoch engagiert lädt Linz09 zur Weltrettung ein. Wen? Alle, die Hoffnung haben und sich anregen lassen, ihren Beitrag zu leisten für eine bessere Welt.

Im Kulturhauptstadtjahr 2009 geben deshalb Woche für Woche ausgewählte Theoriefragmente, praktische Anregungen oder gezielte Interventionen Anlass zum Mitdenken und Mit-tun. Vereine, Einzelpersonen, Organisationen, StudentInnen, Kinder oder PensionistInnen haben diese Vorschläge im Rahmen eines internationalen Ideenwettbewerbs entwickelt. Am Ende des Kulturhauptstadtjahres präsentieren sich 52 völlig unterschiedliche Wege, die Welt zu retten.

Diese spezielle Bushaltestelle ist der Ausgangspunkt und die Sammelstelle der Rettungsversuche. Wöchentlich wechselnde Plakate machen aufmerksam, wollen informieren und bewegen. Eine Pinnwand lädt zum Kommentieren ein.

Steigen Sie ein! Machen Sie mit! Lassen Sie sich überraschen! Und retten Sie mit uns die Welt!

WWW.LINZ09.AT



te Melodien pfeifen, um positives Feeling in den Alltag zu streuen.

Und falls sich jemand schon mal gefragt hat, was passiert, wenn die Leute Kaugummi auf die Straße spucken und die Straßenreinigung der Gemeinde nichts tut, um ihn zu entfernen, der findet darauf die Antwort in Linz mit dem Aufruf »Kaugummis retten die Welt«, bei dem nachgerechnet und nachgewiesen wird, dass auf Gehsteigen und Plätzen ohne regelmäßige Reinigung in kürzester Zeit ein quietschender knöcheltiefer Sumpf aus Kaugummis entstünde, und dass die Säuberung durch die Straßenreinigung etwa Deutschland im Jahr 900 Millionen Euro kostet, ein Betrag, der für den Kultur- oder Sozialbereich sinnvoller verwendet werden könnte.

Cooking poor

Mit urbanem Leben und seinen natürlichen Grenzen beschäftigt sich die Wiener Sängerin und Musikerin Jella Jost. Für ihr Projekt »cooking poor« untersucht sie die Überlebensmöglichkeiten in Stadtwelten. Welche Lebensmittel stehen Stadtmenschen zur Verfügung? – fragt sie nach: Der gestohlene Apfel aus Nachbars Garten? Gebratene Maden? Verkochte Baumrinde? Und kommt zu dem Schluss, dass Überleben im Urbanen nur durch Einfuhr von Lebensmitteln möglich ist. Und die werden aus aller Welt herbeigeschafft.

»Der Künstlerin geht es darum, sehr dezent einen Nachdenkprozess über die Herkunft und die Transportwege der Lebensmittel einzuleiten, und sie hofft, dass einige Leute überlegen werden, ob es nicht umweltfreundlicher und ökologischer wäre, Lebensmittel aus dem eigenen (Um-)Land zu kaufen«, sagt Weisser.

Spontanität und Leichtigkeit

Dem Projektpotpourri zur Rettung der Welt liegt eigentlich die Idee einer Gruppe von KünstlerInnen (Karl Stocker, Alexander Kada, Josef Seppo, Gründler, Anke Strittmatter, Gerhard E. Kuebel) zugrunde. Geplant war, an jedem Tag des Jahres 2009 mit einer anderen Aktion in der Kulturhauptstadt Linz zu intervenieren. Aber wie das Leben so spielt, fehlte dafür das Budget, zumal auch jedes der 52 Projekte nicht mehr als 2.000 Euro kosten darf. Weisser: »Die Veranstaltungsreihe soll von der Spontanität und der Leichtigkeit leben.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
s.fritsch@akis.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gegenlenken

Die BetriebsrätInnen der Automobil- und Automobilzulieferindustrie fordern Maßnahmen gegen die Krise.

Autorin: Claudia Felix-Marks

Öffentlichkeitsarbeit der GMTN

Die internationale Finanzmarktkrise hat die Realwirtschaft im Würgegriff. Die Automobil- und Zulieferindustrie ist besonders betroffen: die Absatzzahlen sinken rasant, in Folge auch die Auftragslage. Der Zugang zu Finanzmitteln wird für Betriebe zunehmend schwierig. Rund ein Drittel der Automobile weltweit werden in Europa gefertigt, und die Beschäftigten zieht es jetzt mit in den Krisenstrudel. Heimische BetriebsrätInnen fordern Maßnahmen – und zwar rasch.

Rund 2,3 Millionen Beschäftigte in Europa arbeiten in der Automobilindustrie. Geschätzte weitere zehn Millionen

Jobs hängen direkt von diesem zentralen Wirtschaftszweig ab. Aber auch in Österreich ist die Branche ein Schlüsselbereich für Beschäftigung: Über 30.000 Menschen arbeiten direkt in der Automobil- und Zulieferindustrie, weitere 140.000 in abhängigen Betrieben.

Abbau von ZeitarbeitnehmerInnen

Die Unternehmen reagierten auf die Wirtschaftslage in erster Linie mit dem Abbau von ZeitarbeitnehmerInnen, was zu einem fatalen Anstieg der Arbeitslosigkeit in dieser Branche führte, dann mit Kurzarbeit. Hängen an der Kurzarbeit für Menschen auch negative Assoziationen, so ist sie doch ein wirksames Mittel, um bei flauer Auftragslage die Beschäftigten und mit ihnen Know-how und Qualifikationen in den Betrieben zu halten. In Österreich arbeiten bereits 14.866 Ar-

beitnehmerInnen (Stand 15. 1. 2009) in 86 Betrieben kurz – und mit einem Rückgang ist nicht zu rechnen, im Gegenteil. Geschätzt wird, dass die Zahl der Kurzarbeitenden im Februar auf knapp 23.000 steigen wird.


Die Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) ist derzeit eine der hauptsächlich betroffenen Gewerkschaften: Bis Mitte Jänner wurden mit 47 Betrieben Kurzarbeitsvereinbarungen getroffen, die 14.000 Beschäftigte umfassen. 16 Betriebe stehen in der Warteschlange und verhandeln Kurzarbeit auf betrieblicher Ebene. In der GMTN rechnet man im 1. Quartal mit bis zu 80 Betrieben mit Kurzarbeitsvereinbarungen für rund 30.000 betroffene Beschäftigte.

Betriebsräte fordern Maßnahmen

Die BetriebsrätInnen zeigen gerade jetzt enormes Engagement, Wissen und Potenzial, gemeinsam Wege aus der Krise zu erarbeiten. Das zeigte sich bei einer Konferenz zur aktuellen Lage am 15. Jänner, deren Zielsetzung durch den geschäftsführenden GMTN-Bundvorsitzenden Rainer Wimmer klar definiert wurde: Neue Werkzeuge werden gebraucht, um in schwierigen Zeiten die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Österreich zu sichern – und es braucht Entschlusskraft und Taten. Das Ergebnis der Konferenz war ein Forderungsprogramm an die Bundesregierung, erstellt von den BetriebsrätInnen der Automobil- und Automobilzulieferindustrie, der Zeitarbeitsbranche und in von Kurzarbeit betroffenen Betrieben gemeinsam mit der GMTN und der Gewerkschaft der Chemiarbeiter (GdC). Bereits am



BRV-Stv. Christine Neulinger und BRV Ernst Strasser von der Firma Moeller Gebäudeautomation, Schrems (NÖ).



Sozialminister Hundstorfer hält bereits einen Tag nach der Konferenz die Forderungen in Händen, links gf. GMTN-Bundesvorsitzender Rainer Wimmer.

nächsten Tag hielt Sozialminister Rudolf Hundstorfer das Papier in Händen. Die Botschaft: Die Sicherung von Beschäftigung und Kaufkraft muss vorrangiges Ziel sein, damit die ArbeitnehmerInnen nicht die Zeche für die durch Spekulationen verursachte Krise zahlen müssen.

Drei Schwerpunkte der Forderungen

Das Forderungsprogramm der BetriebsrätInnen und Gewerkschaften beruht auf drei Schwerpunkten: Sicherung der Beschäftigung, wirtschaftspolitische Maßnahmen und Investitionen in die Zukunft. Zur Sicherung der Beschäftigten werden neben anderen sozialpolitischen Maßnahmen die Neuregelung und Flexibilisierung der Kurzarbeit und die Forcierung von Qualifizierungsmaßnahmen gefordert.

Gespräche der Sozialpartner nach der Konferenz ergaben rasch die Eckpunkte der neuen Kurzarbeitsregelung für einen Initiativantrag im Parlament: die Verlängerung des Durchrechnungszeitraumes für die Arbeitszeitverringerung und die Verlängerung der Kurzarbeit auf maximal 18 Monate sowie die neue Kombinierbarkeit mit Weiterbildung.

Weitere Forderungen sind die Erweiterung des Modells der Arbeitsstiftungen – auch bei aufrechten Arbeitsverhältnissen und für ZeitarbeiterInnen – sowie die rasche Umsetzung der Ausbildungs-garantie für Jugendliche bis 18 Jahre.

Die Inanspruchnahme der Altersteilzeit soll wieder attraktiver gestaltet werden, das betrifft das Zugangsalter, die Dauer und die Nachbesetzungspflicht. Denn Altersteilzeit ist ein wirksames Mittel gegen ansteigende Arbeitslosigkeit. Allerdings ist

ihr Rückgang enorm: Nach einem Rekord im Dezember 2003 mit 42.371 Menschen, die Altersteilzeit in Anspruch nahmen, ging diese Zahl kontinuierlich bis Dezember 2008 auf nunmehr 20.796 zurück.

Mit ihren wirtschaftspolitischen Forderungen bewiesen die BetriebsrätInnen, dass sie die wirtschaftliche Lage ihrer Betriebe nicht aus den Augen verlieren. Die KollegInnen verlangen, dass die Bundesregierung den Unternehmen den Zugang zu Finanzmitteln sichert. Mit den restriktiven Vorgangsweisen der Banken bei Kreditvergaben sind fatale Folgen für notwendige betriebliche Investitionsentscheidungen verbunden. Auch die wirtschaftlichen Abhängigkeiten der Automobilzulieferindustrie werden in den Forderungen nicht außer Acht gelassen. Einzelne Betriebe hängen direkt an der Produktion einer Automarke. Stockt die Produktion, schlägt sich das direkt auf den Zulieferer durch. Letztendlich verhindern nur breitere Produktpaletten die wirtschaftlichen Abhängigkeiten, womit die Förderung der **Diversifizierung** der Produktionen der Automobilzulieferindustrie ebenfalls unter den Forderungen rangiert.

Ausreichende Mittel für Forschung

Für Forschungs-, Entwicklungs- und Zukunftsinvestitionen müssen ausreichende Mittel zur Verfügung stehen. Damit Betriebe für die Zukunft gerüstet sind, bedarf es auch einer Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Und nicht zuletzt liegt das Augenmerk auch in der Zukunft auf mittel- bis längerfristigen Qualifizierungsopen-

W E B L I N K S

Das Forderungsprogramm der BetriebsrätInnen zum Download
www.gmtn.at

siven. Denn trotz steigender Arbeitslosigkeit herrscht in Österreich nach wie vor ein Mangel an FacharbeiterInnen. Nur die Weiterbildung der ArbeitnehmerInnen kann dem entgegenwirken.

Die Krise als Chance nutzen

Durch wachsende Märkte in Mittel- und Osteuropa, Brasilien, China, Russland und Indien erlebte die weltweite Automobil- und Zulieferindustrie in den vergangenen Jahren ein ständiges Wachstum. Viele Hersteller achteten letztendlich zu wenig auf sich entwickelnde Märkte für sparsame und kleinere Personenkraftwagen. Experten raten der Automobilindustrie, in Zukunft ihre Anstrengungen in Produkte zu verstärken, die die begrenzten Ressourcen, den Klimawandel, die steigende Verkehrsdichte und den differenzierten Bedarf der KäuferInnen berücksichtigen – und die Krise als Chance zu nützen.

K O N T A K T

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
claudia.felix-marks@gmtn.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gut und billig

Hoch qualifizierte Arbeit zu Dumpinglöhnen: Der Kampf der Beschäftigten bei Rechtsanwälten/-innen und MedizinerInnen zeigt langsam Erfolg.

Autorin: Dagmar B. Gordon

Freie Journalistin

Gerade der Beruf der Arzthelferin ist bei Frauen beliebt: Viel Kontakt mit Menschen, Organisationstalent und ein gerüttelt Maß an fachlicher Qualifikation sind notwendig, um einen guten Job in der Ordination zu machen. Darüber hinaus sind immer mehr Ordinationshilfen echte ManagerInnen: Sie koordinieren Hunderte Termine und bleiben auch im größten Stress die Ruhe selbst. Sie managen die Praxis, die Ärztin, den Arzt und die PatientInnen. Sie sorgen dafür, dass der Laden läuft. Zum Wohl aller.

Dafür bekommen sie eine angemessene Entlohnung, bezahlte Überstunden, hohe Sozialleistungen und die Anerkennung, die so wichtigen MitarbeiterInnen zusteht – hohe Boni selbstverständlich garantiert. Das war leider ein Scherz! Denn in der Realität können ArzthelferInnen und Ordinationshilfen froh sein, wenn sie einen Mindestlohn von 1.100 Euro im Monat erhalten – Gratisüberstunden oftmals inklusive.

Kein Kollektivvertrag

Nicht viel anders ergeht es den Rechtsanwaltsgehilfinnen: Sie sind zuständig, dass die Ablage in der Kanzlei immer geordnet ist, die Anwälte/-innen ihre Termine nie vergessen und wichtige Fristen immer unter Beobachtung bleiben. Darüber hinaus haben sie wichtige Schriftsätze ins Reine zu bringen und unterstüt-

zen ihre Vorgesetzten auch wenns mal terminlich eng wird.

Und den RechtsanwaltsanwärtInnen, die oft einen Großteil der Arbeit in den Kanzleien leisten und deren Arbeitszeiten eine 40-Stunden-Woche oft erheblich übersteigen, geht es häufig nicht besser: Sie sind aus den bestehenden Kollektivverträgen ausgenommen, und es gibt nicht einmal Empfehlungen für ihre Entlohnung in den regionalen Rechtsanwaltskammern.

Obwohl gerade Rechtsanwälte eigentlich dafür einstehen müssten, dass es in allen Bereichen – so auch in ihrem höchstpersönlichen Arbeitsumfeld – Rechts- und Vertragssicherheit geben sollte, weigerten sich einige Rechtsanwaltskammern seit Jahren beharrlich, die Forderung nach 1.000 Euro Mindestlohn umzusetzen, noch beharrlicher allerdings ist die Weigerung nach Schaffung eines einheitlichen Kollektivvertrages für diese Berufsgruppe.

Frauenproblem

Ein wenig wird man den Verdacht nicht los, dass es sich in beiden Fällen um ein frauenspezifisches Problem handelt: Sowohl in den Arztpraxen, als auch in den Rechtsanwaltskanzleien das gleiche Bild: Wie so oft im Niedriglohnbereich sind vor allem Frauen die Betroffenen: Ca. 90 Prozent der Ordinationshilfen, ArzthelferInnen, Sprechstundenhilfen, HeilmasseurInnen oder medizinisch-technische Fachkräfte sind Frauen. Und der Großteil von ihnen ist davon überzeugt, für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit zu wenig bezahlt zu bekommen.

Lea S., Ordinationshilfe in Wien:
»Wenn es am Abend spät wird, ist es selbst-

INFO & NEWS

In folgenden Bundesländern gibt es **kollektivvertragliche Einstiegsgehälter von 1.000 Euro** (und mehr) für Angestellte in Ordinationen und Arztpraxen:

seit 1. 1. 2009 in Kärnten

seit 1. 1. 2008 in Niederösterreich

seit 1. 1. 2008 in Salzburg

seit 1. 1. 2009 in der Steiermark

seit 1. 7. 2008 in Tirol

seit 1. 1. 2007 in Vorarlberg

seit 1. 1. 2004 in Wien

Infotelefon Gewerkschaft GPA-djp

Haben Sie eine Frage? Rufen Sie uns an!

Info-Telefon 05 03 01-301

verständlich, dass ich da bleibe bis der letzte Patient beim Doktor drinnen ist. Ich kann keinen Zeitausgleich nehmen wie Freundinnen in anderen Berufen. Ich bekomme aber auch keine Überstunden bezahlt. Ab und zu gibt es ein kleines Geschenk – manchmal auch einen kleinen Geldbetrag als Dankeschön.« Dem Recht auf bezahlte Überstunden steht hier ein willkürlicher Gnadenakt gegenüber. Dieses Lied können in der einen oder anderen Form viele MitarbeiterInnen von Ärzten/-innen oder Rechtsanwälten/-innen singen. Natürlich zahlen auch manche von ihnen ihre MitarbeiterInnen korrekt und fair, aber gegen die, die es nicht tun, kann der oder die Einzelne allein wenig ausrichten.

Mag. Martin Panholzer, GPA-djp: »Es haben zwar ein paar Länder einen Kollektivvertrag für Rechtsanwaltskanzleien ab-



Wenn die Ordinationshilfe ausgepowert und nahe dem Burn-out ihre verantwortungsvolle Arbeit tut, kann es leicht einmal zu einem folgenschweren Fehler kommen.

geschlossen, aber nur Wien hat per 1. 1. 2009 einen Mindestlohn von 1.000 Euro festgeschrieben.«

Vier Rechtsanwaltskammern ohne KV

Keinen Kollektivvertrag haben bisher die Rechtsanwaltskammern in Vorarlberg, Salzburg, Kärnten und Oberösterreich. Der Mindestlohn laut KV beträgt in der Steiermark 726,73 Euro, in Niederösterreich 729,64 Euro, im Burgenland 887,43 Euro und in Tirol 927 Euro.

Deshalb haben die Rechtsanwaltskammern schon im Jahr 2007 anlässlich einer österreichweiten Kampagne der GPA-djp die Kollektivvertragszitrone des Jahres 2007 überreicht bekommen. Leider hat das bis heute, wie die Zahlen eindrucksvoll beweisen, nur wenig bewirkt. Doch die Gewerkschaft gibt hier nicht nach. Schon das Sozialpartnerabkommen der vorigen Regierung, das einen Mindestlohn von 1.000 Euro als kurzfristig zu erreichendes Ziel fest schrieb, muss endlich für alle DienstnehmerInnen umgesetzt werden. Bereits 2007 forderte die GPA-djp die einzelnen Rechtsanwaltskammern auf, endlich Verhandlungen aufzunehmen, um diesen unhaltbaren Zustand zu beenden: »Wenn die Herren und Damen Rechtsanwälte im beruflichen Alltag unter dem Titel ›pacta sunt servanda‹ – Verträge sind einzuhalten – agieren, dann muss dies auch für die kollektivvertragliche Absicherung der Beschäftigten in Rechtsanwaltskanzleien gelten«, so Geschäftsbereichsleiterin in der GPA-djp, Claudia Kral-Bast.

Dank kontinuierlicher Arbeit der Gewerkschaft und medienwirksamer Aktionen ist es im Bereich der Einstiegs-

gehälter in Arztpraxen gelungen, in sieben von neun Bundesländern zu guten Regelungen zu kommen. Neben den Mindestgehältern geht es bei den MitarbeiterInnen in den Arztpraxen aber auch um gute Regelungen. Auch hier hat die Gewerkschaft erste Erfolge errungen: Seit 1. Jänner 2008 gilt die Regelung über Mehrarbeitszuschläge. Mehrarbeitsstunden werden dann mit einem 25-prozentigen Zuschlag vergolten, wenn innerhalb eines dreimonatigen Durchrechnungszeitraumes mehr als die vereinbarte Arbeitszeit gearbeitet wird. Wird die gesetzliche Normalarbeitszeit überschritten, liegt Überstundenarbeit vor.

Was viele Angestellte nicht wissen: Auch bei Abgeltung der Überstunden in Zeitausgleich gebührt ihnen der Zuschlag. Im Falle von Unsicherheiten sollten sie nicht zögern, sich bei der Gewerkschaft oder Arbeiterkammer beraten zu lassen.

Im KV festgeschrieben ist auch das Recht auf eine halbstündige Pause, wenn MitarbeiterInnen in Arztpraxen mehr als sechs Stunden pro Tag arbeiten – eine Regelung, die vor allem KollegInnen in den immer beliebter werdenden Gruppenpraxen zugute kommt.

Sicherheit statt Arbeitsleid

All diese Regelungen dienen natürlich dem Schutz der ArbeitnehmerInnen. Sie nutzen aber im Fall der Angestellten in Ordinationen und Arztpraxen auch der Sicherheit der PatientInnen. Denn wenn die Ordinationshilfe ausgepowert und nahe dem Burn-out ihre verantwortungsvolle Arbeit tut, kann es leicht einmal zu einem folgenschweren Fehler kommen. Daher sind faire

Arbeitsbedingungen und ein gutes Arbeitsklima auch wichtig für die Qualität der Arbeit in der Ordination.

Und deshalb ist es auch nur in Ausnahmefällen möglich, unangekündigte Überstundenleistung zu verlangen: Überstunden müssen von ArbeitgeberInnen rechtzeitig angeordnet werden. Nur in unvorhergesehenen Fällen ist es möglich, für den laufenden Tag Überstunden anzuordnen. Den Angestellten steht es frei, die Leistung von angeordneten Überstunden aus berücksichtigungswürdigen Gründen (Kinder versorgen etc.) abzulehnen. Wem daraus Nachteile erwachsen, sollte sich umgehend an die Gewerkschaft oder Arbeiterkammer wenden.

Gewerkschaft kämpft weiter für KV

Wenn vor allem die Rechtsanwaltskammern immer noch auf dem Standpunkt beharren, sich von niemanden vorschreiben lassen zu wollen, wie viel sie zahlen und welche Rechte sie ihren Angestellten zugestehen, so wird sich die Gewerkschaft auch weiterhin für eine einheitliche KV-Regelung einsetzen. Auch bei den offensichtlich so freiheitsliebenden Rechtsanwälten/-anwältinnen ...

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
d.gordon@ideenmanufactur.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Fremde Heimat

*Österreich hat einen hohen Anteil an eingewanderten ArbeitnehmerInnen.
Gegenseitiges Verständnis würde allen nützen.*

Autor: Josef Wallner

Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt, AK Wien

Österreich zählt zu jenen EU-Ländern, die einen besonders hohen Anteil an EinwandererInnen aufweisen. Laut jüngster Veröffentlichung der Europäischen Kommission (Employment in Europe 2008) haben 17,5 Prozent der österreichischen Bevölkerung im Erwerbsalter Migrationshintergrund (»Foreign born«); einen höheren Anteil innerhalb der EU weisen nur der Spezialfall Luxemburg (41,5 Prozent, überwiegend aus anderen EU-Staaten) und Zypern (18,5 Prozent) aus. Ein Vergleich des MigrantInnenanteils aus Nicht-EU-Staaten am Arbeitskräftepotenzial zeigt, dass auch hier Österreich mit einem Anteil von rund zwölf Prozent in der EU-Spitzengruppe liegt, nur Spanien und Zypern rangieren knapp darüber. Der Großteil davon kommt nach wie vor aus den traditionellen Herkunftsländern: aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus der Türkei.

Zwei kulturelle Identitäten

In Ballungszentren wie Wien und in anderen großen Städten wie Linz oder Graz ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund naturgemäß noch höher als im Gesamtdurchschnitt. So hat rund ein Drittel der Wiener ArbeitnehmerInnen, aber sogar rund die Hälfte der Wiener PflichtschülerInnen Migrationshintergrund. Der hohe Anteil unter den PflichtschülerInnen lässt erwarten, dass

selbst bei nur geringer Neuzuwanderung der Anteil an ArbeitnehmerInnen mit Migrationshintergrund in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Allerdings werden das in immer höherem Maße KollegInnen sein, die bereits in Österreich geboren wurden oder zumindest bereits als Kinder und Jugendliche nach Österreich gekommen sind. KollegInnen also, die Migrationshintergrund haben, deren Lebensmittelpunkt aber eindeutig in Österreich liegt und für die keine Alternative zum österreichischen Arbeitsmarkt existiert. Kulturell haben die meisten dieser Menschen allerdings zwei Identitäten, keine davon ist von der jeweils anderen zu trennen und ohne diese zu verstehen. Und das erfordert eine erweiterte Form des gegenseitigen Verständnisses als das in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war.

Integration im Betrieb

Wirksame Vertretung der ArbeitnehmerInnen-Interessen erfordert Integrationsmaßnahmen auf Betriebsebene. Manche Branchen wie etwa Reinigung, Handel, Gastgewerbe, das Bauwesen, der Gesundheits- und Pflegebereich und weite Teile der Industrie sind ohne KollegInnen mit Migrationshintergrund gar nicht mehr vorstellbar. In vielen dieser Betriebe beträgt ihr Anteil an der Belegschaft 30 bis 90 Prozent. Auch wenn diese Menschen vielleicht schon lange in Österreich leben und sich dem Leben hier weitgehend angepasst haben, gibt es Unterschiede, die zu Reibungen führen und diskriminierende Ungleichbehandlungen. Gerade weil von EinwandererInnen selbstverständlich eine Respektierung des

WEBLINKS

Gewerkschaft vida
www.voegb.at/service/downloads/focusgruppen_1_FIN.pdf
www.gpa-djp.at/migration

österreichischen Kulturumfeldes gefordert werden kann, darf wohl auch umgekehrt entsprechendes Entgegenkommen erwartet werden. Die Betriebskantine eines Unternehmens mit vielen ArbeitnehmerInnen muslimischer Religionszugehörigkeit sollte z. B. schweinefleischlose Gerichte anbieten. Die Alarmglocken müssen läuten, wenn Migrationshintergrund von ArbeitgeberInnen zu Lohndiskriminierung ausgenutzt wird. Einkommensvergleiche nach Staatszugehörigkeit (eine andere Differenzierung ist hier nicht möglich) auf Basis der Hauptverbandsdaten zeigen jedenfalls, dass der Verdienst ausländischer ArbeitnehmerInnen in vergleichbaren Berufen um zehn bis 30 Prozent unter dem Einkommen der österreichischen ArbeitnehmerInnen liegt.

Gegenseitiges Verständnis

Das kann zum Teil nur durch unterkollektivvertragliche Entlohnung, Nichtbezahlung von Überstunden und andere Formen von Verstößen gegen das Arbeitsrecht erklärt werden und stellt für alle ArbeitnehmerInnen und für die Finanzierung des Sozialsystems eine Bedrohung dar. Es ist daher wichtig, dass es auf Betriebsebene nicht zu einem Auseinanderfallen der ArbeitnehmerInnengruppen

nach Herkunftskultur kommt, sondern dass auf Basis gegenseitigen Verständnisses die gemeinsamen Interessen auch wirkungsvoll gemeinsam vertreten werden können.

Beispiele aus österreichischen Betrieben und anderen EU-Staaten zeigen, dass man gegensteuern kann. Lohndiskriminierung, die sich als Lohndumping zum Nachteil aller Beschäftigten auswirkt, beruht oft darauf, dass Fachkräfte, deren Fachausbildung z. B. in Österreich nicht anerkannt ist, als HelferInnen eingestuft sind. Die Betroffenen könnten auf Basis EU-rechtlicher Normen vom Wirtschaftsministerium ohne besonderen weiteren Aufwand die formale Anerkennung ihres Lehrberufs verlangen und müssten in der Folge auch als FacharbeiterInnen eingestuft werden. Viele wissen das aber nicht und manchmal, vor allem bei KollegInnen aus Nicht-EU-Staaten, ist das auch nicht möglich. Eine Lösung für dieses Problem wäre der Abschluss von Betriebsvereinbarungen, durch die nicht nur die formale, sondern auch die faktische Qualifikation die Basis der Entlohnungseinstufung darstellt. Eine derartige Regelung begünstigt auch viele inländische ArbeitnehmerInnen im selben Betrieb, die sich durch langjährigen Einsatz in immer qualifizierterer Position und durch ergänzende Kurse auf Fachniveau hochgearbeitet haben, formal aber nicht die Voraussetzung für eine ihrer tatsächlichen Arbeit entsprechende Kollektivvertragseinstufung erbringen. Die Deutsche Bahn hat in einem ersten Schritt die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen per Betriebsvereinbarung festgelegt.

Mit Kopftuch an der Kassa

Interessant ist auch das Beispiel britischer Supermärkte, die eine ethnische »Blockbildung« ihrer Belegschaft durch einfache Maßnahmen aufbrechen konnten: So wird nicht nur für alle Beschäftigten eine Weihnachtsfeier, sondern zum Ende des muslimischen Fastenmonats ebenso für alle ein Ramadanfest veranstaltet. In eine ähnliche Richtung weist das Bereitstellen eines kleinen Raumes als Gebetsraum für die vielen muslimischen MitarbeiterInnen eines großen Wiener Getränkeabfüllunternehmens. Durch diese ausdrückliche Anerkennung der anderen Kultur und Re-



In diese Richtung gehen auch Maßnahmen, ArbeitnehmerInnen mit erkennbaren religiösen Unterscheidungsmerkmalen, wie etwa einem Kopftuch, an sichtbarer Stelle einzusetzen.

ligion konnten Loyalität und kollegiales Zugehörigkeitsgefühl und Vertrauen deutlich gestärkt werden. In diese Richtung gehen auch Maßnahmen, ArbeitnehmerInnen mit erkennbaren kulturellen oder religiösen Unterscheidungsmerkmalen, wie etwa einem Kopftuch, an sichtbarer Stelle einzusetzen, z. B. an der Supermarktkassa. Dass dies hierzulande bisher wenig üblich ist, trägt dazu bei, dass die Berufschancen mancher Gruppen, vor allem der Frauen, deutlich eingeschränkt sind.

Interkulturelle Kompetenz

Natürlich stellen Änderungen dieser Art auch eine Herausforderung an uns alle dar. Kein Mensch, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, kann gewohnte kulturelle Wahrnehmungsmuster einfach so über Bord werfen. Lehrgänge in interkultureller Kompetenz können hier zum besseren Begreifen von Unterschieden und zu einem entspannteren Umgang mit diesen beitragen. In einer ganzen Reihe österreichischer Betriebe im öffentlichen Bereich, aber auch bei kommerziellen Unternehmen mit relevantem Kundenanteil aus anderen Kulturkreisen, wird interkulturelle Kompetenz bereits erfolgreich trainiert. Die Vorteile sind vielfältig: Nicht nur österreichische ArbeitnehmerInnen lernen ihre KollegInnen mit Migrationshintergrund besser verstehen, sondern auch umgekehrt. Außerdem zeigt sich, dass Kundenorientierung und Konfliktfähigkeit generell durch interkulturelles Training verbessert werden, weil damit einfach auch zuhören können, Offenheit und Empathiefähigkeit gelernt werden.

Vor allem in einer Reihe deutscher Großbetriebe wie z. B. Thyssen Krupp Stahl AG, dem VW-Konzern, Opel und bei der Deutschen Bahn wurde von den ArbeitnehmerInnenvertretungen der Abschluss von Betriebsvereinbarungen erreicht, die durch gezielte Antidiskriminierungsbestimmungen und Maßnahmen zu einem besseren wechselseitigen Verständnis einen wichtigen Beitrag zu Ausbau und Erhalt der Sozialstandards und des Zusammenhalts im Betrieb leisten. Hauptschwerpunkte sind Förderung des wechselseitigen kulturellen Verständnisses, die Förderung von Sprache und Qualifikation und das Verhindern von Lohndumping. Auch für Österreich wurden dazu bereits in Kooperation mit Gewerkschaft und Arbeiterkammer Mustervereinbarungen erarbeitet.

Ein wichtiger Schritt

Es wäre zweifellos ein wichtiger Schritt zum Vorteil der ArbeitnehmerInnen aller Betriebe mit hohem MigrantInnenanteil, wenn das Jahr 2009 genutzt wird, um durch Maßnahmen dieser Art einen wirklichen Beitrag zum Schutz sozialer Standards und des (noch besseren) wechselseitigen Verstehens herbeizuführen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
josef.wallner@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Islands Absturz

Wie eines der reichsten Länder der Welt in kürzester Zeit vom Senkrechtstarter zum Sozialfall wurde.

Autorin: Dr. Barbara Lavaud

Abteilung Öffentlichkeitsarbeit GPA-djp

Vor etwas mehr als einem Jahr, im November 2007, hielt der Jahresbericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) fest, dass Island den höchsten Entwicklungsstand der Welt habe. Damit hatte es Norwegen überholt, das in den vergangenen sechs Jahren die Rangliste angeführt hatte. Österreich lag im Ranking auf Platz 15, die USA auf Platz 12.

Island war bis vor kurzem auch eines der wohlhabendsten Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der dreißig Staaten angehören. In den vergangenen Jahren war die Wirtschaft pro Jahr um durchschnittlich vier Prozent gewachsen. Mit einem Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 40.400 Dollar war der Wohlstand der Isländer mit jenem in Österreich (39.300) vergleichbar.

Wertverlust der Krone

Ein beachtenswerter Erfolg für die Volkswirtschaft der knapp 320.000 EinwohnerInnen zählenden Insel. Doch bereits im April vergangenen Jahres kamen die isländischen Banken wegen der internationalen Finanzkrise unter Druck. Die isländische Regierung gestand ein, dass die Banken massiven Angriffen von aggressiv spekulierenden US-Hedge-Fonds ausgesetzt waren. Die isländische Krone – als kleinste selbstständige Währung der

Welt – verlor immer stärker gegenüber dem Euro, die Inflationsrate kletterte in die Höhe, die Auslandsverschuldung wuchs bedrohlich.

Zu Beginn der Finanzkrise im Frühjahr 2008 wurde Islands politische Spitze nicht müde, die kerngesunden Grundstrukturen der isländischen Wirtschaft als Garant gegen einen Finanz- und Bankencrash hervorzuheben. Arbeitslosigkeit war auf Island zudem ein Fremdwort, die Fischerei florierte als wichtigste Einnahmequelle, von der Sicherheit des Rentensystems konnten andere nur träumen, der Staat hatte gut gefüllte Kassen.

Doch in der Bevölkerung machte sich Unruhe breit. Auch viele NormalbürgerInnen haben in den Boomjahren bei rasch ansteigendem Lebensstandard und explodierenden Immobilienpreisen sehr optimistisch konsumiert und Kredite aufgenommen. Die IsländerInnen lebten auf Pump und eigentlich über ihre Verhältnisse.

Banken in Bedrängnis

Ebenfalls bereits im Frühjahr 2008 warnte die isländische Zentralbank vor dem schwer kalkulierbaren Risiko des zu großen Finanzsektors für die Wirtschaft. Weil die Kreditinstitute den größten Teil ihrer Geschäfte im Ausland machten, hatte die Notenbank hier kaum einen Einfluss. Offenbar hatten weitere Spekulationen der Hedge-Fonds die Krone ins Visier genommen, um auf einen Verfall der Währung zu wetten.

Die gesamten Vermögenswerte der isländischen Banken betragen etwa das Zehnfache der isländischen Wirtschafts-

W E B L I N K S

Mehr Infos unter:
de.wikipedia.org/wiki/Portal:Island
www.iceland.de

leistung. Zum Vergleich: Dieses Verhältnis betrug im Euro-Raum 3,5. Damit waren die isländischen Banken im Verhältnis zum Rest der Wirtschaft des Landes zu groß.

Die drei größten Banken Kaupthing, Glitnir und Landsbanki hatten ihre Kreditgeschäfte auf der Basis der lange sehr niedrigen Zinsen im Ausland betont wagemutig ausgeweitet. Nach dem Anstieg der Zinsen, der Degradierung durch Rating-Agenturen und der extremen Verteuerung eigener Kreditkosten kam dieses lange erfolgreiche Geschäftsmodell plötzlich ins Wanken.

Anfang Oktober, als die weltweite Finanzkrise außer Kontrolle zu geraten drohte, spitzte sich in Island die Lage dramatisch zu. Die Regierung gab zunächst eine Garantieerklärung für alle Spareinlagen ab und war bald danach gezwungen, alle drei großen Banken zu verstaatlichen. Regierungschef Geir Haarde warnte vor einem Staatsbankrott.

EU-Beitritt als Ausweg

Angesichts der dramatischen Lage im Spätherbst befürworteten immer mehr IsländerInnen nun den EU-Beitritt. In der regierenden großen Koalition war die konservative Unabhängigkeitspartei von Ministerpräsident Geir Haarde auf der



Anfang Oktober, als die weltweite Finanzkrise außer Kontrolle zu geraten drohte, spitzte sich in Island die Lage dramatisch zu.

Bremse gestanden und hatte die EU-Mitgliedschaft abgelehnt, die Sozialdemokraten hatten diese hingegen zu ihrem Ziel erklärt. Mittlerweile findet der Beitritt nicht nur in der Bevölkerung mehr und mehr Zuspruch, selbst konservative PolitikerInnen fordern nun eine Änderung der Parteilinie.

Knapp vorbei am Staatsbankrott

Selbst der Fischereisektor, der für fast 30 Prozent der Ausfuhren und fünf Prozent der Wirtschaftsleistung steht und stets der erbitterteste Gegner eines Beitritts gewesen war, gab klein bei. Als EU-Mitglied wird Island seine Fischereipolitik den EU-Vorgaben anpassen müssen.

Signale kamen gleichzeitig auch direkt aus Brüssel: EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn stellte rasche Verhandlungen in Aussicht. Ministerpräsident Haarde will die IsländerInnen noch in diesem Frühjahr über den Beitritt abstimmen lassen.

Haarde hatte den Schuldenberg seines Landes, den die Banken hinterlassen haben, auf 19 Mrd. Dollar beziffert, das entspricht zweimal dem jährlichen Bruttoinlandsprodukt. Durch die Verstaatlichung der Banken und vor allem mit Hilfe ausländischer Darlehen konnte der Staatsbankrott nur mit Mühe verhindert werden. Insgesamt mehr als zehn Mrd. Dollar erhielt Island nach langen und mühsamen Verhandlungen vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und von mehreren europäischen Ländern.

Die isländische Krone hatte Ende 2008 binnen eines Jahres knapp drei Viertel ihres Wertes gegenüber dem Euro verloren. Die Inflationsrate kletterte auf über 17 Prozent, die Arbeitslosenquote ist von 0,8 Prozent zu Jahresbeginn auf 5,4 Prozent im Dezember gestiegen.

Rezession

Angesichts der Lage wird für das kommende Jahr mit einem Rückgang der

Wirtschaftsleistung um zehn Prozent und noch mehr Arbeitslosen gerechnet. Zugleich wächst auch der Druck auf die Regierung. Im Dezember kam es bereits wiederholt zu Protesten seitens der Bevölkerung. Vom Zusammenbruch des Finanzmarktes besonders schnell und stark betroffen ist das Baugewerbe. Ein erheblicher Teil der isländischen Bauingenieure ist nun mit Arbeitssuche im Ausland beschäftigt, der größte Teil der in Island beschäftigten ausländischen Bauarbeiter hat das Land bereits verlassen.

Natur oder Wechselkurs?

Ein Lichtblick ist dafür der Fremdenverkehr – der Währungsverfall der Krone hat zahlreiche Touristen ins neue »Billig-Reiseland« gelockt, Urlaub in Island ist plötzlich günstig wie noch nie. Und so machen die IsländerInnen aus ihrer Not eine Tugend und am Flughafen Reykjavik fragt eine Werbetafel: »Sind Sie wegen der Natur oder wegen des Wechselkurses hier?«

Wir verlangen Antworten!

Interview mit Gylfi Arnbjörnsson, Vorsitzender des isländischen Gewerkschaftsbundes ASI.

Die isländischen Gewerkschaften erwarten von der Regierung eine Antwort auf die Frage, wie sie die IsländerInnen aus der katastrophalen Situation herauszuführen plant – und Perspektiven für die Zukunft des Landes.

Welche Maßnahmen verlangen die Gewerkschaften von der Regierung zur Bewältigung der Krise?

Der ASI hat eine Resolution verfasst, die vor allem die Stabilisierung der Finanz-

lage des Landes zum Ziel hat. Die Situation der Beschäftigten und der privaten Haushalte müssen konsolidiert werden. Wir fordern daher eine Stärkung der isländischen Krone und eine Senkung der Zinssätze. Um die Lage langfristig abzu-

ZUR PERSON



Gylfi Arnbjörnsson wurde 2008 zum Vorsitzenden des Isländischen Gewerkschaftsbundes ASI gewählt. Seine Amtszeit beträgt zwei Jahre.

Der 50-Jährige hat ein Wirtschaftsstudium abgeschlossen und arbeitet seit 20 Jahren für ASI, seit 2001 in leitender Position.

sichern, soll Island der EU beitreten und den Euro als Währung übernehmen.

Unsere Wirtschaft braucht eine Verjüngungskur um die ansteigende Arbeitslosigkeit zu drosseln. Wir müssen verhindern, dass Überschuldung und fehlende Investitionen die Unternehmen des Landes in den Abgrund reißen. Weiters brauchen wir eine solide KV-Politik. Es muss alles getan werden, um im privaten wie im öffentlichen Sektor die Einkommen zu stärken.

Die hohe Inflation frisst derzeit die Kaufkraft, Schulden und der Anstieg der Arbeitslosigkeit belasten die Haushalte. Wir müssen den Menschen daher helfen, Zahlungsschwierigkeiten konkret zu bewältigen. Die Arbeitslosenunterstützung muss sichergestellt werden. Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die die Menschen für neue Jobs ausbildet. Vor allem für junge ArbeitnehmerInnen benötigen wir überzeugende Perspektiven, um Abwanderung zu verhindern. Bildung und Finanzspritzen für Forschung und Innovation sind hier unerlässlich.

Wir verlangen aber auch eine strengere Regulierung der Finanzmärkte. Unabhängige Experten sollen eine genaue Untersuchung durchführen und herausfinden, wie es zu dieser Krise kommen kann

WEBLINKS

Isländischer Gewerkschaftsbund ASI
www.asi.is

te und welche Wege nun heraus führen können.

Ist der ASI für oder gegen den Beitritt zur EU und warum?

Wir haben den EU-Beitritt lange und ausführlich diskutiert und für den Beitritt gestimmt, da wir schon vor der Krise wussten, dass die isländische Krone auf Dauer eine zu kleine Währung auf dem internationalen Markt ist. Wir dachten eigentlich, wir könnten den Beitritt in Ruhe vorbereiten – aber nun haben uns die Ereignisse überholt und wir müssen rasch handeln.

Der einzige Weg zur Stabilisierung unserer Wirtschaft ist der EU-Beitritt und die rasche Einführung des Euro – nur so können wir das Vertrauen der ausländischen Investoren in die isländische Wirtschaft zurückgewinnen.

Wie kommen die Menschen in Island mit der Krise zurecht?

Bemerkenswert gut! Natürlich sind die Menschen wütend und verstört, viele haben ihre Ersparnisse verloren, als nächstes werden sie auch ihre Jobs und ihre Häuser verlieren.

Die Zukunft ist ungewiss. Aber zugleich sind die Menschen optimistisch. Wir haben schon andere Rezessionen erlebt und sind damit zurechtgekommen. Was wir dringend brauchen ist ein Plan oder eine Perspektive seitens der Regierung – sie darf die Menschen nicht länger im Ungewissen lassen!

Wie beeinflusst die Krise den Alltag der Menschen?

Die meisten haben Angst – Angst um ihren Job oder ihr Haus, vor allem auch Angst um die Zukunft ihrer Kinder. Wir verlangen Antworten von der Regierung! Die Isländerinnen und Isländer wollen z. B. wissen, wie sie ihre Wohnbaukredite bezahlen können, damit sie ihr Zuhause nicht verlieren.

Hohe Inflation, steigende Preise, sinkende Kaufkraft und schwierigerer Zugang zu Krediten sowie die steigende Arbeitslosigkeit wird die privaten Haushalte schwer belasten.

Hier ist die Regierung gefragt – sie

muss Maßnahmen setzen und Perspektiven entwickeln.

Wie beeinflusst die Krise die Arbeitsbedingungen?

Wir erwarten, dass sich die Arbeitsbedingungen verschlechtern werden. Die Arbeitslosigkeit wird noch stärker ansteigen. Viele Firmen werden ihre Produktion zurückfahren müssen oder gar ihre Türen schließen. Einige nutzen allerdings auch die missliche Lage aus, um die Einkommen zu senken oder Kollektivverträge neu und schlechter zu verhandeln.

Wie beeinflusst die Krise dein Leben und deine Arbeit?

Wie alle Menschen in unserem Land bin auch ich von der Krise betroffen – als Gewerkschafter verhandle ich tagtäglich Maßnahmen mit der Regierung und den ArbeitgeberInnen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. Mein Arbeitsalltag ist dicht gedrängt, wir tun, was wir können, um die Lage unserer Mitglieder zu erleichtern.

Privat bin ich Vater von vier Kindern zwischen 15 und 27 Jahren und natürlich besorgt um ihre Zukunft!

Kannst du eine Prognose für die Zukunft abgeben?

Das schlimmste Jahr wird 2009 sein. Die Arbeitslosigkeit wird auf bis zu zehn Prozent steigen, viele Firmen und auch Haushalte werden Konkurs machen. Wir befürchten, dass die Inflation auf bis zu 25 Prozent steigen wird.

Doch wir hoffen, dass bereits 2010 das Schlimmste vorüber sein wird. Die Unterstützung des IWF und ein möglichst rascher EU-Beitritt werden hier eine wesentliche Rolle spielen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
barbara.lavaud@gpa-djp.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Yes, he did – but how?

Kurz bevor Barack Obama am 4. November die Dankesrede nach seiner Wahl zum US-Präsidenten hielt, bekamen seine UnterstützerInnen eine E-Mail.

Autor: Willi Mernyi

*Leiter des Referates für Kampagnen im ÖGB,
»Barack Obama Supporter Team Austria«*

Barack Obama wurde am 4. November 2008 mit 53 Prozent zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt. Sein Gegenkandidat John McCain bekam 46 Prozent der Stimmen. An Wahlmännern ergibt das 365 für Barack Obama und 173 für John McCain. Aus meiner Sicht gibt es drei Gründe, warum Barack Obama die Präsidentschaftswahl gewonnen hat.

1. George W. Bush

Zu George W. Bush ist jedes Wort ein Wort zu viel. Außer die Feststellung: Seit 20. Jänner 2009 ist er Geschichte!

2. Barack Obama

Es ist schwierig, zu Barack Obama Worte zu finden, ohne pathetisch zu werden. Barack Obama ist mit Sicherheit ein Ausnahmepolitiker. Smart, charismatisch, glaubwürdig und vor allem ein begnadeter Redner.

3. Obamas Kampagne

Die Kampagne war mit Sicherheit einzigartig. Man kann das auf einige Punkte kurz zusammenfassen.

Vor einigen Jahren noch haben Wahlkampfstrategen über Hausbesuche eher gelästert. Menschen zu Hause zu besuchen, mit ihnen über den einen oder an-

deren Kandidaten, über Wahlprogramme und Forderungen zu sprechen, wurde von vielen als vollkommen überholt und superöd bezeichnet. Das Besuchen von Menschen, also die direkte Kommunikation »face to face«, wurde noch im vorletzten SPÖ-Wahlkampf von Strategen als viel zu aufwendig eingeschätzt und daher abgelehnt.

Die Kampagne von Barack Obama hat den Beweis dafür geliefert, dass es nichts Besseres, Effektiveres und Zielorientierteres gibt, als die direkte Kommunikation »face to face«. Selbst wenn die Menschen, die hier von Tür zu Tür gehen, nicht alle Facetten des Wahl- oder Parteiprogramms beherrschen und auch nicht auf jede Detailfrage antworten können, auch wenn sie nicht als rhetorisch brillant zu bezeichnen sind, so haben sie etwas, was kein Plakat und kein Folder vermitteln kann: Engagement und Begeisterung für die Sache (Yes we can!).

Be part of it

Und dieses Engagement und diese Begeisterung führten dazu, dass sich in den Vereinigten Staaten im Zuge dieser Wahl über fünf Mio. Menschen (!) als WahlhelferInnen registrieren ließen und aktiv an der Kampagne beteiligten.

Auf österreichische Verhältnisse umgerechnet wären das rund 140.000 AktivistInnen. In Österreich steckt die Einbindung von Engagierten und Freiwilligen, die nicht parteigebunden sind, noch in den Anfängen. Während die Obama-Kampagne eine schlaue »Hybrid-Kultur« zwischen **bottom-up**- und **top-down**-Ansätzen fuhr, ist die Angst vor

Kontrollverlust in unseren Parteien und Organisationen eklatant.

Phone banks

Hier gelang es, durch ein ausgeklügeltes Computerprogramm diejenigen herauszufiltern, die für Obamas Argumentation gewinnbar waren. Nicht nur die Kernzielgruppe (jung, farbig, weiblich), sondern bis tief in republikanische Schichten hinein. Dabei wurde auf einem bloß eine Seite umfassenden Skript ein Rahmen vorgegeben, ansonsten hatten die WahlkampfaktivistInnen freie Hand bei ihren Telefongesprächen. Es gab nur eine Order: Wenn du merkst, es ist jemand, der sich schon auf McCain festgelegt hat, beende das Gespräch freundlich und verschwende nicht deine Zeit. Wenn die AktivistInnen merkten, hier kommen sie auf jemanden, der von Obamas Ideen überzeugt ist und ihn sicher wählen wird, haben sie sofort versucht, diese Person als AktivistIn im phone-banking-Team zu gewinnen.

Internet

Selbstverständlich gab es beim Internetauftritt von Barack Obama auch die »alten« und notwendigen Bereiche wie Downloads, Informationen, Plakate, usw. Die Schwerpunkte waren allerdings drei andere:

■ BarackTV:

Die Highlights seiner Reden waren schon einige Minuten nachdem er sie gehalten hatte online. UserInnen auf der ganzen Welt konnten seine Reden so hautnah mitverfolgen.



Barack Obama hat bewiesen, dass man eine erfolgreiche Wahlbewegung starten kann, ohne den anderen Kandidaten mit Dreck zu überschütten, sondern indem man die ganze Kraft auf seine Person und Ideen lenkt.

■ Power Mails:

Die E-Mails, die Barack Obama sogenannten »Supporter« (UnterstützerInnen) zukommen ließ, waren von einzigartiger Qualität. Als Mitglied des Barack Obama Supporter Teams weiß ich, wovon ich rede. Jedes E-Mail an mich begann mit »My friend Willi!« und endete mit einem »Yes, we can!« und »Thank you so much for your help. Your Barack«.

Aber nicht nur, dass sie sehr persönlich gehalten waren, waren sie immer sehr motivierend und hatten den notwendigen News-Wert, der bei den meisten anderen Newslettern, die ich bekomme, fehlt.

Sogar sein Vizepräsident wurde zuerst per E-Mail und SMS den AktivistInnen bekanntgegeben und erst einige Minuten später bei einer Pressekonferenz präsentiert.

■ Take action:

Alles, was sich beim Internetauftritt von Barack Obama abspielte, hatte ausschließlich das Ziel: Menschen zu aktivieren. Und es ist Barack Obamas fünf Mio. WahlhelferInnen gelungen, dass 3,3 Mio. Menschen in Summe 600 Mio. Dollar gespendet haben. Hier warst du nicht UnterstützerIn eines Kandidaten, hier warst du Teil der Bewegung.

No negativ campaigning

US-Präsident Harry S. Truman hatte 1948 in seinem Wahlkampf die Losung ausgegeben »Give them hell« und gilt so in der Wahlkampfphilosophie als Begründer des negativ campaigning. Barack Obama hat bewiesen, dass man eine erfolgreiche Wahlbewegung starten kann,

ohne den anderen Kandidaten mit Dreck zu überschütten, sondern indem man die ganze Kraft auf seine Person und Ideen lenkt. Es war wohlthuend in diesem Wahlkampf, dass das, was wir in Österreich als »Dreckschlacht« oder »Wahlbeißerei« bezeichnen, von Barack Obama nicht praktiziert wurde. Nicht seinen Gegner zu verunglimpfen, sondern sich selbst zu präsentieren war eine ausgeklügelte Strategie, die natürlich nur dann funktionieren kann, wenn der Kandidat auch etwas zu sagen hat.

Die Kampagnenverschmelzung

Den Strategen/Strateginnen des Barack Obama Wahlkampfes ist es gelungen, die unterschiedlichen Ansätze wie **phone banking**, **canvassing** und Internetaktivitäten nicht als Säulen dieser Kampagne, sondern als gemeinsame Kampagne, die ineinander greift und am Ende ineinander verschmilzt, zu designen und zu leben.

Der Spruch »Yes, we can!« symbolisierte Aufbruch und Hoffnung. Die Andockmöglichkeiten lieferten einfach Stoff zum Träumen. Nichts mit: »Wer eine Vision hat, sollte zum Arzt gehen«, sondern »We build a better America with Barack Obama« war die Vision.

Barack Obama hat es gut verstanden die Emotionen der Menschen anzusprechen. Keine Zielgruppe war ihm zu klein. So erschienen z. B. im Rennspiel »Burnout Paradise« für die X-Box 360 von Microsoft am Straßenrand Werbeschilder mit Obamas Bild. Die virtuellen Plakate waren nicht nur bei der Zielgruppe der Gamer ein voller Erfolg, sie generierten auch in den Massenmedien enormes Echo.

Die Werbung war ein Mittel, um Obama in die Populärkultur zu integrieren, er selbst wurde Bestandteil derselben.

Weil es dich gibt!

Als klar war, dass Barack Obama die Wahl gewonnen hat und mehr als Hunderttausende in den Grant Park in Chicago strömten, um die Rede zu hören, erhielt ich – bevor Obama zum Rednerpult schritt – ein E-Mail von ihm:

»My friend, Willi!

Wir haben Geschichte geschrieben, aber ich möchte, dass wir nicht vergessen, wie wir es getan haben. Wir konnten Geschichte schreiben, weil du dich eingesetzt hast, weil du gespendet hast, weil du mit deiner Familie und deinen Freunden, mit deinen Nachbarn über den Wandel in Amerika gesprochen hast. Ich möchte etwas ganz klar stellen: All das was passiert ist, ist passiert weil es dich gibt!

Thank you, Barack«

Nach seiner Rede wurde bekannt, dass dieser Mann in der Stunde seines Triumphs zuallererst denen dankt, die ihm das ermöglicht haben.

Wie hat die New York Times am Tag darauf so treffend formuliert:

»Dies ist einer der Momente in der Geschichte, in denen es Sinn macht, innezuhalten und sich die Fakten zu vergegenwärtigen: Ein Amerikaner mit Namen Barack Hussein Obama, Sohn einer weißen Frau und eines schwarzen Mannes, den er kaum kennenlernte, aufgezogen von seinen Großeltern fern von der Macht und dem Reichtum Amerikas, ist zum 44. Präsidenten der USA gewählt worden. Obama hat diese Wahl gewonnen, weil er verstanden hat, was in diesem Land falsch läuft: die schlichte Unfähigkeit der Regierung, seine Bürger zu beschützen.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
willi.mernyi@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Stipendien vom ÖGB

Der Johann-Böhm-Fonds fördert Diplomarbeiten und Dissertationen zu Themen der ArbeitnehmerInnen-Vertretung – Publikation nicht ausgeschlossen.

Autor: Florian Kräftner

ÖGB-Press- und Öffentlichkeitsarbeit

Der Johann-Böhm-Fonds will die Forschung zu Themen fördern, die für die ArbeitnehmerInnen-Vertretung von Bedeutung sind. Deshalb vergibt der ÖGB jedes Jahr vier bis sechs Stipendien, die je nach Art der wissenschaftlichen Arbeit mit 4.000 bis 6.000 Euro honoriert werden. Ziel ist es, qualitativ hochwertige Arbeiten zu bekommen, die dann dem ÖGB-Verlag zur Publikation vorgeschlagen werden können.

Im Wintersemester 2008/09 werden Arbeiten zu folgenden Themen gefördert:

- **Auswirkung der EuGH-Entscheidungen zu Fragen des Arbeitsrechtes auf die Interessen der ArbeitnehmerInnen:** Entscheidungen des EuGH haben immer wieder (un-)mittelbare Auswirkungen auf die arbeitsrechtliche Situation sowie die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Ziel ist es, die relevanten Entscheidungen umfassend und chronologisch aufzuarbeiten, sodass es möglich ist, Entscheidungen leichter zu finden, sie schneller einem Themenbereich zuzuordnen und Zusammenhänge zwischen den Entscheidungen und den gesetzgeberischen Auswirkungen auf europäischer und nationaler Ebene herzustellen.

- **Politische Bildung und Erwachsenenbildung:** Bildung wird in vielen Diskussionen nur als »Ware« gesehen, die Ökonomisierung, die »Verwertbarkeit« von Bildung steht im Vordergrund. Es ist daher

wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihre Interessen artikulieren und sich in den politischen Diskurs einbringen – politische Bildung hat hier eine zentrale Bedeutung. Doch wie gelingt es, diejenigen zu erreichen, die dafür noch gar nicht sensibilisiert sind? Wie können (gewerkschafts-)politische Inhalte erwachsenengerecht am besten vermittelt werden?

- **Prekäre Beschäftigung (atypisch vs. prekär Beschäftigte):** Seit einigen Jahrzehnten kann die Ausbreitung »atypischer Beschäftigungsverhältnisse« beobachtet werden. In Österreich sind bereits mehr als eine Million Menschen betroffen, rund 30 Prozent der abhängig Beschäftigten. Aber nicht jedes »atypische Arbeitsverhältnis« ist automatisch auch ein »prekäres«. Derzeit gibt es zu prekärer Beschäftigung und auch zu atypischer Beschäftigung keine branchenspezifischen Daten.

- **Best-practice-Beispiele in der Mitgliedergewinnung:** Es gibt viele erfolgreiche und interessante Mitgliedergewinnungsprojekte, die in den Gewerkschaften und ÖGB-Landesorganisationen in den vergangenen Jahren durchgeführt wurden. Dieses Wissen soll im Sinne von Wissensmanagement in der Organisation verfügbar gemacht werden. Ein Vergleich nationaler und internationaler arbeitnehmerInnenorientierter Vertretungen in Bezug auf Serviceorientiertheit, Mitbestimmung, demokratische Beteiligung soll Unterschiede und Ähnlichkeiten herausarbeiten.

- **Unternehmensförderung in Österreich – Bestandaufnahme und Analyse:** Die Un-

INFO & NEWS

Unterlagen und genauere Informationen zu Höhe und Kriterien:

ÖGB-Referat für Rechtspolitik

Laurenzerberg 2, 1010 Wien

Tel.: 01/534 44

Mag. Susanne Magerl: DW 139

Sandra Micic: DW 463

sozialpolitik@oegb.at

ternehmensförderung in Österreich ist zunehmend unübersichtlich geworden. Massiven Steuersenkungen zugunsten der Unternehmer stehen zumindest konstante, in den meisten Fällen jedoch ausgeweitete, Unternehmensförderungen gegenüber. Die Steuerlast und die Last der Unternehmensförderung werden damit immer mehr den ArbeitnehmerInnen auferlegt. Ziel ist es, ein taugliches Raster zu erstellen, der das Steuer- und Transfersystem heruntergebrochen auf die Unternehmens-Branchebene erfasst.

Johann Böhm, 1886 geboren, gehörte 1945 zu den Gründern des überparteilichen ÖGB, dessen Präsident er bis 1959 war. Er war einer der Hauptinitiatoren der Sozialpartnerschaft.

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
www.oegb.at/stipendien

Statistiken sind Argumente

	Harmonisierte VPI	
	November 08	Dezember 08
Belgien (BE)	3,2	2,7
Deutschland (DE)	1,4	1,1
Irland (IE)	2,1	—
Griechenland (EL)	3,0	2,2
Spanien (ES)	2,4	1,5
Frankreich (FR)	1,9	1,2
Italien (IT)	2,7	2,4
Zypern (CY)	3,1	1,8
Luxemburg (LU)	2,0	0,7
Malta (MT)	4,9	5,0
Niederlande (NL)	1,9p	1,9p
Österreich (AT)	2,3p	1,5p
Portugal (PT)	1,4	0,8
Slowenien (SI)	2,9	1,8
Finnland (FI)	3,5	3,5
Eurozone (VPI-EWU)	2,1p	3,4
Bulgarien (BG)	8,8	1,6p
Tschech. Republik (CZ)	4,1	7,2
Dänemark (DK)	2,8	3,3
Estland (EE)	8,5	2,4
Lettland (LV)	11,6	7,5
Litauen (LT)	9,2	10,4
Ungarn (HU)	4,1	8,5
Polen (PL)	3,6	3,4
Rumänien (RO)	6,8	3,3
Slowakei (SK)	3,9	6,4
Schweden (SE)	2,4	2,1
Vereinigtes Königreich (UK)	4,1	—
EU (EVI)	2,8p	2,2p
Island (IS)	19,8	21,0
Norwegen (NO)	3,3	2,6
EWU (VPI-EWR)	2,8p	2,2p
Schweiz (CH)	1,2	0,3

Der Arbeitsmarkt im November 2008				
	Stand Nov. 08	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat	
Unselbst. Beschäftigung	3.409.091	-27.257	51.730	
ohne KUG/Präsenzdiener	3.292.093	-26.578	51.695	
ArbeiterInnen	1.312.489	-28.823	2.852	
Angestellte u. Beamte	2.096.602	1.566	48.878	
Männer	1.827.261	-23.035	16.947	
Frauen	1.581.830	-4.222	34.783	
AusländerInnen	426.701	-10.973	14.306	
InländerInnen	2.982.390	-16.284	37.424	
Vorgemerkte Arbeitslose	225.590	22.815	1.980	
Männer	121.381	17.602	3.722	
Frauen	104.209	5.213	-1.742	
AusländerInnen	44.120	6.346	1.578	
InländerInnen	181.470	16.469	402	
Jugendliche (bis unter 19)	9.868	392	905	
Jugendliche (19 bis unter 25)	28.650	2.868	1.579	
Ältere (50 bis unter 55)	23.474	2.675	959	
Ältere (55 bis unter 60)	17269	1.557	363	
Ältere (über 60)	4612	146	433	
Arbeitslosenquote	6,2	0,6	0,0	
Offene Stellen	29.441	-5.546	-3.839	
Lehrstellensuchende	6.075	-395	535	
Offene Lehrstellen	2893	-655	-330	
Geringfügige Beschäftigung *	286.091	632	31.869	
Männer	96.044	36	16.447	
Frauen	190.047	596	15.422	
ArbeiterInnen	161.542	-771	22.973	
Angestellte	124.549	1.403	8.896	

* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für InteressenvertreterInnen und jede/n politisch Interessierte/n.

Datenquellen: EUROSTAT, lfd. Monat.
Anm.: Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs- politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum. Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.
 r = revidiert; p = vorläufig; — = Daten nicht verfügbar

Internationaler Gewerkschaftsbund:

Gewerkschaftsrechte weltweit

»Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten 2008« erschienen.

Die »Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten 2008« listet für das Jahr 2007 ArbeitnehmerInnenrechtsverletzungen in 138 Ländern auf. Weltweit wurden 91 GewerkschafterInnen ermordet, wobei Kolumbien mit 39 Ermordeten 2007 das gefährlichste Land für GewerkschafterInnen war.

Aus 63 Ländern wurde über systematische und schwer wiegende Einschüchterungen gegen GewerkschafterInnen berichtet. 73 GewerkschafterInnen wurden während des Jahres 2007 inhaftiert, darunter allein 40 im Iran. In 15 Ländern wurden neue gesetzliche oder administrative Maßnahmen im Widerspruch zu in-

ternationalen Übereinkommen gesetzt. Mittels Absprachen zwischen Regierung und ArbeitgeberInnen wurde in einigen Ländern versucht, den Beschäftigten ihre legitimen Rechte, eine gewerkschaftliche Vertretung vorzuenthalten. Dies gilt insbesondere für WanderarbeiterInnen, die weltweit ausgebeutet werden.

In zahlreichen Ländern der Welt sind freie Gewerkschaften verboten bzw. unterliegt ihre Arbeit in bestimmten Sektoren erheblichen Einschränkungen. Viele Regierungen verwenden eine sehr breit gefasste Definition von »wesentlichen Diensten«, um – etwa Beschäftigten im öffentlichen Dienst – das Vereinigungs- und Tarifverhandlungsrecht

zu verweigern. Eine deutliche Unterdrückung der Rechte der ArbeitnehmerInnen zeigte sich im Mediensektor, v. a. wenn sich Regierungen Untersuchungen durch JournalistInnen entziehen wollten.

Die »Jährliche Übersicht 2008« konstatiert als eine alarmierende Entwicklung das Bestreben sowohl nationaler als auch internationaler ArbeitgeberInnen, unbefristete Vollzeitstellen in prekäre Beschäftigungsformen umzuwandeln. Viele Unternehmen haben reguläre Beschäftigte durch »Leiharbeitskräfte« ersetzt und sich so Pflichten entzogen, die sie andernfalls erfüllen müssten.

Weblink:

survey08.ituc-csi.org

Finanzmarktkrise:

Konstruktive Vorschläge

Gemeinsam kämpfen die internationalen Gewerkschaften gegen die Folgen der Krise.

Eine Gewerkschaftsdelegation traf Mitte Jänner 2009 in Washington mit dem geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, Weltbankpräsident Robert Zoellick sowie mit Ratsmitgliedern und anderen VertreterInnen der beiden Institutionen zusammen, um auf weitere Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der Rezession und zu einer wirksamen globalen Regulierung zu drängen.

Der von IGB-Präsidentin Sharan Burrow und IGB-Generalsekretär Guy Ryder geleiteten Delegation gehörten SpitzenvertreterInnen und WirtschaftsexpertInnen nationaler Gewerkschaftsdachverbände, der Globalen Gewerkschaftsföderation und des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses bei der OECD an. Besonders besorgt sind die Gewerkschaften über die weltweit zunehmende Arbeitslosigkeit, da immer mehr ArbeitgeberInnen angesichts der Kreditkrise

Stellen abbauen. Schätzungen der IAO, die veröffentlicht wurden bevor das volle Ausmaß der Krise bekannt war, gingen bereits von dem Verlust von 20 Mio. Arbeitsplätzen bis Ende 2009 aus, ebenso wie von einer Zunahme der Zahl der Menschen, die mit weniger als einem US-Dollar pro Tag auskommen müssen, um 40 Mio. Die Gewerkschaften befürchten, dass die Auswirkungen der sich verschärfenden Krise letztendlich noch wesentlich größer sein werden.

Die Gewerkschaftsdelegation legt ein umfassendes und konkretes Sanierungs- und Reformpaket vor, das auf der Erklärung von Washington beim Krisengipfel der G20 im November basiert. Darin wird betont, dass die Regierungen bereit sein müssen, für weitere abgestimmte Zinssenkungen zu sorgen und Investitionen in die Infrastruktur, das Bildungs- und das Gesundheitswesen vorzuziehen, um das Nachfragewachstum anzukurbeln und die öffentlichen Dienste zu stärken.

Dies muss von steuer- und ausgabenpolitischen Maßnahmen zum Schutz der Kaufkraft derjenigen mit niedrigen und mittleren Einkommen sowie von konkreten Schritten in Richtung auf Investitionen in grüne Waren und Dienstleistungen als Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels flankiert sein.

Die Zusammenkünfte Mitte Jänner fallen in den Rahmen einer fortlaufenden internationalen Gewerkschaftskampagne zur Bewältigung der Krise. Die Gewerkschaften in den einzelnen Ländern setzen sich bei ihren jeweiligen Regierungen für die Sanierungs- und Reformagenda ein, und beim zweiten Krisengipfel der G20 im April in London wird eine weitere globale Aktion organisiert werden.

Der IGB vertritt 168 Millionen ArbeitnehmerInnen in 311 Mitgliedsorganisationen und 155 Ländern und Hoheitsgebieten.

Mehr Infos unter:

www.ituc-csi.org

Die Mühen der Ebene

Polens Gewerkschaften haben seit den Hochzeiten der Solidarność Anfang der 1980er viel Einfluss verloren. Jetzt gilt es gegenzusteuern.

Autor: Mag. Dr. Michael Mesch

AK Wien, Wirtschaftswissenschaft und Statistik
 gf. Redakteur »Wirtschaft und Gesellschaft«

Die Gewerkschaft »Solidarität« (poln. Solidarność) stand 1980/81 an der Spitze einer Volksbewegung für bessere Lebensbedingungen und politische Freiheiten, die das kommunistische Regime in Polen an den Rand des Zusammenbruchs brachte. Und 1989 übte die Solidarität maßgeblichen Einfluss aus auf den friedlichen, am runden Tisch ausgehandelten Übergang Polens von einem totalitären Ein-Parteien-Staat mit planwirtschaftlicher, staatssozialistischer Wirtschaftsordnung zu einem liberal-demokratischen Rechtsstaat mit marktwirtschaftlicher, privatunternehmerischer Wirtschaftsordnung. Mittlerweile haben die polnischen Gewerkschaften viel Einfluss und Gestaltungskraft eingebüßt.

Im Rückblick wird deutlich, dass der Niedergang der Gewerkschaften in den 1990er-Jahren in erster Linie eine Folge des kommunistischen Erbes und der davon beeinflussten Gewerkschaftsziele und -strategien war.

Konsequenz der alten Ordnung

Der Verfall des Produktionssystems erwies sich als besonders nachteilige Konsequenz der alten Wirtschaftsordnung. Dieser Verfall war zugleich Ursache und Wirkung der tiefen Krise der polnischen Volkswirtschaft in den 1970er-Jahren. Er

resultierte aus der Betonung von Quantität statt Qualität, aus der Missachtung qualifizierter Arbeit, fehlenden Leistungsanreizen und den organisatorischen Mängeln der Planwirtschaft.

1980: »Solidarność«

Besonders hoch war die Unzufriedenheit über diesen Verfall unter den FacharbeiterInnen und den technischen Angestellten. Sie gründeten 1980 die unabhängige Gewerkschaft Solidarität. Eines ihrer wirtschaftspolitischen Hauptziele bildete die Wiederherstellung der Würde der Arbeit. Die Wertschätzung qualifizierter Arbeitskräfte wurde als notwendige Voraussetzung für die Produktion hochwertiger Güter für die Weltmärkte gesehen. Als Mittel zur Verwirklichung dieses Zieles zeichneten sich Ende der 1980er-Jahre die Einführung der Marktwirtschaft und die Privatisierung der staatlichen Unternehmen ab. Diese grundlegende Reform würde, so die Erwartungen an der Spitze der Solidarität, die Reorganisation und Straffung der Arbeitsabläufe und die Einführung von leistungsbezogenen Löhnen zur Folge haben, kurzum: die Betriebe wieder zu Stätten der Produktion hochwertiger Sachgüter und Dienstleistungen machen. Das Bild, das die Führung der Solidarität vom modernen Kapitalismus hatte, war also ein idealisiertes. Gewerkschaften wären in der privat- und marktwirtschaftlichen Ordnung nicht mehr notwendig. Während des Umbruchs 1989/90 und danach befürwortete die Solidarität aus den genannten Gründen radikale Marktreformen und Privatisierung. Weiters forderte die Gewerkschaft

WEBLINKS

Mehr Infos unter:
de.wikipedia.org/wiki/Polen

– nach den schlechten Erfahrungen mit der zentralisierten Lohnfestsetzung der kommunistischen Ära – eine Dezentralisierung der Lohnverhandlungen auf die Betriebsebene.

1990: Präsident Walesa

Lech Walesa wurde 1990 zum ersten Präsidenten der »Dritten Republik« gewählt, und politische Parteien, die aus der Solidarność hervorgingen, bestimmten in den 1990er-Jahren die Politik. Diese Koalitionsregierungen vollzogen den Übergang in die Marktwirtschaft und die Privatisierung. In politischer Hinsicht war die Solidarität also ungemein erfolgreich. Ganz anders sah es für die Gewerkschaft Solidarität, ja für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt aus.

Zwischen der aus FacharbeiterInnen und technischen Angestellten bestehenden Spitze der Solidarität und der Masse der unqualifizierten Mitglieder tat sich rasch ein schwerwiegender Interessenkonflikt auf: Hunderttausende Arbeitskräfte verloren als Folge der Privatisierungen ihren Arbeitsplatz. Die Gewerkschaftsführung verteidigte damals nicht etwa ihre Mitglieder gegen Entlassungen, sondern erklärte ihnen die Notwendigkeit radikaler Reformen.

Entsprechend ihrer Erwartung, dass Gewerkschaften in einer privatunterneh-



Die polnischen Gewerkschaften stehen vor der schwierigen Aufgabe, den Teufelskreis aus dem unter den ArbeitnehmerInnen weit verbreiteten Gefühl der Machtlosigkeit und der Gewerkschaftsschwäche zu durchbrechen.

merischen Marktwirtschaft bald nicht mehr erforderlich sein würden, gab die Solidarität den politischen Aktivitäten Priorität gegenüber den eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben in den Betrieben. Die Mehrheit der ArbeitnehmerInnen gab in Umfragen an, dass niemand ihre Interessen vertrete.

Das alles schlug auf die Gewerkschaften zurück: Die Arbeitslosenrate stieg rasch über die Zehn Prozent-Marke und lag zu Beginn des laufenden Jahrzehnts bei rd. 15 Prozent. Infolge der Stilllegung unprofitabler Betriebe und von Rationalisierungen sank die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion besonders stark. Viele Privatunternehmen ließen gewerkschaftliche Aktivitäten in ihren Betrieben nicht zu. Der gesamtwirtschaftliche kollektivvertragliche Deckungsgrad sank auf 35 Prozent. Kollektivvertragliche Bestimmungen und arbeitsgesetzliche Regelungen wurden häufig missachtet.

Enttäuscht vom Kapitalismus

Der real existierende Kapitalismus entsprach nicht den Erwartungen der Spitze der Solidarität. Faire Löhne und anständige Arbeitsbedingungen sowie die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Regelungen sind im wilden polnischen Kapitalismus keine Selbstverständlichkeit. Die Unzufriedenheit mit den Gewerkschaften nahm stark zu und viele ArbeitnehmerInnen sahen keinen Sinn mehr darin, einer Gewerkschaft beizutreten oder weiter Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaft Solidarität fiel 2006 von 3 bis 3,5

Mio. 1991 auf 750.000, jene des zweiten großen Dachverbandes, der OPZZ 2006, von 2 bis 2,5 Mio. 1991 auf 600.000. Der gesamtwirtschaftliche gewerkschaftliche Organisationsgrad verringerte sich 2006 von 28 Prozent 1991 auf 14 Prozent.

Polens Gewerkschaften beschlossen zu Anfang dieses Jahrzehnts einen Kurswechsel: Sie wandelten sich von Unterstützerinnen radikaler marktwirtschaftlicher Reformen zu Organisationen zum Schutz der Beschäftigten. Damit näherte sich das Selbstverständnis der Gewerkschaften jenem der Schwesterorganisationen in Westeuropa an.

Im dritten Jahrtausend

Die polnischen Gewerkschaften stehen vor der schwierigen Aufgabe, den Teufelskreis aus dem unter den ArbeitnehmerInnen weit verbreiteten Gefühl der Machtlosigkeit und der Gewerkschaftsschwäche zu durchbrechen. Der Mitgliederwerbung wird seit einigen Jahren große Aufmerksamkeit geschenkt.

Im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Strategie stehen nun die eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben in den Betrieben. Das, was für die Gewerkschaften in den westeuropäischen Ländern seit Jahrzehnten das tägliche Geschäft ist, mussten die polnischen Gewerkschaften erst – unter sehr ungünstigen Umständen – lernen: sich unter den Bedingungen der neuen Wirtschafts- und Rechtsordnung mit allen legalen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Dabei erweisen sich die zwischengewerkschaftlichen Kontakte innerhalb der EU, der Polen seit 2004 angehört, und

die EU-Regeln bezüglich der Arbeitsbeziehungen als überaus hilfreich. Kontakte zu westeuropäischen Gewerkschaften in Euro-Betriebsräten ermöglichen den polnischen KollegInnen wichtige Lernerfahrungen. Und im April 2006 beschloss das Parlament in Warschau ein Gesetz, welches die EU-Richtlinie über Information und Konsultation von Beschäftigten umsetzt. Gemäß diesem Gesetz ist in allen privaten Unternehmen mit 50 oder mehr Beschäftigten ein Betriebsrat eingerichtet worden. In jenen Unternehmen, wo repräsentative Gewerkschaften bestehen, werden die Mitglieder des Betriebsrats von den Gewerkschaften ernannt. Diese Regelung stellt zweifellos einen starken Anreiz für Aktivisten dar, einer Gewerkschaft beizutreten oder eine solche zu gründen.

Neue Wirtschaftsordnung

Die Gewerkschaft Solidarität hat in den 1980er-Jahren einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, das totalitäre sowjetische Imperium in Osteuropa zu Fall zu bringen. Nun liegen vor den polnischen Gewerkschaften die Mühen der Ebene in der neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
michael.mesch@akwien.or.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Adler, Emanuel (1873–1930): Jurist, Arbeitsrechtsexperte bei Ferdinand Hanusch (Seite 11)

Amalgam: in der Chemie: Quecksilberlegierung; auch: schwer umkehrbare Vermischung mehrerer Stoffe (Seite 22)

Assessment: Bewertung, Einschätzung; mittels Assessment Center versucht man, in wenigen Stunden fachliche und charakterliche Qualitäten von JobanwärterInnen (in der Regel Führungskräfte oder AkademikerInnen) festzustellen. Dabei wird unter anderem der Umgang der BewerberInnen mit verschiedenen Problemen getestet. (Seite 24)

bottom-up: von der (politischen) Basis ausgehende Wirkung, die später auch allgemein umgesetzt wird (»von unten nach oben«); Gegenteil: top-down (Seite 39)

canvassing: Wahlwerbung in Form persönlicher Hausbesuche durch prominente PolitikerInnen. (Seite 40)

Chomsky, Noam: amerikanischer Sprachwissenschaftler und Publizist, geb. 1928, seine Arbeiten und Theorien hatten auch im Bereich der Programmiersprachen Bedeutung. Seit 1965 zählt Chomsky zu den führenden Kritikern der US-amerikanischen Außenpolitik. Zusammen mit dem Kommunikationswissenschaftler Edward S. Herman hat Chomsky im Propagandamodell zu erklären versucht, wie Massenmedien im kapitalistischen Umfeld die Berichterstattung zwangsläufig so gestalten, dass die Interessen der Regierung und der Oberschicht gewahrt bleiben. (Seite 16)

degressiv: abfallend, sich verringerd (Seite 13)

Didaktik: Unterrichtslehre/-methode (Seite 22)

Diversifizierung: Vielfalt; Ausweitung der Produktpalette eines Unternehmens (Seite 31)

EBR: Europäischer Betriebsrat, soll die Rechte der ArbeitnehmerInnen in jenen Unternehmen und Unternehmensgruppen stärken, die in mehreren EU-Ländern tätig sind. Ein Unternehmen ist dann gemeinschaftsweit tätig, wenn es mindestens 1.000 ArbeitnehmerInnen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und davon jeweils mindestens 150 ArbeitnehmerInnen in mindestens zwei Mitgliedsstaaten beschäftigt. Der europäische Betriebsrat setzt sich aus ArbeitnehmerInnen des gemeinschaftsweit tätigen Unternehmens oder der gemeinschaftsweit tätigen Unternehmensgruppe zusammen. Er besteht aus höchstens 30 Mitgliedern. (Seite 26)

Europäischer Sozialer Dialog: Bestandteil des europäischen Sozialmodells, der Dialog umfasst Diskussionen, Konsultationen, Verhandlungen und gemeinsame Maßnahmen der Sozialpartner-Organisationen. Beim dreiseitigen Dialog sind außer den Sozialpartnern auch öffentliche Stellen beteiligt. (Seite 10)

Gasteiger, Otto: stellvertretender Leiter des arbeitsstatistischen Amtes im kaiserlichen Handelsministerium, dann Experte im Hanusch-Staatsamt (Seite 11)

HR: Human Resources, menschliche Leistungspotenziale (Seite 24)

Hybrid-Kultur: gekennzeichnet durch Vermischung von bisher getrennten sozialen und kulturellen Erscheinungen (Seite 39)

Kaan, Julius: war bis zur Eingliederung dieses Bereichs in das Sozialstaatsamt der Experte für Sozialversicherung im Innenministerium der Monarchie und publizierte die Standardwerke zu diesem Thema; floh zu Beginn der Nazi-Diktatur ins Ausland. (Seite 11)

Kautsky, Benedikt (1894–1960): Wirtschaftswissenschaftler; leitete als Statistikexperte die wirtschaftspolitische Abteilung der Arbeiterkammer in Wien, 1923–38 u. a. Mitherausgeber von »Arbeit & Wirtschaft«, überlebte das KZ Buchenwald, 1958 stellvertretender Generaldirektor der Creditanstalt-Bankverein. Kautsky war einer der Autoren der Parteiprogramme von SPÖ und SPD in den späten 50er-Jahren. (Seite 11)

Kommunitarismus: kapitalismus- und liberalismuskritische Strömung der politischen Philosophie, die 1980 in den USA aufkam. Darin wird vor allem die Abhängigkeit des Einzelnen von der Gemeinschaft betont sowie die freie Entfaltung des Einzelnen, so lange diese sozial verträglich ist. Die Kommunitaristen sind der Ansicht, dass das administrativbürokratische System den Abbau von mit- und zwischenmenschlichen Tugenden fördert. (Seite 16)

Kurzarbeit: vorübergehende Herabsetzung der Normalarbeitszeit wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten, einseitige Anordnung der Kurzarbeit oder Regelung durch Betriebsvereinbarung ist nur möglich, wenn der Kollektivvertrag eine ausdrückliche Ermächtigung enthält. Ohne eine solche Ermächtigung ist Kurzarbeit mit jedem/r einzelnen ArbeitnehmerIn zu vereinbaren. Für die Höhe der AMS-Beihilfe sind Pauschalsätze maßgebend, die sich an den Tagsätzen des Arbeitslosengeldes orientieren und nur die tatsächlich ausfallenden Arbeitsstunden abdecken. (Seite 9)

Lederer, Max (1874–1942): Leiter des arbeitsstatistischen Amtes im kaiserlichen Handelsministerium, wo bis 1917 die meisten Kompetenzen eines »Sozialministeriums« lagen; dann im Hanusch-Staatsamt. Er schrieb das Standardwerk über das österreichische Sozialrecht bis zum Ende der Ersten Republik. (Seite 11)

Meininger, Franz (1863–1935): ebenfalls einer der hohen kaiserlichen Ministerialbeamten, die dann für Hanusch tätig waren. (Seite 11)

NAIADES: europäisches Aktionsprogramm zur Förderung der Binnenschifffahrt (Seite 19)

Negativsteuer: Personen, die Sozialabgaben zahlen, aber so wenig verdienen, dass sie unter der Lohn- bzw. Einkommensteuergrenze bleiben, bekommen bares Geld ausbezahlt – als Ausgleich dafür, dass sie Sonderausgaben etc. ja nicht von der Steuer absetzen können. (Seite 13)

offene Arbeitslosigkeit: Prozentsatz an offiziellen Arbeitslosen; das heißt, dass sämtliche Personen, die nicht arbeitslos gemeldet sind, aber trotzdem Arbeit suchen (Personen ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld oder in AMS-Kursen) nicht erfasst werden. (Seite 12)

Outplacement: Von einem Unternehmen finanzierte Dienstleistung für ausscheidende ArbeitnehmerInnen als Unterstützung bei der beruflichen Neuorientierung. (Seite 24)

Outsourcing: Ausgliederung von bestimmten Aufgabenbereichen innerhalb eines Unternehmens, beispielsweise Reinigungspersonal nicht mehr selbst anzustellen, sondern einen entsprechenden Spezialbetrieb zu beauftragen. Dadurch können unter anderem Personal- und Lagerkosten reduziert werden. (Seite 24)

Phone banking: Abwicklung von Bankgeschäften (z. B. Überweisung von Spenden) per Telefon (Seite 40)

Příbram, Karl Eman (1877–1973): Wirtschaftswissenschaftler, einer der wichtigsten Beamten des arbeitsstatistischen Amtes im kaiserlichen Handelsministerium und dann unter Hanusch. Führender Statistiker beim Internationalen Arbeitsamt. Er emigrierte 1934 in die USA und machte dort auch als Soziologe Karriere. (Seite 11)

Räteregierung: Konzept einer direkten Demokratie, wo zuvor unterprivilegierte soziale Schichten (Arbeiter, Soldaten etc.) in Form von Räten politische Macht haben. Es besteht keine Gewaltentrennung. Das vor allem von Marx und Engels entwickelte Konzept wurde z. B. während der russischen Revolution sowie in der Zwischenkriegszeit in Ungarn und Deutschland Realität. (Seite 11)

Sen, Amartya: indischer Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph, geb. 1933; seine Schwerpunkte sind die Themen Armut und Wohlfahrtsökonomie. Er erhielt 1998 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. Auf Sens Vorschlag geht die Einrichtung des Human Development Index zurück, den das UN-Entwicklungsprogramm UNDP seit 1990 regelmäßig herausgibt. (Seite 16)

Stiglitz, Joseph Eugene: US-Ökonom und Globalisierungskritiker, geb. 1943, für seine Arbeiten über das Verhältnis zwischen Information und Märkten erhielt er 2001 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. (Seite 16)

stille Austritte: Wenn ArbeitnehmerInnen sich zwar der Gewerkschaft zugehörig fühlen, aber durch Berufs- oder Firmenwechsel nicht mehr in der Mitgliederdatei einer Gewerkschaft verzeichnet sind, bei der zuständigen Gewerkschaft noch nicht aufscheinen oder aber ihren Zahlschein nicht eingezahlt haben. (Seite 10)

Tandler, Julius (1869–1936): Arzt und SP-Politiker, als Mediziner wurde er durch seine anatomischen Forschungsarbeiten bekannt, als Stadtrat für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen (1919–1934) engagierte er sich für den Ausbau der Fürsorge und schuf zahlreiche soziale Einrichtungen. (Seite 11)

Ziegler, Jean: Schweizer Soziologe und SP-Politiker, geb. 1934, 2000–2008 UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung sowie Mitglied der UN-Task-Force für humanitäre Hilfe im Irak. (Seite 16)



Josef Cerny,
 Sieglinde Gahleitner,
 Joachim Preiss,
 Hannes Schneller
Arbeitsverfassungsrecht Band 3
 Gesetze und Kommentare Nr. 157, 4. aktualisierte Auflage, 2009, 828 Seiten, € 38,-
 ISBN: 978-3-7035-1309-1

Arbeitsverfassungsrecht Band 3

Betriebsverfassung II, Befugnisse der Arbeitnehmerschaft

Rechte der Betriebsratsmitglieder, §§ 89 bis 122

Der Band 3 enthält die Erläuterungen zum 3. und 4. Hauptstück des zweiten Teils des ArbVG, also zu den Befugnissen der Arbeitnehmerschaft (§§ 89 bis 114) und zur Rechtsstellung der Mitglieder des Betriebsrates (§§ 115 bis 122).

Wie schon in den Voraufagen wurde von einer bis ins Detail gehenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der immer umfangreicher werden-

den arbeitsrechtlichen Literatur Abstand genommen, um das Ziel möglichst leichter Orientierung und praxisgerechter Handhabung des Kommentars nicht zu gefährden.

Um die Übersichtlichkeit zu vergrößern, ist die Bedeutung bestimmter Begriffe oder Aussagen durch Fettdruck hervorgehoben, und bei jenen Bestimmungen des Gesetzes, die besonders ausführlich erläutert werden, ist den Erläuterungen eine Übersicht vorangestellt. Ein detailliertes Stichwortverzeichnis erleichtert das Auffinden gesuchter Stellen.

AutorInnen:

Hon.-Prof. Dr. Josef Cerny, Universität Salzburg;

Dr. Sieglinde Gahleitner, Rechtsanwältin;

Mag. Joachim Preiss, Bundeskanzleramt;

Mag. Hannes Schneller, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

Bestellung:

im Web: www.oegbverlag.at

per Mail: bestellung@oegbverlag.at oder

per Fax: 01/405 49 98-136

BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung
 oder direkt bei der ...

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung
 Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136

E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Ja, ich bestelle _____ Exemplar/e von **Arbeitsverfassungsrecht Band 3** € 38,-

Name	
Firma/Institution	
PLZ	Ort
Anschrift	
Telefon, E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten. Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten. AW 1/09

**EUROPA IST DIE ZUKUNFT UNSERER JUGEND?
UNSERE JUGEND IST DIE ZUKUNFT EUROPAS?**

f i l m it!

F* IT! FILM IT!**

**Der Video-Wettbewerb zur EU-Wahl 2009 für Menschen
im Alter von 15 bis 25 Jahren.**

Ganz egal wie, ganz egal womit, ganz egal was zu EU und EU-Wahl.
Kreative Teams sind gefragt. Zu gewinnen gibt es eine Brüsselreise,
Videoworkshops, Bargeld und Sachpreise und neue Sichtweisen
auf die EU.

Am 12. Jänner 2009 geht es los!

WWW.FILM-IT.AT



Bundesministerium für europäische
und internationale Angelegenheiten

bm:uk Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

BWA BUNDESMINISTERIUM für
WIRTSCHAFT und ARBEIT

ÖNB
ÖSTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür
/
Postleitzahl Ort

Besten Dank

AW